STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg

Titel:

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19040407

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.

PUBLIC DOMAIN

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats-und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
https://www.sub.uni-hamburg.de

Nr. 81. 18. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) beträgt: durch die Post bezogen ohne Bringegeld monatlich ℳ 1,20, vierteljährlich ℳ 3,60; durch die Kolporteure wöchentlich 30 ₰ frei ins Haus.
Einzelne Nummer 5 ₰. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 ₰.
Verantwortlicher Redakteur: Gustav Waberský in Hamburg.

Donnerstag, den 7. April 1904.

Anzeigen werden die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰, für den Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen mit 20 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abends), in den Filialen (bis 4 Uhr Nachmittags), sowie in sämtlichen Annoncen-Bureaux.
Redaktion und Expedition: Fehlandstraße 11 in Hamburg 1.

Filialen: Süd-St. Pauli bei Carl Lementzow, Davidstr. 35. Nord-St. Pauli, Eimsbüttel, Langenfelde bei Carl Dreyer, Margarethenstr. 48, Eimsbüttel. Hohelust, Eppendorf, Groß-Borstel und Winterhude bei Ernst Großkopf, Lehmweg 51, Eppendorf. Barmbeck, Uhlenhorst bei Theodor Petereit, Bachstr. 12, Barmbeck. St. Georg, Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn und Schiffbeck bei Carl Ortel, Baustr. 26, Borgfelde. Hammerbrook, Rotenburgsort, Billwärder und Veddel bei Rud. Fuhrmann, Schwabenstr. 33, Hammerbrook. Eilbeck, Wandsbeck und Hinschenfelde bei Franz Krüger, Sternstr. 36, Wandsbeck. Altona bei Friedrich Ludwig, Bürgerstr. 118, Altona. Ottensen, Bahrenfeld bei Johannes Heine, Bahrenfelderstr. 140, Ottensen.

Hierzu eine Beilage.

Die Feuerbestattung.

An die Mitglieder des preußischen Abgeordnetenhauses ist vor einigen Tagen ein Bericht der Petitionskommission gelangt, welcher sich mit der Frage der fakultativen Feuerbestattung beschäftigt. Aus diesem Bericht geht hervor, daß sich für diese Reform ein wahrer Petitionssturm von seiten kommunaler Körperschaften in Preußen erhoben hat. Es haben sich die städtischen Körperschaften von 64 Orten und außerdem die Magistrate von 32 anderen Orten und die Stadtverordneten-Versammlungen von weiteren 13 Orten der Forderung der fakultativen Feuerbestattung angeschlossen, ganz abgesehen von den Feuerbestattungs-Vereinen in 31 Orten. Fast alle größeren Städte sind darunter vertreten.

Wir ersehen aus dem Bericht aber auch, daß die kirchlichen Elemente und mit ihnen die maßgebenden Faktoren der preußischen Regierung ihren Widerstand gegen die Feuerbestattung nicht aufgegeben haben. Und die aus 28 Mitgliedern des Abgeordnetenhauses bestehende Petitionskommission hat mit 11 gegen 7 Stimmen beschlossen, über die betreffende Petition zur Tagesordnung überzugehen. Es fehlten also bei der Abstimmung nicht weniger als zehn Kommissionsmitglieder. Im vorigen Jahre hat im Plenum des Abgeordnetenhauses eine Verhandlung stattgefunden über einen von den beiden Freisinnigen Parteien gestellten Initiativantrag für die fakultative Feuerbestattung. Auch hier wurde Tagesordnung beschlossen, die Mehrheit für Tagesordnung aber war so gering, daß sie aus dem Hause vielfach angezweifelt wurde. Es stimmten nämlich für die fakultative Feuerbestattung nicht bloß die Freisinnigen und Nationalliberalen, also alle Liberalen, sondern auch viele Freikonservative. In diesem Jahre haben die beiden freisinnigen Parteien schon am 20. Februar den Initiativantrag wiederum eingebracht, die Regierung zu ersuchen, „die zur Einführung der fakultativen Feuerbestattung erforderlichen gesetzgeberischen Maßnahmen zu treffen“. Der Antrag muß demnächst im Plenum zur Verhandlung kommen.

Die Frage der Feuerbestattung ist von erheblicher hygienischer und volkswirtschaftlicher Bedeutung. Ihre bereits Jahrzehnte hindurch angestrebte Lösung wird hauptsächlich dadurch erschwert, daß die kirchlich Gesinnten katholischer und protestantischer Richtung, im Bunde mit reaktionären Staatsgewalten sich ihr entschieden widersetzen, und zwar unter Berufung auf sogenannte „religiöse“ Anschauungen.

Den Katholiken ist die Leichenverbrennung und die Propaganda für diese Bestattungsform noch in neuester Zeit durch ein am 19. Mai 1886 ergangenes und vom Papste bestätigtes Dekret des „heiligen Offiziums“ geradezu als „verabscheuungswürdiger Mißbrauch“ verboten worden. Und die protestantische Orthodoxie macht geltend, daß diese Wirkung „zwar nicht einem Glaubenssatze, wohl aber der seit Jahrhunderten bestehenden kirchlichen Ordnung widerspricht“.

Richtig ist, daß wir das Begräbnis der Toten im Sinne einer „kirchlichen Ordnung“ der christlichen Theologie zu verdanken haben. Unsere Altvordern waren vernünftiger; sie verbrannten ihre Toten und übergaben der Erde nur die Asche in Urnen. Dieser vernünftigen Praxis machten die Theologen ein Ende. Sie erfanden zwar Hölle und Fegefeuer mit ihren „nie versengenden Gluten“, aber sie wollten nicht eingegriffen wissen in den natürlichen Ablauf des Auflösungsprozesses, den der Mensch, wie jedes andere Wesen, zu bestehen hat; sie wollten, daß das Fleisch verwese, damit „der Geist gereinigt“ werde. Und allen Ernstes lehrte die Theologie eine „Wiederauferstehung des Fleisches“ am Tage des „jüngsten Gerichts“. Kaiser Karl, der „Große“ genannt, nahm es mit dieser Lehre der Kirche so ernst, daß er die aus dem Heidentum überkommene Sitte des Verbrennens der Toten mit der Todesstrafe belegte. So wurde das Begraben der Leichen in den Landen „christlicher Kultur“ kirchliche Ordnung.

Wenn alles das, was einstmals und Jahrhunderte hindurch „kirchliche Ordnung“ war, bestehen geblieben wäre, so würde die Menschheit noch weit zurück sein in der Kultur. Auch dieser Rest überlieferter „kirchlicher Ordnung“ wird fallen vor der Allmacht der Vernunft.

Unter dem Zwange außerordentlicher Verhältnisse ist selbst die Kirche genötigt, ihr oben erwähntes Dogma preiszugeben. Auf Martinique hat vor zwei Jahren die katholische Geistlichkeit nicht umhin gekonnt, sich an der Feuerbestattung der Zehntausende von Opfern der vulkanischen Katastrophe, die zu begraben eine Unmöglichkeit war, zu beteiligen.

Für die Feuerbestattung sprechen eine ganze Reihe der gewichtigsten Gründe, die mit religiösen Gefühlen und theologischen Lehren auf die Dauer nicht erfolgreich zu bekämpfen sind.

Nachdem im Jahre 1849 Jacob Grimm in einer an die Akademie der Wissenschaften gerichteten Abhandlung sich für das Verbrennen der Leichen ausgesprochen hatte, ist eine ganze Reihe der hervorragendsten Vertreter der Wissenschaft für diese Bestattungsart eingetreten. Professor Virchow erwarb sich das Verdienst, eingehend nachzuweisen, daß die Einführung derselben nicht nur eine notwendige Forderung der öffentlichen Hygiene ist, sondern auch aus nationalökonomischen Gründen angestrebt werden muß.

Was die hygienische Seite der Frage anbetrifft, so ist folgendes zu beachten:

Längst hat die Erkenntnis Platz gegriffen, daß die Kirchhöfe mit ihren modernden Leichen einen gesundheitlich-nachteiligen Einfluß ausüben. Sie verseuchen den Boden. Deshalb hat man schon vor anderthalbhundert Jahren angefangen, die Beerdigung von Leichen innerhalb der bewohnten Teile der Städte gesetzlich zu verbieten. Ein solches Verbot enthält auch das Allgemeine Landrecht (§ 184 Titel 11 Teil II). Es unterliegt keinem Zweifel, daß begrabene Leichen die Gesundheit der Lebenden gefährden, und zwar unter Umständen in recht erheblichem Maße. Jedenfalls ist von allen Hygienikern zugegeben, daß von einem Friedhofe niemals sanitär zulässige Zustände zu erwarten sind. Wenn auch von einigen Gesundheitslehrern der Ansicht widersprochen wird, daß von den Gräbern krankhafte Miasmen in die Luft steigen und die umwohnenden Menschen schädigen, so müssen sie doch alle zugeben, daß die im Wasser löslichen chemischen Bestandteile der Leiche vom Grundwasser aufgenommen werden, so in die Brunnen und mit dem Trinkwasser in die Körper der lebenden Menschen gelangen.

Die schwerste derartige Gefahr ersteht aus den Leichen der an infektiösen Krankheiten (Cholera, Pocken, Tuberkulose 2c.) Gestorbenen. Darüber ist die Wissenschaft längst völlig einig, daß mit dem Begraben derartiger Leichen neue Bazillenherde geschaffen werden; die Desinfektion der Leichen nützt dagegen gar nichts. In England werden schon lange auf sanitätspolizeiliche Anordnung die Cholera-leichen verbrannt. Die Stadt Paris ist diesem Beispiele gefolgt.

Uebrigens besteht die fakultative Feuerbestattung in England, Frankreich, den skandinavischen Ländern, Amerika, Italien, Holland und der Schweiz. Von deutschen Bundesstaaten haben sie eingeführt: Gotha, Baden, Hessen und Hamburg.

Ein im Jahre 1891 zu London stattgehabter internationaler hygienischer Kongreß, auf welchem alle Kulturländer durch hervorragende Funktionäre des öffentlichen Gesundheitswesens vertreten waren, sprach in einer Resolution aus: es seien alle legislatorischen Hindernisse der Leichenverbrennung zu entfernen.

Die nationalökonomische Seite der Frage ist damit gegeben, daß durch die Anlage von Friedhöfen für die Erdbestattung ein ungeheurer Raum sowohl der Agrikultur wie dem Wohnungsbedürfnis entzogen wird. Namentlich in großen Städten, in deren Umgebung der Grund und Boden als Spekulations- und Wucherobjekt sehr teuer ist, kommen die ökonomischen Gründe, damit aber auch zugleich soziale in Betracht. Im Jahre 1882 richtete der Berliner Magistrat zu Gunsten der Einführung der Feuerbestattung an den Minister des Innern eine Denkschrift, in der es heißt:

„Die Anlegung der Kirchhöfe macht außerordentliche Kosten und kann nur mit den größten Schwierigkeiten bewirkt werden. Kirchhofland ist das teuerste Land und übersteigt in seinem Preise vielfach das der Baustellen. Die ungeheuren finanziellen Opfer, welche die Beschaffung von Friedhöfen erfordert, würden der Stadt Berlin erspart bleiben, wenn die Feuerbestattung erlaubt würde. Die Kosten der Bestattung würden sich auf ein Minimum reduzieren.“

Aus Erwägungen dieser Art erklärt sich die starke Beteiligung kommunaler Körperschaften an den Petitionen, wovon oben die Rede.

Das Verbleiben bei der Erdbestattung ist unter ökonomischen und sozialen Gesichtspunkten eine schwere Versündigung am Volkswohl. Unzählige Menschen verfallen dem Siechtum und dem Tode infolge der schlechten Wohnungsverhältnisse, die mit der Grund- und Bodenfrage engstens und untrennbar zusammenhängen. Nichts liegt näher als die Erwägung, daß die ungeheure Bodenfläche, die der Erdbestattung geopfert wird, für die Errichtung gesunder Wohnungen verwertet werden müßte. Den Toten wird geopfert, was Millionen der Lebenden versagt wird. Aber das ist kein gutes, kein segensreiches Opfer; es rächt sich als hygienische, wirtschaftliche und soziale Sünde an den Lebenden und zumeist an denen, die für diese Sünde nicht verantwortlich sind, an den Massen der Unbemittelten und Armen.

Nebenbei können die Anhänger der Feuerbestattung für dieselbe auch noch ästhetische Gründe geltend machen. „Es ist“ — sagen sie — „ein lähmendes und niederdrückendes Gefühl, daß der Mensch, die „Krone der Schöpfung“, nach dem Tode dem widerwärtigen, abschreckenden und am meisten Ekel erregenden Vorgange der Verfaulung überantwortet wird.“

Der preußischen Staatsgewalt gereicht es nicht zur Ehre, daß sie bis jetzt die Gründe für die Feuerbestattung nicht zu würdigen gewußt, vielmehr den Gegnern derselben Unterstützung gewährt hat. Die preußische Verfassung garantiert die Freiheit der religiösen Ueberzeugung, sowie die persönliche Freiheit. Unvereinbar damit ist, wenn man in Rücksicht auf einseitige kirchliche Interessen die Leichenverbrennung nicht zuläßt und damit einen Zwang zur Erdbestattung ausübt.

Der Krieg in Ostasien.

Das Reutersche Bureau meldet aus Söul vom 1. April: Die erste japanische Armee, bestehend aus der kaiserlichen Garde, der 2. und 12. Division, die in Andschu konzentriert ist, rückt jetzt auf drei Straßen nach Widschu vor. In Haidschu und Tschinanfu werden Lebensmittel gelandet und von dort in Dschunken nach Andschu befördert; ebenso sind Pferde, deren jede Division 5200 hat, gelandet worden, die sich aber in schlechter Verfassung befinden. Da jedes Pferd geführt werden muß, ist eine gleiche Anzahl Mannschaften von dem jetzigen Effektivbestande in Abrechnung zu bringen. Die Truppen leiden viel an erfrorenen Füßen. Die Russen überschätzen die Stärke der japanischen Streitkräfte im Norden von Korea und ziehen sich deshalb zurück, ohne die natürlichen Vorteile des Landes auszunutzen. Die Japaner befestigen Fusan und die Insel Ködsche, um Masampo verteidigen und die Straße von Korea beherrschen zu können.

Folgendes Telegramm des Generals Kuropatkin an den Zaren wird amtlich veröffentlicht: Generalmajor Kaschtalinski meldet unter dem 4. April: Am Yalu ist Alles ruhig. Gegenüber Turmitschen auf der Insel Matuzeo hatten Freiwillige ein Geplänkel mit den Vorposten der Japaner bei Widschu; unserseits kein Verlust, die Japaner hatten 6 Tote, die Zahl der Verwundeten ist unbekannt. Die Depots in der russischen Ansiedlung Yönampo wurden geplündert und verbrannt. In Yönampo stand eine kleine Abteilung 300 Mann japanischer Infanterie gegenüber.

Nach Meldungen aus Söul rücken die Japaner in Eilmärschen auf den Yalu vor. Gestern, Dienstag, besetzten sie Cholsan und Sunchon, etwa 40 Kilometer von Widschu. Die Japaner haben einer „Herald“-Meldung zufolge 6 Kanonen, welche die Russen von Dschungtschon nach Antung befördert hatten, in Antung vorgefunden. 70 in Dschungtschon gefangene Russen sind nach Pjöngjang gebracht worden. Die letzten Kosakentrupps verließen Jyn, so daß ganz Nordwestkorea unbehindert von den Japanern okkupiert worden ist. Die Japaner schreiben die Notwendigkeit der russischen Konzentration auf das mandschurische Yalufer hauptsächlich dem Mangel an Pontonmaterial zu, machen sich aber darauf gefaßt, daß unter dem Schutze der neuen russischen Befestigungen die japanischen Versuche, den Yalu zu überschreiten, Störungen erfahren werden.

Das „B. T.“ meldet aus Tokio: Es steht nunmehr außer jedem Zweifel, daß Japan bis zur Stunde nur den kleineren Teil seines Heeres mobil gemacht hat, und zwar im ganzen 6 Divisionen von den vorhandenen 13 aktiven Divisionen. Es sind mobil: I. Armee, General Kuroki, 2. Gardedivision und 2. Division. II. Armee, General Oku, 1. Division, 3. und 4. Division. Die ganze I. Armee ist bis auf den letzten Mann seit dem 25. März in Korea. Das Gros ihrer Kräfte hat Andschu erreicht. Die II. Armee, in Ujina und Osaka zur See verladen, ist zur Zeit unterwegs, angeblich nach der Liaotung-Küste. Es stehen noch auf dem Friedensfuße in ihren bisherigen Garnisonen in Japan die 5., 6., 7., 8., 9., 10. und 11. Division. Aus diesen sollen noch eine 3. und eine 4. Armee gebildet werden. Die eine dieser beiden Armeen soll noch der zweiten Armee demnächst zugeführt werden, und die vierte bis zur letzten Stunde im Lande zurückgehalten werden. Man wird diese erst im gegebenen Moment zum entscheidenden Schlage verwenden und will mit ihr, wenn möglich, den Russen in den Rücken dringen, wenn sie die Operationen gegen die drei anderen japanischen Armeen aufgenommen haben werden.

Der Korrespondent der „Times“, der in Korea war, meldet aus Weihaiwei: Die japanische Armee unter General Kuroki ist jetzt in der Lage, jederzeit den Uebergang über den Yalu erzwingen zu können, doch es scheint, als ob die Vollendung der zweiten japanischen Mobilisierung abgewartet wird.

Der „Telegraph“ meldet aus Söul: Fünf Transportschiffe mit einem vollen Regiment japanischer Kavallerie sind in Tschemulpo angekommen. Die Kavallerie wurde sofort nach Söul befördert, wo sie vorläufig bleiben wird. Sie hat bessere Pferde und bessere Reiter als die bisher gelandete Kavallerie in Chinnampho. Es kommen noch immer gewaltige Mengen Kriegsmaterial an. Eine Trambahn ist dort vom Landungspier zwei englische Meilen an der Straße entlang gelegt worden und tausend Kulis sind dabei, dort noch immer weiteres Kriegsmaterial aufzuschichten. Derselbe Korrespondent meldet: Die japanische Flotte ist noch unversehrt und bewacht Port Arthur beständig. Eine enge Hafeneinfahrt ist nur noch offen. Die Japaner werden bei erster Gelegenheit, wenn das Wetter günstig ist, die Blockierungsversuche fortsetzen. Die Russen haben viele 12zöllige Geschütze aus den Schiffen genommen, um die Forts damit zu armieren. Die nördlichen Gewässer werden von einem japanischen Geschwader patrouilliert.

Der Korrespondent der „Morning Post“ in Niutschwang erfuhr von einem Gewährsmanne in Charbin, daß dort täglich über 2000 Mann Militär mit Pferden auf der Eisenbahn angekommen seien. An der ganzen Eisenbahnlinie von Charbin bis Haicheng befänden sich Militärlager. In Niutschwang sind demselben Korrespondenten zufolge fast 100 Kanonen. Vor 14 Tagen hätten die Japaner noch verhältnismäßig leicht bei Niutschwang landen können, jetzt dagegen nur unter großen Schwierigkeiten.

Der Generalgouverneur in Irkutsk erließ ein Kundmachung, die Ansammlungen, Waffentragen und Munitionsankauf sowie die Beteiligung an der Preissteigerung von Lebensmitteln verbietet sowie andere polizeiliche Bestimmungen enthält.

Der russische „Regierungsbote“ veröffentlicht Mitteilungen über die infolge des Krieges beschlossene Einschränkung einiger Staatsausgaben. Denselben ist zu entnehmen, daß es als zweckentsprechend befunden wurde, vorläufig für Kriegszwecke den freien Barbestand der Staatsrentei zu verwenden, ohne zu anderen Quellen Zuflucht zu nehmen, außerdem aber durch Streichungen im Budget 1904, besonders der Zivilressorts, die Mittel der Staatsrentei zu vergrößern. Eine besondere Konferenz unter dem Vorsitz des Grafen Solski arbeitete Vorschläge aus, die nach Begutachtung durch den Minister vom Reichsrate geprüft und am 19. März vom Kaiser bestätigt wurden. Das leitende Prinzip der Streichungen war, dieselben nur für neue Maßnahmen, die zur Verbesserung der schon bestehenden geplant waren, zuzulassen, ohne den gewöhnlichen Gang des Staatslebens zu stören und die Rechte irgend jemands hinsichtlich der Verpflichtungen der Staatskasse zu verletzen. Die Gesamtsumme der vorgenommenen Streichungen beträgt 134 377 106 Rubel; davon entfallen auf in den Vorjahren eröffnete Kredite über 18 Millionen. Der Rest von 115 498 366 Rub. entfällt auf das Budget 1904. Am bedeutendsten gekürzt werden die Ausgaben für Bahnbauten, nämlich um 54 Millionen, für die Verbesserung bestehender Bahnen und für einige Arbeiten in den Kriegshäfen Wladiwostok, Port Arthur usw. Im allgemeinen wurde das Budget 1904 um 5,3 pZt. gekürzt. Die gewöhnlichen Ausgaben wurden um 60 Millionen Rubel gegen den Budgetvoranschlag herabgesetzt, also um 3 pZt. Dabei übersteigen sie auch nach den vorgenommenen Streichungen den gleichen Posten des Budgets 1903 noch um 26 Millionen Rubel. Nach dem Prozentverhältnis sind die meisten Ersparnisse durch Streichungen von außerordentlichen Ausgaben erzielt worden, nämlich 26 pZt.; sie belaufen sich auf 55 Millionen.

Die Ausgaben für Spitzel wurden nicht herabgesetzt.

Von der Weltbühne.

Als „Schutzengel der Sozialdemokratie“ verhöhnt mit dem Ingrimm eines schlechten Gewissens die „Freisinnige Zeitung“ Herrn Dr. Barth und seine Anhänger. Anlaß dazu geben ihr folgende Tatsachen:

Bekanntlich haben die beiden sozialdemokratischen Stadtverordneten Augustin und Hoffmann in Berlin — und zwar in amtlicher Eigenschaft, als Mitglieder eines Kuratoriums, dessen Vorsitzender der freisinnige Stadtrat Fischbeck ist — das städtische Asyl für Obdachlose revidiert und die vorgefundenen schlimmen Zustände zur öffentlichen Kenntnis gebracht. Die Folge war, daß der Stadtrat Fischbeck diesen beiden Männern das Betreten des Asyls verbot! Daß solch ein Verfahren die schärfste Kritik herausfordert, ist selbstverständlich. In der letzten Nummer der „Nation“ behandelt Herr P. Nathan das Verbot als eine dem Satze „Macht geht vor Recht“ entsprechende Anmaßung, und in der „Hilfe“ führt Herr Naumann aus, der Vorgang sei eine liberale Krankheitserscheinung. Darüber ist die jetzt mit dem Haupttitel „Freie deutsche Presse“ erscheinende „Freisinnige Zeitung“ sehr entrüstet, zumal sie die Vergewaltigung der beiden sozialdemokratischen Stadtverordneten als einen Akt berechtigter verwaltungsbehördlicher Autorität verteidigt hat. Sie glaubt eine besonders geistvolle Bosheit auszuspielen, indem sie „diejenigen um Barth“ als „Schutzengel der Sozialdemokratie“ bezeichnet und schließlich sagt:

„Es gehört die ganze Verblendung derer um Barth dazu, unter diesen Umständen alles, was von der Sozialdemokratie ausgeht, zu beschönigen, den Liberalismus aber, wie auch aus den jüngsten Angriffen auf den Wahlrechtsantrag der drei liberalen Parteien des Abgeordnetenhauses hervorgeht, zu verdächtigen. Kaum ist Dr. Barth von seiner Reise aus dem Süden zurückgekehrt, so beginnt er mit seinen Anhängern wieder das Gezänk auf der ganzen Linie mit andersgesinnten Liberalen einschließlich der Mehrzahl in der Freisinnigen Vereinigung selbst. Helle Freude empfinden darüber die Rechtsparteien; die lieben Sozialdemokraten aber haben für ihre Schutzengel nur Geringschätzung, wenn nicht gar Spott und Hohn.“

Es gehört die ganze politische Jämmerlichkeit derer um Richter dazu, in solcher Weise vernünftige und ehrliche Kritiken „derer um Barth“ verunglimpfen und die Kritiker selbst persönlich herabsetzen zu wollen. Die Behauptung, daß die „liebe Sozialdemokratie“ für ihre „Schutzengel“ nur „Geringschätzung“ oder gar „Spott und Hohn“ habe, hat natürlich den Zweck, die Barth und Genossen, die Eugen Richter womöglich noch mehr haßt als die Sozialdemokraten, bei ihrem eigenen Anhang zu verdächtigen. Richter und seine Trabanten brächten es freilich nicht fertig, parteipolitischen Gegnern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Sie können nicht einmal gegen ihre eigenen Leute gerecht sein; wer nicht der offiziellen Meinung des Richterschen Klüngels zustimmt, der wird heruntergeputzt — wenn er sich's gefallen läßt. Daß jemand um seiner selbst willen auch Gegnern gerecht zu werden versucht, ist ein den Richter und Konsorten unverständliches Verhalten.

„Autorität, nicht Majorität“ war seither einer der obersten Grundsätze des Konservatismus. Aber die „Deutsche Tageszeitung“ vertritt jetzt die Anschauung, daß dieser Grundsatz nicht unbedingt Geltung behalten dürfe:

„Es gibt immer noch viele ernste und treffliche Politiker, die eine gewisse Scheu vor energischer und, wenn es sein muß, rücksichtsloser Agitationsarbeit haben, weil sie meinen, daß die damit verbundene Aufwühlung der Massen unvereinbar sei mit dem Grundsatze: „Autorität — nicht Majorität!“ Sie halten sich vornehm zurück und blicken wohl gar mit einer gewissen Verachtung auf diejenigen herab, welche agitatorisch tätig sind. . . . .

„Man mag nun aber noch so wenig von der Majorität als solcher halten, und man mag die Autorität noch so hoch über die Majorität stellen: trotzdem wird man sich der politischen Pflicht nicht entziehen können, womöglich die Autorität durch die Majorität zu stützen und die Majorität zur bewußten Anerkennung des Autoritätsgedankens zu erziehen. Darin liegt die Verpflichtung zur Agitation auch für den durch und durch konservativen Mann. Die vornehme Mißachtung der Majorität und der grundsätzliche Verzicht auf jeden Versuch, sie zu gewinnen, ist aber besonders töricht und unangebracht in einer Zeit, wo von den Trägern der Autorität selbst die Majorität als Autorität anerkannt wird. Oder ist es nicht eine Anerkennung der Autorität der Majorität, wenn der Kanzler des Reichs öffentlich erklärt, er werde Gesetze zum Schutze der Staatsautorität gegen Umsturzversuche nur dann einbringen, wenn die Mehrheit des Reichstages dafür zu haben sei? Oder ist nicht überhaupt unser geltendes Reichstagswahlrecht eine verfassungsmäßige Anerkennung des unbedingten Majoritätsrechts? Der Reichstag ist ein gleichberechtigter Faktor der Gesetzgebung; seine Mehrheit bestimmt ihren Gang mit. Die Majorität des Volkes ist wiederum bestimmend für die Mehrheit des Reichstages. Es kann keine schlagendere Anerkennung der Autorität der Majorität geben, als sie im Reichstagswahlrechte festgelegt ist.“

Alles in allem hält das Bündlerorgan für notwendig, daß jeder Politiker mit den tatsächlichen Verhältnissen rechnet. Denn: „Die Majorität ist dadurch als Autorität anerkannt. Es bleibt nichts übrig, als die Konsequenzen zu ziehen; als erste Konsequenz ergibt sich die Notwendigkeit einer energischen, dauernden, volkstümlichen Agitation. Die Agitationsarbeit darf aber niemals ruhen. Sie muß sich aller Mittel bedienen, die irgendwie verfügbar sind.“

Nun, in diesem Sinne haben die Agrarier ihre Agitation ja stets betrieben; sie haben sich mit absoluter Gewissenlosigkeit aller Mittel, selbst der schlechtesten bedient, um für ihre angeblich „gute“ Sache zu wirken. Sie sind Meister der Demagogie geworden. Der Artikel der „Deutsch. Tagesztg.“ leistet folgende demagogische Schwindelei:

„Das Volk ist durch das Reichstagswahlrecht zum Bewußtsein seiner Majoritätsmacht erzogen worden. Das ist so; das läßt sich nicht ändern, und damit muß jede Agitation rechnen. Wir empfehlen nicht, daß man um die Gunst der Masse skrupellos buhle, wohl aber, daß man mit dem Volke rede, wie ihm der Schnabel gewachsen ist, und wie es ihm ums Herz ist. Die Rechte des Volks müssen unbedingt anerkannt, ihre Verletzung aufs schärfste getadelt werden.“

Das schreibt das Organ der Bündler, die förmlich eingeschworen sind auf die Vernichtung der Volksrechte! Schließlich heißt es: „Parteien, die nicht mit den gegebenen Verhältnissen rechnen, die nicht den Mut und die Macht in sich fühlen, womöglich die Majorität zu gewinnen, um dadurch die Autorität zu stützen — Parteien, die nicht ins Volk hineingehen, mit dem Volke und aus dem Herzen des Volkes heraus reden, die nicht volkstümlich im eigentlichen und im edlen Sinne sind — solche Parteien sind nicht fähig, in den Kämpfen der Entscheidung zu führen und zu siegen.“

Diese Bemerkungen richten sich offenbar gegen die Parteipolitik der Konservativen; sie enthalten eine Verurteilung dieser Politik.

Eine wichtige Aenderung der Heerordnung, der militärischen Ergänzungsbestimmung zur „Deutschen Wehrordnung“, ist nach der „Internat. Revue“ im Februar d. J. durch Verfügung des Kriegsministeriums eingeführt worden:

Die §§ 6 und 7, die über die Tauglichkeit zum Dienst ohne Waffe und von der bedingten Tauglichkeit zum Dienst ohne Waffe und von der bedingten Tauglichkeit handeln, haben eine grundsätzliche Aenderung erfahren. Während bisher an dem Grundsatz festgehalten ist, daß in der Armee, sei es zum Dienste mit oder ohne Waffe, nur solche Leute zur Einstellung gelangten, bei denen nur geringe körperliche Fehler vorhanden waren, können von jetzt ab zum aktiven Dienst ohne Waffe auch solche Leute ausgehoben werden, die bislang als nur „bedingt tauglich“ der Ersatzreserve überwiesen werden mußten. Bisher hatte die Militärverwaltung von der Berechtigung nach § 1 Abs. 2 des Wehrgesetzes vom 9. November 1867 keinen Gebrauch gemacht, daß auch solche Leute, „welche zwar nicht zum Waffendienst, jedoch zu sonstigen militärischen Dienstleistungen, welche ihrem bürgerlichen Berufe entsprechen, fähig sind“, zu solchen herangezogen werden können. Da es im Laufe der letzten Jahre immer schwieriger geworden ist, den Bedarf an Oekonomiehandwerkern zu decken, hat sich wohl die Militärverwaltung veranlaßt gesehen, ihr bisheriges Prinzip aufzugeben und auch die „bedingt Tauglichen“ zum Dienst ohne Waffe heranzuziehen. Als Krankenwärter und als Oekonomiehandwerker können die „bedingt Tauglichen“ ausgehoben werden.

Die Gemeingefährlichkeit des Kapitalismus kommt gelegentlich bei besonders scharfem Hervortreten auch sonst sehr gut kapitalistisch veranlagten Gemütern zum Bewußtsein. So schreibt z. B. die „Deutsche Tageszeitung“ am Schlusse eines Artikels über die Stillegung von Zechen durch das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat:

„Diese Vorgänge zeigen wieder einmal mit vollster Deutlichkeit, daß der Staat ein schweres Unrecht begeht, wenn er die Ausbeutung der wichtigsten Mineralschätze, der Kohlen, dem Privatkapital überläßt, das sich in seinen Maßnahmen in keiner Weise durch irgendwelche Rücksichten auf die Allgemeinheit, geschweige denn auf die spätere Zukunft bestimmen läßt. Wir haben die Pflicht, die unterirdischen Bodenschätze pfleglich zu behandeln und sie nach Möglichkeit auch unseren Nachkommen zu hinterlassen. Heute aber geschieht das gerade Gegenteil von dem, was man als Pflicht zu bezeichnen hat: es werden ohne Not große Massen von Steinkohlen noch dazu zu billigeren Preisen ins Ausland geworfen, ohne daß die Allgemeinheit einen Nutzen davon hat. Wäre der Staat im Besitze der Steinkohlenbergwerke, so hätte er z. B. beim Abschluß von Handelsverträgen die wertvollste Handhabe gewissen Staaten gegenüber und könnte sich die Lieferung von Kohlen durch erhebliche Zugeständnisse bezahlen lassen, die der Allgemeinheit zu gute kämen. Wir sehen, daß das Hauptkohlenland der Welt, England, bereits bedenklich geworden ist und durch Kohlenausfuhrzölle dem planlosen Kohlenexport und der übermäßigen Ausbeutung der Bergwerke entgegenarbeitet und sollten davon lernen. Daß der Fiskus einige Kohlenfelder im rheinischen Ruhrgebiete erworben hat, ist ein Zeichen dafür, daß der Staatsmann, der diesen Erwerb veranlaßt hat, der verstorbene Finanzminister v. Miquel, den Besitz und Einfluß des Staates auf dem Gebiete des Kohlenbergbaues zu vermehren trachtete und die jetzigen Verhältnisse für ungesund erachtete. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Konzentration der Kohlenbergwerke in Zukunft noch zu weit größeren Schädigungen der Allgemeinheit führen und daß sich die Ausbeutung des Volkes durch das Syndikat noch erheblich steigern wird. Darum sollte man beizeiten daran denken, die Kohlenschätze, die nach deutsch-rechtlicher Auffassung ohnehin der Allgemeinheit, dem Staate gebühren, unter staatliche Kontrolle zu bringen, ebenso wie man die Eisenbahnen verstaatlicht und dem Privatkapital entzogen hat.“

Das ist eine Auffassung, die in sozialdemokratischen Kreisen schon lange vertreten wird, wenn ihr auch das Bedenken gegenübersteht, daß diese gewaltige Vermehrung der Machtmittel im antidemokratischem Sinne ausgenutzt werden wird. Es ist in der Tat kein vernünftiger Grund dafür zu ersehen, die Bodenschätze der Ausbeutung durch das Privatkapital noch länger zu überlassen; um so weniger, als sich diese Ausbeutung immer mehr zu einem unerträglichen Monopol entwickelt hat. Hier baldigst ein Ende zu machen, liegt im Interesse der gesamten Bevölkerung mit Ausnahme der bei den Bergwerken beteiligten Dividendenschlucker.

Die Behandlung von Redakteuren in der Strafhaft ist ein in letzter Zeit vielbesprochenes Kapitel, das auch im Reichstage (Fall Biermann) Anlaß zu lebhaften Auseinandersetzungen gab. Nun ist auch die Stellung des preußischen Justizministeriums in dieser Sache bekannt geworden. Auf dem Redakteurtag in Magdeburg erzählte nach der „Volksstimme“ der Chefredakteur der „Germania“, ten Brink, er und zwei andere Herren (Vollrath, „Volkszeitung“, und Rippler, „Tägliche Rundschau“) seien beim Justizminister wegen der Selbstbeschäftigungsfrage vorstellig geworden. Anlaß dazu habe der Fall eines „Vorwärts“-Redakteurs gegeben, der drei Monate nach Tegel gekommen sei. Der Justizminister habe sich sehr wohlwollend über die Presse geäußert, aber gebeten, von diesem bezeigten Wohlwollen der Oeffentlichkeit keine Mitteilung zu machen, da es eine eigene Sache sei, als Minister sich wohlwollend über die Presse zu äußern. Der Minister Schönstedt habe versprochen, bei den Gefängnis-Verwaltungen dafür zu sorgen, daß akademisch gebildeten Redakteuren Vergünstigungen beim Strafvollzug (Selbstbeschäftigung usw., jedoch keine Selbstbeköstigung) gewährt würden. Allein man solle auch davon „öffentlich nur ja kein Aufhebens machen“; dem betreffenden „Vorwärts“-Redakteur habe er dann sofort diese Vergünstigungen angewiesen. ten Brink teilte ferner mit, daß „maßgebende Personen“ auch wiederholt darum gebeten hätten, solche Redakteure, die Festungsstrafe erlitten, nur ja zu veranlassen, Memoiren über das Festungsleben nicht zu veröffentlichen. Es wisse sowieso schon jeder, daß man es in Weichselmünde zum Beispiel derart gut habe, daß seinerzeit Maximilian Harden während seiner Haft mehr in Danzig und Neufahrwasser, als in der Festung gewesen sei. Ja, Harden habe einmal sogar während der Dauer seiner Haft in Weichselmünde eine Badekur in Neufahrwasser gemacht! Wenn man das der Oeffentlichkeit auch noch mitteile, hätten es schließlich spätere Gefangene nicht mehr so gut.

So die Magdeburger „Volksstimme“, deren Berichterstatter wohl genau gehört hat. Uebrigens tragen die Mitteilungen ganz den Stempel innerer Wahrheit. Es ist echt preußisch, daß der Minister sich scheut vor der Oeffent-

lichkeit. Echt preußisch ist es auch, daß unter den in Strafhaft befindlichen Redakteuren Kastenunterschiede gemacht werden. Wer „akademisch gebildet" ist, wird selbst als Sünder noch bevorzugt vor seinem Mitsünder, der diesen mit Geld zu erwerbenden Kastenstempel nicht besitzt; der „akademisch Gebildete" gilt eben — auch als Sozialdemokrat noch — als lediglich verirrtes Mitglied der herrschenden Klasse, während der durch Fleiß und Talent qualifizierte Arbeiter als Glied der anderen Nation, als Todfeind betrachtet und behandelt werden muß.

Kostbar ist das Eingeständnis des Ministers, es sei eine eigene Sache, als Minister sich wohlwollend über die Presse zu äußern. Das ist ganz die vormärzliche, in Preußen nie erstorbene Theorie, daß die Presse unter allen Umständen ein Uebel sei, wenn auch ein notwendiges Uebel, dem man prinzipiell die Existenzberechtigung nicht zugestehen, das man vor allen Dingen nicht wohlwollend betrachten dürfe. Dabei tut doch die Presse, mit Ausnahme der sozialdemokratischen, alles, um sich das Wohlwollen der Regierung redlich zu verdienen.

Die oberschlesische Geistlichkeit, welche in dem Beuthener Prozeß durch beeidigte Zeugenaussagen so schwer bloßgestellt wurde, daß der Fürstbischof Kopp sich bewogen sah, seinen Strafantrag schleunigst telegraphisch zurückzuziehen, versucht jetzt hinterher die belastenden Zeugenaussagen durch Erklärungen abzuschwächen. So bestreitet z. B. ein Pfarrer Kubis aus Zalenze, daß er jemals den Amtsgerichtsrat Letocha mit Christus und den Redakteur Korfanty mit dem Schächer Barabas verglichen, und behauptet überdies, daß er bis jetzt den Namen Korfanty noch niemals in der Kirche genannt habe. Ein Kaplan Joseph Müller aus Domb bezeichnet es als völlig unwahr, daß er jemals die Leser des „Gornoslazak" „bestialische Leute" oder gar „Schweine" genannt habe. In ähnlicher Weise werden auch sonst Einzelheiten der Zeugenaussagen „berichtigt".

Ob diese „Berichtigungen" selbst richtig sind, läßt sich von weitem nicht kontrollieren. Aber wenn sie richtig wären, so bedeuteten sie immer nur die Ableugnung von Einzelheiten. Es muß dabei aber im Auge behalten werden, daß hier eidliche Aussagen von Dutzenden von Zeugen in Zweifel gezogen werden, ohne daß ihnen gleichwertige Aussagen entgegengestellt werden können. Der ganze Zweck dieses Erklärungsfeldzuges ist offenbar nur, nach außen den Anschein zu erwecken, als ob an den Beuthener Zeugenbekundungen über den geistlichen Terrorismus von der Kanzel und im Beichtstuhl nichts Wahres sei. Konnte man das beweisen, dann hätte Fürstbischof Kopp seinen Strafantrag nicht zurückziehen sollen, dann hätten die Geistlichen ja auf dem Zeugenstande ihre Erklärungen abgeben können. Ob sie dann alle ebenso gelautet hätten?

Pfäffischer Terrorismus. Nicht bloß in Oberschlesien treibt der katholische Klerus es so, wie im Beuthener Prozeß festgestellt worden. In anderen Gegenden machen es tonsurierte „Diener Gottes" nicht besser. Nur daß es sich um verschiedene Gegner handelt, gegen die sich die geistlichen Waffen richten. War es in Oberschlesien das Polentum, so ist es anderwärts die Sozialdemokratie, der Liberalismus, der Protestantismus, dem der Kampf gilt. Aus dem Beichtstuhl bringt die liberale „Lothr. Bürger-Zeitung" in Metz folgenden Beitrag:

In Nieder-Jeutz ging eine Bürgersfrau zur Osterbeichte. Vor der Absolution richtete der Geistliche an die Frau die Frage: „Was für Zeitungen lesen Sie denn?" Antwort: „Die „Lothringer Bürger-Zeitung" und den „Messin"." Beichtvater: „Dann kann ich Ihnen die Absolution nicht erteilen. So schlechte Blätter! Sogar den „Messin", der ist ja noch viel schlechter als die „Lothringer Bürger-Zeitung"." Frau: „Das geht mich nichts an. Die Zeitungen bestellt mein Mann; übrigens habe ich noch nichts Schlechtes in den beiden Zeitungen gefunden." Beichtvater: „Versprechen Sie mir wenigstens, daß Sie Ihren Mann beeinflussen wollen, die beiden Blätter nicht mehr zu halten!" Frau: „Das fällt mir nicht ein. Ich werde aber meinem Mann über Ihr Verhalten Mitteilung machen, der kann sich dann weiter mit Ihnen unterhalten. Adieu!"

In einem anderen Orte, nennen wir ihn G., sagte der Geistliche in seiner Predigt: „Wenn mich einer aus dem Dorfe rufen läßt, und er liegt auf dem Todesbett, so nehme ich zwei Männer mit, die das ganze Haus untersuchen müssen, ob eine Nummer der „Lothr. Bürgerzeitung" zu finden ist. Und finde ich eine, so gehe ich wieder und lasse den Todkranken liegen, ohne ihm die letzte Oelung gegeben zu haben."

In ähnlicher Weise hat die katholische Geistlichkeit seit Jahrhunderten ihre Herrschaft über die Gemüter ausgeübt. Der Glaube an die Unentbehrlichkeit der kirchlichen „Heilsmittel" ist das Herrschaftsinstrument der Pfaffen, dessen Mißbrauch auch für außerkirchliche Zwecke sie nicht scheuen.

In Sachsen kriselt es wieder. Die „Dresdener Rundschau" schreibt: „Nach Informationen aus allerbester Quelle wird nach Schluß dieser Landtagssession das Ministerium Metzsch nun endlich unwiderruflich mit Haupt und Gliedern in der Versenkung verschwinden. Die Krone hat erkannt, daß es sich mit einem Ministerium, welches das Vertrauen der überwältigenden Mehrheit des Volkes nicht genießt, nicht regieren läßt. Ueberhaupt macht sich am Hofe ein gewisser Umschwung bemerkbar; es scheint, daß der König tatsächlich neuerdings über manches aufgeklärt worden und infolgedessen zu anderen Schlüssen gekommen ist, als auf Grund Metzscher Informationen. Man unterschätzt wohl das Verdienst des Kronprinzen nicht, wenn man diesen Umschwung auf dessen wachsenden Einfluß zurückführt. Zweifellos ist der Kronprinz der Träger liberaler Anschauungen . . . Als Nachfolger des „Krebsministeriums" wird uns ein ebenfalls recht liberaler, außerordentlich tüchtiger Diplomat im sächsischen auswärtigen Dienst genannt, der sich zudem der besonderen Gunst des Kaisers erfreut."

Dem nationalliberalen „Hannov. Courier" wird aus Dresden berichtet: „Richtig an diesen „besten Informationen" ist, daß allgemein mit dem ehebaldigen Rücktritt des leitenden Ministers v. Metzsch gerechnet wird und daß man auf liberaler Seite auf Ersatz durch den sächsischen Gesandten in Berlin Grafen Hohenthal, der wiederholt genannt worden ist, rechnet. Herrn v. Metzsch ist manches mißlungen, namentlich die Wahlrechtsreform, und die Finanzmißwirtschaft des Herrn v. Watzdorf hat er mit seiner Flagge gedeckt. Der jetzige Finanzminister Dr. Rüger aber und der neue Justizminister Dr. Otto erweisen sich als so tüchtige Kräfte, daß sie des Vertrauens der Kammern wie der Bevölkerung gewiß sein dürfen. Bei der Behauptung, der Kronprinz sei der Träger liberaler Anschauungen, ist der Wunsch der Vater des Gedankens."

Letzteres stimmt ohne Zweifel. Aber daß die Regierung zu Nachfolger der jetzigen Minister Personen nehmen würde, die das Vertrauen der Bevölkerung genießen, ist ganz ausgeschlossen.

Kinderschutz. Die Polizeidirektion München hat beschlossen, von der ihr nach § 8 des Kinderschutzgesetzes für die Uebergangszeit eingeräumten Befugnis, die gewerbliche Beschäftigung fremder, noch schulpflichtiger Kinder im Alter von über 12 Jahren beim Austragen von Waren und sonstigen Botengängen von 6½ Uhr Morgens an zuzulassen, keinen Gebrauch zu machen. Hiernach hat es im Stadtbezirk München bei dem Verbot der Beschäftigung solcher Kinder vor 8 Uhr Morgens und vor dem Vormittagsunterricht sein Bewenden.

Zu dem antisozialistischen Wahlsieg in Kopenhagen bei den dortigen Kommunalwahlen, wovon wir schon in Nr. 77 Mitteilung machten, wird dem „Vorwärts" berichtet: Die Liste der acht antisozialistischen Kandidaten siegte über die der alliierten Radikalen und Sozialdemokraten mit 17 378 bis 17 266 Stimmen gegen 16 665 bis 16 460 Stimmen. Die Stimmenzahl der Antisozialisten ist seit dem vorigen Jahre um za. 1000 gewachsen, die der Radikalen und Sozialdemokraten jedoch um za. 2500. Im vorigen Jahre siegten die Antisozialisten mit über 2000 Stimmen Majorität, in diesem Jahre nur mit 700 bis 800. Man kann mit einer gewissen Sicherheit annehmen, daß im nächsten Jahre die Radikalen und Sozialdemokraten den Sieg erringen, und die dann allerdings ernstlich gefährdete Demokratie in der Stadtverwaltung retten werden. Nach den diesjährigen Wahlen bleibt immer noch eine stark demokratische Mehrheit, bestehend aus 15 Sozialdemokraten und 10 Radikalen gegenüber 17 Antisozialisten in der Bürgerrepräsentation zurück und außerdem ist die Demokratie im Magistrat mit drei Sozialdemokraten und drei Radikalen gegenüber drei Konservativen in der Mehrheit.

Uebrigens ist die antisozialistische Bewegung sehr schnell emporgeschossen. Im Jahre 1902 unterlagen die Konservativen mit 6991 gegen 13 100 Stimmen der Radikalen und Sozialdemokraten, 1903 siegten die Antisozialisten mit 16 497 gegen 14 389 und in diesem Jahre mit 17 378 gegen 16 665 Stimmen (die höchsten Stimmenzahlen der beiden Listen gerechnet). — In diesem Jahre war bei der radikal-sozialdemokratischen Liste der Unterschied zwischen der Stimmenzahl des ersten und des letzten der acht Kandidaten viel geringer als im vorigen Jahr. Damals betrug er noch 449 Stimmen, diesmal erhielt unser Genosse Borgbjerg, einer der bei der Reaktion am meisten verhaßten Männer, nur 195 Stimmen weniger als der an erster Stelle stehende Obergerichtsanwalt Hvahs, ein Zeichen dafür, daß die unzuverlässigen Elemente aus den Reihen der demokratischen Wähler mehr und mehr verschwinden.

Die Belgrader Königsmörder, die nach der Thronbesteigung Peters das Land beherrschten, haben jetzt wenigstens zeitweilig das Feld räumen müssen, um dem Serbenlande und seinem Fürsten wieder die diplomatische Gnadensonne der Großmächte leuchten zu machen. Diese haben, wie seinerzeit bekannt gegeben, ihre Gesandten der angeblich anrüchigen Umgebung des serbischen Königs wegen abberufen. Jetzt hat die Regierung Peters, deren Hauptmann Herr Paschitsch ist, sich entschlossen, die Königsmörder und Königsmacher für einige Zeit im Hintergrund verschwinden zu lassen. Leicht wird es Herrn Peter und seiner Regierung nicht geworden sein; waren die beteiligten Offiziere doch in Serbien Herren der Situation und zunächst die Stütze der neuen Dynastie; die Skupschtina hat ihnen sogar zweimal den Dank des Vaterlandes votiert. Für den König Peter wäre es ein äußerst bedenkliches Unternehmen gewesen, diese gefährlichen Gönner vom Hofe und aus der Nähe der Regierung zu verbannen, wie von ihm verlangt wurde. Dazu gibt es in der Armee eine Partei, die die Mörder Alexanders durchaus nicht liebt. So lange die Offiziere dieser Richtung aktiv blieben, konnte man auch die Urheber der Umwälzung nicht aus der Nähe des Hofes entfernen, da sie in der Furcht, von ihren Gegnern eines Tages vergewaltigt zu werden, eine Gärung in der Armee erzeugt hätten. Man ist nun jetzt, nachdem die Gegensätze etwas milder geworden sind, zu dem Auskunftsmittel gelangt, die mit dem Blute des letzten Obrenowitsch befleckten Offiziere unter Beförderung aus der Umgebung des Königs zu entfernen, gleichzeitig aber ihre Gegner ganz zu pensionieren. Damit entfällt für die europäischen Gesandten wenigstens äußerlich der Grund, den Belgrader Hof zu meiden, und Herr Paschitsch hat denn auch, wie die „Pol. Korr." mitteilt, in einer Zirkulardepesche an die serbischen Gesandten die Erwartung geäußert, daß die diplomatischen Beziehungen zu den Mächten bald wieder normal sein werden.

Von der englischen Tibet-Expedition melden die „Times" aus Tuna: Die freigelassenen tibetanischen Gefangenen wollen vielfach nicht in die Heimat zurückkehren und bitten um die Erlaubnis, sich der englischen Truppe anschließen zu dürfen. Die Chinesen berichten, daß ein heftiger Widerstad bei Khangma vorbereitet wird. Es sollen dort 500 Reiter auf gepanzerten Pferden und 7000 Fußtruppen sein. Der Russe Dorjiew ist in Lhassa und scheint dort überwiegenden Einfluß zu haben. Er ist Feldzeugmeister und Schatzmeister des Dalai Lama.

Landeskonferenz der sächsischen Sozialdemokratie.

d. n. Chemnitz, 5. April.

In dem neu erworbenen Heime der Chemnitzer Genossen, dem ehemaligen Ballsaale „Kolosseum", fanden sich heute die Vertreter der sächsischen Sozialdemokratie zur Beratung über sächsische Parteifragen ein. Es waren 56 Delegierte aus allen Wahlkreisen erschienen. Durch die Vertreter der Agitationskomitees und die Reichstagsabgeordneten, von denen 17 anwesend sind, erhöht sich die Teilnehmerzahl auf 85. Vom Parteivorstande war Genosse Gerisch entsendet worden.

Die Beratungen begannen mit dem Berichte des Zentralkomitees. Ueber die Kassenverhältnisse und den Stand der Organisationen konnte nur günstiges berichtet werden. Es ist im letzten Jahre auf allen Gebieten und in allen Kreisen in erfreulicher Weise vorwärts gegangen. In den zum Teil sehr lebhaften Verhandlungen beschäftigte man sich aber weniger mit dem Stande der Parteiorganisationen und Parteifinanzen; es wurde vielmehr schon durch den Genossen Sindermann, der den Bericht des Zentralkomitees als erster Referent gab, die Niederlage im 20. Reichstagswahlkreise (Zschopau-Marienberg) und der damit im Zusammenhange stehende neue Fall Göhre in den Vordergrund der Verhandlungen gerückt. Außerdem lag noch ein durch den Fall Göhre veranlaßter Antrag der Parteigenossen des 7. Wahlkreises (Meißen-Großenhain) vor, der den Agitationskomitees ein Mitrederecht bei Aufstellung von Reichstagskandidaten sichern will.

Genosse Sindermann wies in seinem Referate auf den glänzenden Wahlsieg der sächsischen Sozialdemokratie im Juni vorigen Jahres hin. Leider sei durch die Niederlage in Zschopau-Marienberg ein bitterer Wermutstropfen in die Siegesfreude gefallen. Dann kommt er auf den Fall Göhre zu sprechen und weist darauf hin, daß G. erst vor kurzem ein Mandat niedergelegt habe. Göhre habe dadurch gezeigt, daß es ihm an der elementaren Erkenntnis fehle, daß ein Mandat der Partei und nicht dem zufälligen Abgeordneten gehöre. Fast die gesamte Parteipresse habe anerkannt, daß Göhre mit seinem Mandate einen unerhörten Mißbrauch getrieben habe. Im Oktober 1903 habe er im 15. Reichstagswahlkreise ein Mißtrauensvotum erhalten. Dennoch habe er wenige Wochen später die Kandidatur im 20. Wahlkreise angenommen. Göhre hätte nicht aufgestellt werden dürfen, das Vorgehen der Genossen im 20. Kreise sei ein schwerer Fehler gewesen und die Kandidatur Göhre unter den obwaltenden Umständen ein Ding der Unmöglichkeit. (Lebhafte Zustimmung.) Eine Einigung sei mit Göhre nicht zu erzielen gewesen. Die Komitees hätten aber nicht ruhig zusehen können, wie nun gewissermaßen ein Preis auf die Disziplinlosigkeit gesetzt worden sei. Ein Einschreiten sei im Interesse der Partei geboten gewesen. Wäre die Kandidatur Göhres aufrecht erhalten worden, hätte es einen Entrüstungssturm in der Partei gegeben. Es sei falsch, in dem Vorgehen des Komitees die Ursachen der Niederlage zu suchen. Der Kreis hätte auch mit Göhre als Kandidaten verloren gehen können. Wie dem auch sei, jedenfalls dürften bei einer sozialdemokratischen Wahl nicht die persönlichen Eigenschaften des Kandidaten ausschlaggebend sein, sondern unsere Ziele, unser Programm. Unsere Partei sei stark geworden unter einer straffen Disziplin. Wenn jeder Wahlkreis auf eigene Faust Politik treiben würde, würden bald ähnliche Zustände bei uns einreißen wie in Frankreich. Wenn der 20. Wahlkreis verloren gegangen sei, wäre das weniger den Auseinandersetzungen über den Fall Göhre als dem Umstande zuzuschreiben, daß die Organisation des Kreises außerordentlich schwach und auch die Verbreitung der Presse im argen liege. (Beifall.)

Der zweite Referent, Genosse Braune, hob hervor, die Agitationskomitees seien in einer schlimmen Lage gewesen. Hätten sie nicht eingegriffen, hätte man ihnen von der einen Seite Vorwürfe gemacht; jetzt kämen die Angriffe von der anderen. Die Parteigenossen des 20. Wahlkreises hätten den schweren Fehler begangen, ohne Verständigung mit dem Zentralkomitee die Kandidatenaufstellung vorzunehmen. Es sei keine Voreingenommenheit gegen Göhre gewesen, die das Komitee veranlaßt habe, gegen die Kandidatur Göhres vorzugehen. Man habe sehr wohl die Person von der Sache getrennt, aber man hätte dem Zentralkomitee nicht zumuten können, ein Spiel mitzumachen, das eine Komödie geworden wäre. Im übrigen weist Genosse Braune, der Kassierer des Zentralkomitees, noch darauf hin, daß größere Mittel notwendig sind, wenn die Genossen Sachsens ihre Aufgaben in der Agitation erfüllen sollten. Es sei bedauerlich, daß in einigen Kreisen noch Wochenbeiträge von durchschnittlich zwei und drei Pfennigen für die Parteiorganisation erhoben würden und infolgedessen noch immer lediglich die Bezirke Dresden und Leipzig Mittel für das Zentralkomitee zur Verfügung stellen könnten.

In der darauf folgenden Debatte vertrat zunächst Müller-Glauchau die Ansicht, daß die Genossen im 20. Wahlkreise mit der Aufstellung Göhres einen Fehler gemacht hätten. Es sei bedauerlich, daß mit Göhre ein solcher Personenkultus getrieben worden sei. Aber ein ebenso großer Fehler sei in dem Vorgehen des Komitees zu erblicken. Man hätte unter keinen Umständen soweit gehen dürfen, ohne Rücksicht auf die nachteiligen Folgen für den Wahlausfall, die bekannte Erklärung gegen Göhre zu veröffentlichen.

Genosse Nietzeld-Zschopau versucht das Verhalten der Genossen in dem vielgenannten Wahlkreise zu rechtfertigen. Es sei nicht wahr, daß sie bei der Aufstellung Göhres ohne jede Fühlung mit den Komitees vorgegangen seien. Sie hätten sich vielmehr erst in Berlin beim Parteivorstande befragt, dort sei ihnen gesagt worden: „In die Angelegenheiten des Kreises reden wir nicht hinein." Dann hätten die Vertrauensleute des Kreises beschlossen, Göhre aufzustellen. Darauf habe das Chemnitzer Agitations-Komitee erklärt, wenn Göhre kandidiert, bewilligen wir keinen Mann und keinen Groschen. (Lebhafte Pfuirufe im Publikum.) Noch schärfer hätten sich einzelne Genossen ausgesprochen, wie Genosse Rienau. Hätte Göhre sofort verzichtet, als die Komitees es verlangten, hätte man ihm sicher wieder Vorwürfe gemacht. Er wolle nur noch bemerken, daß Göhre den Genossen des 20. Kreises nicht nachgelaufen, daß er diesen vielmehr aus dem Wege gegangen wäre. Er sei der Ansicht, daß die Niederlage nicht auf die schwache Organisation des Kreises zurückzuführen sei, sondern auf das Eingreifen und Vorgehen der Komitees. (Lebhaftes Sehr richtig! bei einem Teile der Zuhörer.) Außerdem sei Pinkau viel zu anständig für die Antisemiten gewesen, auch die besseren Redner der Partei hätten im Wahlkreise nicht in genügender Anzahl zur Verfügung gestanden.

Demmler-Geyer: Es sei jedenfalls ein Fehler gewesen, Göhre in Vorschlag zu bringen. Ein Wahlkreis, der an die Persönlichkeit des Kandidaten gebunden sei, habe keinen großen Wert. Wir wollen Sozialdemokraten haben, keine Mitläufer.

Fischer-Leisnig (Reichstagsabg.): Es handle sich bei dem Fall Göhre nicht in erster Linie darum, ob die Komitees ein Recht gehabt hätten in der Weise vorzugehen, wie sie tatsächlich vorgegangen waren. Es sei nicht richtig, daß die Landeskonferenz oder das Zentralkomitee bisher ein Vetorecht bei Aufstellung von Kandidaten gehabt habe. Die demokratische Freiheit sei in der Partei nur durch das Programm begrenzt, aber nicht durch die Willkür einzelner Personen. (Widerspruch und Zustimmung.) Eine gewisse Selbständigkeit der Wahlkreise müsse erhalten bleiben. Was solle werden, wenn nach Annahme des Antrages der Parteigenossen des 7. Wahlkreises, das Zentralkomitee einen Kandidaten des Kreises nicht akzeptieren wolle? Wer solle da entscheiden? Uns sei das sächsisch-preußische Regierungssystem zuviel in Fleisch und Blut übergegangen. Leipzig und Dresden würden sich die Proteste des Zentralwahlkomitees auf keinen Fall gefallen lassen. Man hat Göhre beinahe die parteigenössischen Ehrenrechte genommen, aber nicht die Gesamtheit habe das getan, sondern eine autokratische Behörde, als welche sich die Komitees gezeigt hätten. Man hätte Göhre, der ja entschieden einen Fehler gemacht, den Kopf waschen können, aber nicht in so autokratischer Weise eingreifen dürfen. Der Redner ersucht schließlich darum, den Antrag aus dem 7. Kreise abzulehnen.

Lehmann-Olbernhau erörtert die Kandidatenfrage vom Standpunkte der Genossen des 20. Wahlkreises und protestiert dagegen, daß man diesen Wahlkreis bevormunden wolle. Zur Aufstellung Göhres habe der Kreis keiner Erlaubnis bedurft, denn nach dem § 3 des Organisationsstatuts könne jeder Kreis seine Angelegenheiten selbst regeln. Man habe daher den Kandidaten aufgestellt, den man für den geeignetsten gehalten habe. Maßgebend war für uns, daß er vollgültiger Parteigenosse ist, und das würde man nicht bestreiten können.

Gerisch-Berlin: Im Falle Göhre sei die Parteileitung eingeschritten, nachdem sich herausgestellt habe, daß sich Göhre über die wichtigsten Pflichten gegen die Gesamtpartei hinweggesetzt habe. Er fühle sich von aller Voreingenommenheit gegen Göhre frei und er bedauere, daß dieser den Streich begangen hat. Aber wenn man sagt, Göhre habe in der Aufwallung das Mandat niedergelegt, ist darauf zu erwidern, daß Göhre in einer Rechtfertigung ausdrücklich bemerkt, es sei nicht ein Akt der Verstimmung gewesen, er würde unter ähnlichen Umständen wieder so handeln. Es sei ihm neu, daß Göhre zugegeben habe, einen Fehler begangen zu haben. Er sei überzeugt, daß der Parteivorstand wenig danach strebe, sich in die Angelegenheiten des Kreises einzumischen, aber wenn er angerufen werde, müsse er auch das letzte Wort haben.

In der Nachmittagssitzung wird zunächst der Bericht der Mandatsprüfungskommission entgegengenommen; sodann werden einige Anträge vom Redner begründet, u. a. befürwortet Genosse Schöpflin eine Resolution, die eine neue Einteilung der Agitationsbezirke empfiehlt und Genosse Goldstein verlangt in einem Antrage die Errichtung einer Zentralstelle zur Sammlung gegen die Arbeiter gerichteter Polizeiverfügungen und Gerichtsurteile.

Geyer-Leipzig führt zum Falle Göhre aus, die Genossen des 20. Kreises beriefen sich mit Unrecht auf den § 3 des Organisationsstatuts, denn dieser Passus gebe den Wahlkreisen nur das Recht, lokale Parteiangelegenheiten selbständig zu ordnen. Den Genossen des 20. Kreises habe er dringend empfohlen, nicht außerhalb Sachsens auf die Kandidatensuche zu gehen. Es berühre ihn schmerzlich, daß man weder im 22. noch im 20. Wahlkreise seinen Rat befolgt und alte erprobte und befähigte Genossen in Sachsen zurückgesetzt habe. Die ganze Sache sehe aus, als wolle Göhre die Genossen brüskieren. Hätte er die Kandidatur von vornherein abgelehnt, wäre der ganze Spektakel nicht gekommen.

Haubold-Chemnitz: Das Chemnitzer Agitationskomitee ist vor allem der Ansicht gewesen, es wäre auch in Sachsen möglich, geeignete Kandidaten zu finden. Noch ehe das Komitee zur Kandidatenfrage habe Stellung nehmen können, hätten schon einige Genossen aus dem 15. Wahlkreise für Göhre in Zschopau-Marienberg Stimmung gemacht. Die Hauptarbeit im 20. Wahlkreise sei von jeher von Chemnitz aus besorgt worden; es sei daher nur zu natürlich, daß die Chemnitzer ihren Einfluß nachdrücklich geltend gemacht hätten.

Goldstein-Zwickau spricht sich sehr scharf gegen Göhre aus. Er hebt hervor, daß Göhre auf Vorhalt erklärt habe: „Wie soll ich für die Partei arbeiten, wenn man mir ein Mandat nach dem anderen abnimmt?" Alle die alten Genossen, die er in der Versammlung sehe, hätten unter den schwierigsten Verhältnissen ohne Mandate gearbeitet. In rastloser Tätigkeit und unter unzähligen Opfern hätten sie aus den sozialdemokratischen Minoritäten in den Kreisen Majoritäten gemacht. Und jetzt kommen Leute, die nicht arbeiten können, wenn sie kein Mandat haben. Da müsse man auf den Gedanken kommen, daß gewisse Leute nur deshalb zur Partei kämen, weil man nirgend so schnell ein Mandat bekommen könne, wie in der sozialdemokratischen Partei. Unter solchen Umständen sei es berechtigt, diesen Leuten zuzurufen: „Ihr seid Mandatjäger, aber keine Parteigenossen!" Göhre hätte, als er sah, daß sich die ganze Partei gegen ihn kehrte, verzichten und sich sagen müssen; „Jetzt wirst Du von unten herauf dienen." Das hat er aber nicht getan. Er hat sich vielmehr an die Kandidatur geklammert. Es kam daher zu der peinlichen Auseinandersetzung und zu der schließlichen Niederlage.

Fleischer-Dresden verteidigt das Vorgehen des Komitees und beschäftigt sich mit den Organisationsverhältnissen im 20. Wahlkreise.

Riemann-Chemnitz wendet sich scharf gegen die Genossen aus dem 20. Wahlkreise, die in ihrer verärgerten Stimmung nicht mit der nötigen Energie gearbeitet hätten. Ja, vom Vertrauensmann des Kreises, dem Genossen Riepold, sei ihm mitgeteilt worden, dieser habe erklärt: „Ich werde dafür sorgen, daß Pinkau durchfalle." (Riepold bezeichnet das als Lüge.) Im übrigen wendet sich Riemann noch scharf gegen Göhre. Er betont unter anderem: Wenn in anderen Parteien einzelne Offiziere ohne Soldaten daständen, kämen sie zur Sozialdemokratie, wo die Soldaten sofort anmarschiert kämen.

Die Debatte muß abgebrochen werden, weil die Chemnitzer Genossen einen Kommers veranstaltet haben. Morgen wird die Debatte fortgesetzt.

Sozialdemokratische Tagungen.

Zu Ostern wurde in Mülheim a. Rh. der 7. Parteitag für die obere Rheinprovinz abgehalten, der sich besonders mit dem Ausbau der Organisation und der Agitation beschäftigte. Die eigenartigen Verhältnisse der Gegend, welche der Agitation viele Schwierigkeiten bereiten, wurden eingehend besprochen und manche guten Winke für die Tätigkeit der Genossen gegeben. Ferner beschloß der Parteitag für alle Kreise die Bildung einer straffen Zentralorganisation und die Gründung von Kreisvereinen, deren Vorstand die Kreisparteigeschäfte leitet. Die örtlichen Vertrauensleute werden die Unterkassierer des Vereins. Nur wo die Gründung solcher Vereine unmöglich ist, soll das Vertrauensmannsystem weiter bestehen. Der nächste Parteitag soll in Koblenz abgehalten werden.

* * *

Die Landesversammlung der sozialdemokratischen Partei Württembergs tagte zu Ostern in Stuttgart. Der Bericht des Landesvorstandes gibt ein erfreuliches Bild vom Stand der Partei in Schwaben; auch die Kassenverhältnisse sind sehr gute und die Presse — „Schwäbische Tagwacht" und das Wochenblatt „Schwäbischer Volksfreund" — arbeitet vorzüglich, was ausdrücklich anerkannt wurde. Von den verschiedensten Seiten, sowohl vom Vorsitzenden der Landesorganisation wie auch von mehreren Mitgliedschaftsvertretern aus dem Lande, wurden die Fragen der allgemeinen Parteitaktik gestreift und die Stellung, die die Versammlung dazu einnahm, kam zum Ausdruck in der vollsten Uebereinstimmung mit der Haltung der „Schwäb. Tagwacht". Die Vertrauenserklärungen, die in diesem Jahre aus der Mitte der Versammlung der Redaktion abgegeben wurden, haben erhöhte Bedeutung im Hinblick auf die parteitaktischen Erörterungen, bei welcher die „Tagwacht" gegen alle sogenannten revisionistischen Bestrebungen immer scharf den Klassenkampfcharakter der Partei betonte. Einen wichtigen Verhandlungspunkt bildete die württembergische Gemeindereform, worüber die Genossen Kloß, Dr. Lindemann und Hildenbrand sprachen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die Landesversammlung sieht weder in der heutigen Gemeindeverfassung mit den besoldeten Gemeinderäten und den beiden an Zahl gleichen Kollegien eine der Erhaltung werte Eigentümlichkeit des württembergischen Gemeinderechts, noch kann sie in dem Regierungsentwurf oder in den Beschlüssen der Kommission entfernt die Erfüllung ihrer Forderungen erblicken.

Die Landesversammlung hält für die Gemeindereform besonders an folgenden grundlegenden Forderungen fest:

1. Durchführung des Prinzips der Einwohnergemeinde.
2. Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht zur Gemeindevertretung unter Anwendung des Proportionalwahlsystems.
3. Einkammersystem für Gemeindevertretung und Verwaltung.
4. Aufhebung der Lebenslänglichkeit aller Ortsvorsteher, auch der im Amte befindlichen.
5. Sicherung der Gemeindeautonomie durch Beschränkung des staatlichen Aufsichtsrechtes auf das Recht der Kenntnisnahme und der Beanstandung ungesetzlicher Akte.
6. Uebertragung der Ortspolizei an die Gemeindeverwaltungen.

Zu den Bestimmungen über die Verfassung der großen Städte erklärt die Landesversammlung: Sollen entgegen den vorstehenden Grundsätzen zwei Kollegialkörper geschaffen werden, so soll das Institut des Stadtrats als reiner Verwaltungsausschuß des Stadtverordnetenkollegiums, nicht aber wie nach dem Entwurf und den Kommissionsbeschlüssen, als ein ihm koordiniertes Organ ausgebildet werden. Dazu gehört:

a) Der Stadtrat wird vom Stadtverordnetenkollegium aus seiner Mitte auf Grund des Proportionalwahlrechtes gewählt. Die Mitglieder des Stadtrates haben Sitz und Stimme in der Stadtverordnetenversammlung. Den Vorsitz führt in beiden Kollegien der Stadtvorstand.

b) Die gesamte Verwaltung, soweit dieselbe nicht im Bureauwege zu führen, ist in Kommissionen der Stadtverordneten aufzuteilen, in denen die Mitglieder des Stadtrates den Vorsitz führen und proportional seiner Stärke vertreten sind.

Wird im Laufe der weiteren Beratung der Gemeindeordnung eine Umgestaltung des Stadtrates nach diesen Grundsätzen nicht herbeigeführt, sondern bleibt vielmehr der Stadtrat eine der Stadtverordnetenversammlung gegenüber gleichgestellte Körperschaft, so verlangt die Landesversammlung, daß sämtliche Mitglieder des Stadtrats direkt von der Bürgerschaft unter Zugrundelegung des Proportionalwahlrechts gewählt werden."

Die Landesversammlung traf noch verschiedene Bestimmungen über Agitation und Organisation, delegierte zum Amsterdamer Kongreß den Genossen Sperka und wählte einstimmig den bisherigen Landesvorstand wieder; derselbe besteht aus den Genossen Sperka als Vorsitzender, Schlumberger, Kaiser, Lutz und Wildemann. Den Landesausschuß bilden: Bauer-Stuttgart, Hildenbrand-Feuerbach, Fischer-Cannstatt, Baisch-Zuffenhausen und Göllner-Eßlingen. Die Wahl des Ortes der nächsten Landesversammlung fiel wieder auf Stuttgart.

Im Schlußwort verwies der Vorsitzende der Landesversammlung, der Reichstagsabgeordnete Dietz, auf den hocherfreulichen Aufschwung der Partei. In bezug auf das bekannte Lamentieren über den Dresdener Parteitag sagte Dietz: Mancher hat sich doch zu der Frage veranlaßt gesehen, ob er auf dem rechten Wege ist. Es sind in den letzten Jahren eine Anzahl Leute zu uns gekommen, welche die Eierschalen der bürgerlichen Gesellschaft noch an sich haften haben. Die Leute fühlen und denken nicht ganz mit uns, sie fühlen sich noch hingezogen zu den Kreisen, aus denen sie gekommen sind. Darin liegt der Grund zu den Differenzen in unserer Partei. Kritik ist nötig, sie kann auch scharf sein, sie muß aber die Grundanschauungen der Partei respektieren. Wir hier in Württemberg stehen auf dem alten proletarischen Standpunkt, von dem wir nicht abweichen wollen und dürfen. Die deutsche Sozialdemokratie ist das Vorbild für die Arbeiterparteien der ganzen Welt geworden. Von einer solchen Elitetruppe verlangt man viel mehr als von einer Partei in einem unentwickelten Lande. Die Erwartungen, die unsere ausländischen Bruderparteien auf uns gesetzt haben, sind aber seither nicht getäuscht worden. Wir treten ein für die Enterbten und Entrechteten aller Länder. Das können wir, ohne dem Nationalitätsgefühl, das auch uns eigen ist, zu nahe zu treten. Wir wissen, daß wir niemals in Deutschland allein zur Verwirklichung unserer Ziele gelangen werden, sondern das muß und kann nur in Gemeinschaft mit anderen Kulturnationen geschehen. Wir wollen uns nicht von falschen Freunden umgarnen lassen, sondern treu und entschlossen weiterkämpfen für unsere große Sache. Das bekräftigen wir mit dem Rufe: Die deutsche, die internationale Sozialdemokratie lebe hoch!

* * *

In Brüssel fand am ersten Ostertag der Kongreß der belgischen Sozialdemokratie statt. Den Anfang machte der Bericht über die „jungen sozialistischen Garden", welche die Agitation gegen den Militarismus bei den Rekruten treiben. Es gibt über hundert solcher Vereine im Lande mit zirka 15 000 Mitgliedern. Zur Zeit der Auslosung und des Eintritts der Rekruten in das Heer treiben sie ihre lebhafteste Propaganda. Man hält unzählige Versammlungen, Feste, Umzüge, welche die Aushebungslokale berühren. Im letzten Jahre wurden 100 000 Stück der beiden antimilitaristischen Blätter, „Die Kaserne" und „Der Rekrut", außerdem 360 000 Flugblätter verteilt. Ferner wurde Bericht erstattet über die Agitation unter den Frauen. Ueber die bevorstehenden Parlamentswahlen sprach Vandervelde, auf dessen Vorschlag folgender Beschluß gefaßt wurde: „Wenn es auch als wünschenswert anerkannt werden muß, daß die verschiedenen Oppositionsparteien, Liberale, Fortschrittler, christliche Demokraten und Sozialisten, zur Erreichung dringender Reformen, wie des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts, des allgemeinen Volksschulunterrichts und der Verminderung militärischer Lasten zusammengehen, so darf das Wahlprogramm der Arbeiterpartei doch nicht nur politische Reformen umfassen. Die Parteiorganisationen werden deshalb im Gegenteil aufgefordert, die Wahlagitation zu benutzen zur Erhebung der proletarischen Forderungen und zur Durchdringung der Massen mit der Ueberzeugung, daß ihre vollständige Befreiung von der militärischen, geistlichen und kapitalistischen Knechtschaft nur möglich wird durch den Sieg der Sozialdemokratie."

Es gelangte sodann eine Resolution zur Annahme, wonach die Feier des 1. Mai in Belgien um so großartiger gestaltet werden soll, als gegen Ende Mai die Kammerwahlen stattfinden. Eine weitere Resolution fordert zur energischen Bekämpfung des Alkoholismus auf und untersagt den sozialistischen Genossenschaften den Vertrieb von Alkohol. Vandervelde und Anseele wurden zu belgischen Vertretern auf dem internationalen Sozialistenkongreß in Amsterdam ernannt. Auf Anseeles Vorschlag beschlossen die auf dem Kongreß vertretenen großen Arbeiterorganisationen eine tatkräftige pekuniäre Unterstützung der streitenden Antwerpener Diamantarbeiter.

Parteinachrichten.

Gewarnt wird von den Genossen in Koblenz vor dem Drechsler Gustav Merz, geboren am 8. August 1871 in Magdeburg. Der Mensch hat in Koblenz einen schnöden Vertrauensbruch begangen.

In die Redaktion der „Bergischen Arbeiterstimme" in Solingen tritt Genosse Paul Bröcker-Hamburg ein. Sein Vorgänger Genosse W. Dittmann übernimmt die Stelle eines Parteisekretärs in Frankfurt a. M.

Der Sozialdemokratische Verein für den 20. sächsischen Wahlkreis hielt am Montag seine Generalversammlung ab, deren Hauptthema natürlich der ungünstige Verlauf der Wahl und die Ursachen der Niederlage waren. Verschiedentlich wurde hervorgehoben, mit Göhre als Kandidaten wäre der Kreis wohl zu erobern gewesen. Eine lange Resolution, welche sich gegen Vorwürfe, die in der Parteipresse wieder die leitenden Genossen des Kreises erhoben wurden, richtet und den einzelnen Kreisen die Souveränität unter allen Umständen gewahrt wissen will, wurde angenommen. Auffallenderweise wurde über die Tatsache, daß der ganze Kreis nur 438 politisch organisierte Genossen zählt, nicht gesprochen, auch nicht darüber, wie die Organisation zu stärken sei. Dies scheint uns doch von einiger Wichtigkeit zu sein angesichts des Umstandes, daß in der Versammlung, welche die Kandidatur Göhre aufstellte, unter etwa achthundert Anwesenden nur ein paar Dutzend Mitglieder der Parteiorganisation waren.

Tages-Bericht.

Mittwoch, den 6. April.

Hamburg.

Zuzug von Maurern, Zimmerern, Bauarbeitern ꝛc. nach den Unterweserorten Bremerhaven, Geestemünde und Lehe ist streng fernzuhalten.

Arreststrafen für Beamte. Der Senat hat, wie schon kurz erwähnt, der Bürgerschaft eine Erwiderung in der Angelegenheit: „Erlaß eines Gesetzes betr. das Dienstverhältnis der nichtrichterlichen Beamten" zugehen lassen. Der Senat sagt zur Begründung seiner ablehnenden Haltung im wesentlichsten folgendes:

Unter den sonstigen Vorschlägen des bürgerschaftlichen Entwurfs auf Abänderung der die Disziplinarstrafen und das Disziplinarverfahren betreffenden Vorschriften des geltenden Gesetzes ist derjenige an erster Stelle zu nennen, der den Wegfall des § 30 des Gesetzes, insbesondere den Wegfall der Arreststrafe und des abgekürzten Verfahrens bei denjenigen Beamtenkategorien betrifft, deren Dienst auf militärische Weise geregelt ist.

Der Senat sagt in seinen Ausführungen hierüber: „Die militärische Ausbildung, die die Anwärter für die betr. Stellen erfahren haben, so sehr sie auch der weiteren Betätigung im Zivildienst zu statten kommt, genügt für sich allein doch nicht, um die Verwendbarkeit für den Zivildienst zu gewährleisten. Der öffentliche Dienst aber erfordert, daß Elemente, die sich als ungeeignet für diesen Dienst erwiesen haben, tunlichst schnell aus demselben wieder entfernt werden. Ganz besonders trifft dies zu bei den unteren Organen der Polizeiverwaltung. Die zur Ergänzung der Schutzmannschaft allein in Betracht kommenden Unteroffiziere der Armee sind durchweg nicht altgediente Leute, welche durch zwölfjährigen aktiven Dienst den Zivilversorgungsschein erworben haben, sondern zumeist solche, welche nach sechsjähriger Militärzeit in die Schutzmannschaft eintreten, um nach weiteren neun Dienstjahren in dieser Truppe den Zivilversorgungsschein sich noch zu erdienen. Der Uebertritt in den militärisch organisierten Polizeidienst gilt in dieser Beziehung als Fortsetzung des Militärdienstes. Anderwärts, namentlich in Preußen, trägt man Bedenken, die unteren Organe der Polizeiverwaltung überhaupt fest anzustellen. Für Hamburg, welches auf den Bezug seines unteren Beamtenersatzes aus den Kreisen der Armee angewiesen ist, liegen die Verhältnisse anders. Nur dadurch, daß den Anwärtern für diese Stellen in Hamburg eine feste unkündbare Anstellung geboten wird, kann sich die Verwaltung den genügenden Ersatz sichern. Aus diesem Grunde ist auch der Vorschlag, die Unkündbarkeit erst nach Verlauf von fünf Dienstjahren eintreten zu lassen, ganz abgesehen von den sonstigen Bedenken, welche gegen eine solche teilweise Wiedereinführung der Kündigungsklausel sprechen, nicht für zweckmäßig zu erachten, da seine Annahme eine ungünstige Wirkung auf die Nachfrage nach hiesigen Stellen und eine Verminderung der Tüchtigkeit des Ersatzes zur Folge haben würde. Auch in bezug auf die Beseitigung der Arreststrafe vermag der Senat dem Vorschlage der Bürgerschaft nicht zuzustimmen, so sehr der Senat die Empfindungen würdigt, welche zu diesem Vorschlage geführt haben. Bei ernsteren Verfehlungen würde nach Beseitigung der Arreststrafe nur die Wahl zwischen einer empfindlichen Geldstrafe und der Entlassung aus dem Dienste bleiben. Die Erfahrung hat gezeigt, daß Beamte, gegen welche schwere Strafen überhaupt in Frage kommen, sehr häufig auch in finanziell ungeordneten Verhältnissen leben. Einem verschuldeten Beamten wird die Festsetzung von Geldstrafen und die dadurch bewirkte weitere Verschlechterung der Vermögenslage keinen wesentlichen Eindruck machen, die Bestrafung mithin ihren Zweck verfehlen. Der Festsetzung einer höheren Geldstrafe aber steht zugleich in vielen Fällen die Rücksichtnahme auf die Familie des zu Bestrafenden entgegen, welche nicht ohne Schaden eines Teiles der für ihren Unterhalt benötigten Mittel beraubt werden kann. Eine solche Strafe trifft weniger den schuldigen Beamten als dessen Angehörige. Hamburg entbehrt des wirksamsten Zucht- und Strafmittels, welches den Verwaltungen größerer Staaten zu Gebote steht, der Versetzung des schuldigen Beamten aus der Großstadt nach anderen Orten in kleinere Verhältnisse. Hier würde, wenn eine Geldstrafe zur schuldigen Sühne für eine Dienstverfehlung nicht mehr ausreichend erscheint, nur die Entlassung Platz greifen können. Dieselbe bedeutet aber, da die Ergreifung eines anderen Berufes in Ermangelung der erforderlichen Vorkenntnisse in den meisten Fällen ungemein schwer ist, die Versetzung des Beamten und seiner Familie in die größte Notlage, zu welchem Schritte sich die Verwaltung nur entschließen wird, wenn ihr andere Strafmittel nicht zur Verfügung stehen."

Die Gründe, welche der Senat für die Beibehaltung der Arreststrafen ins Feld führt, können wir als durchschlagend nicht anerkennen. Das dürfte auch bei den Debatten über diesen Punkt in der Bürgerschaft zu Tage treten.

Die Oeffentliche Bücherhalle hat am Tage vor und am Tage nach Ostern zusammen über 4000 Bände ausgeliehen und zwar fast gleich viele an den Kohlhöfen wie am Pferdemarkt. — In das neu zu errichtende Gebäude des „Volksheims" wird auch eine Ausgabestelle der Bücherhalle für Rotenburgsort kommen, die im Winter eröffnet werden wird. Nächstens beginnen Sammlungen in Rotenburgsort für Beiträge zur Anschaffung und Unterhaltung der Bibliothek.

Straßensperrungen. Der Spielbudenplatz ist wegen Neupflasterung vom 6. April d. J. an auf etwa 6 Wochen für den durchgehenden Wagenverkehr gesperrt. — Wegen Legung von Wasserleitungsröhren wird die Straße Koppel, zwischen der St. Georgkirche und der Schmilinskystraße, vom 7. April d. J. an für den durchgehenden Wagenverkehr bis auf weiteres streckenweise gesperrt werden.

Schweineseuche. Es wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß unter dem Schweinebestande des H. Niemann, Mühlenkamp 34, die Rotlaufseuche amtlich festgestellt worden ist.

Geflügelcholera. Es wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß unter dem Geflügelbestande des H. Dohrendorf, Böhmersweg 31, der Ausbruch der Geflügelcholera amtlich festgestellt worden ist.

An- und Abmeldung der Einwohner. Die Polizeibehörde macht wiederholt darauf aufmerksam, daß nach den Bestimmungen des Gesetzes, betreffend das Einwohnermeldewesen, vom 6. Mai 1891 jede neu anziehende Person wie auch jeder Wohnungs- und Dienstwechsel (Umzug) innerhalb einer Woche und jede Aufgabe des hiesigen Aufenthalts vor dem Abzuge auf dem Meldeamt der Polizeibehörde, Dammtorstraße 10, dem betreffenden Bezirksbureau oder in den Meldestellen zu melden ist. Die Vermieter von Wohnungen, Dienstherrschaften, Logisgeber, Lehrmeister, Arbeitgeber, sowie überhaupt alle diejenigen, welche Meldepflichtige bei sich aufgenommen haben, sind verpflichtet, ihre Mieter, Dienstboten, Einlogierer, Lehrlinge usw. innerhalb 14 Tage nach dem Einzuge bezw. Umzuge anzumelden sowie den Auszug dieser Personen binnen 14 Tagen nach erlangter Kenntnis von dem Abzuge der zuständigen Meldestelle anzuzeigen, sofern sie sich nicht durch Einsicht des Anmeldescheines oder des Abzugsattestes von der bereits erfolgten Meldung Ueberzeugung verschafft haben. Unvollständige oder unrichtige Meldungen müssen, wenn die in Frage stehende Person sich aus dem Register nicht ermitteln läßt, als nicht beschafft angesehen werden. Formulare zu den Meldungen werden in den Meldestellen und Polizeiwachen unentgeltlich verabfolgt.

Sturmwarnung. Die Seewarte veröffentlicht heute Nachmittag 4 Uhr 45 Min. folgende Sturmwarnung für die Gruppe III bis IX: Tiefes Minimum Skagerak. Macht stürmische rechtdrehende südwestliche Winde wahrscheinlich. Signal: Südweststurm.

w. **Weststurm und Hochwasser.** Seit heute Morgen früh tobt auf der Nordsee ein Sturm aus Westsüdwest, der sich gegen Mittag auch über die Unterelbe verbreitete und heute Nachmittag gegen 2 Uhr auch hier auftrat. Der Wasserstand war heute Morgen ein hoher und zwar über 10 Fuß über Null. Mit Ebbe fiel das Wasser nur sehr langsam ab und steht zu erwarten, daß, wenn der Wind die jetzige Stärke beibehält, ein recht hoher Wasserstand eintritt. Heute Nachmittag um 4 Uhr 20 Minuten erfolgten von der Bastion Stintfang die ersten drei Warnungsschüsse für kommendes Hochwasser, die um 4 Uhr 30 Minuten wiederholt wurden. Dann folgten etwa halbstündlich noch mehrere Male Warnungsschüsse. Mit der um 4½ Uhr einsetzenden Flut stieg das Wasser rapide auf und erreichte eine Höhe von etwa 14 Fuß.

w. **Vom Hafen und von der Schiffahrt.** Der Hamburger Dampfer „Helvetia“ der Hamburg-Amerika-Linie, der, wie mitgeteilt, auf der Reise von Westindien nach hier, die Kurbelwelle brach, ist in letzter Nacht im Tau des Schleppdampfers „Kehrwieder“ hier eingetroffen. Der Dampfer soll nach der Entlöschung im Dock repariert werden. — Der neue Dampfer „Cap Blanco“, welcher für die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft auf der Reiherstieg-Schiffswerft und Maschinenfabrik erbaut ist, trat heute Morgen seine erste Reise nach Buenos Aires und Montevideo an. Die Führung des Schiffes hat der Kapitän v. Holten. — Die französische Bark „Versailles“ rannte beim Verholen im Baakenhafen gegen ein Bund Duc d'Alben. Es sind 7 bis 8 Pfähle abgebrochen worden. Das Schiff selbst hat keinen Schaden erlitten. — Der Hamburger Dampfer „Palanza“ ist bei H. C. Stülcken Sohn ins Dock geholt worden, woselbst er mit Schlingerkielen versehen werden soll. — Der Hamburger Dampfer „Lucie Woermann“ geht morgen mit einem weiteren Truppentransport von hier nach Südwestafrika ab. Die Truppen, 375 Mann, 35 Offiziere und 7 Unteroffiziere höherer Chargen, treffen morgen früh 5 Uhr mit der Bahn hier ein und gehen direkt an Bord des Dampfers. Die „Lucie Woermann“ wird morgen Abend unter Führung des Kapitäns Iversen den Hafen verlassen und nach Afrika abgehen. — Der Hamburger Dampfer „Prinz Adalbert“ der Hamburg-Amerika-Linie ist nach einer Depesche aus Malaga, von New-York kommend, bei Caba da Gata mit einem anderen Schiff in Kollision gewesen. Der Hamburger Dampfer konnte jedoch die Reise fortsetzen. Ob er Schaden erlitten hat, ist noch nicht bekannt gegeben.

w. **Verkaufte Schiffe.** Das Hamburger Schiff „Senator Versmann“, bisherige Reederei Wappäus, ist an die Reederei J. Wimmer u. Co. in Lissabon verkauft worden. Das Schiff ist 1889 auf der Neptun-Werft in Rostock erbaut worden. Es soll den Heimatshafen Hamburg beibehalten. Das Schiff hat eine Tragfähigkeit von etwa 1350 Netto-Registertons und soll den Namen „Sachsen“ erhalten. — Der hier im Hafen liegende Dampfer „Bertha“, der bisher in Tönning beheimatet war, ist vorbehältlich einer Bodenbesichtigung an die Trelleborger Dampfschiffahrts-Gesellschaft verkauft worden. Der Dampfer ist nach der Werft von H. C. Stülcken Sohn gebracht worden, woselbst er docken soll.

w. **Unglücksfall und Erkrankung.** Der Maschinist E. W. Muhl erlitt auf einem Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie einen Bruch des linken Oberschenkels. Der Bruch heilte während der Reise, doch wollte der Mann sich hier nach dem Krankenhause zur vollständigen Heilung begeben. Als er sich auf dem St. Pauli Markt-Ponton befand, glitt er aus und brach zum zweiten Male das Bein. Der Bedauernswerte ist durch die Sanitätskolonne dem Krankenhause in St. Georg zugeführt worden. — Der erste Steuermann Mc. Queen von der am Australiakai liegenden Viermastbark „Wynnstay“ ist schwer erkrankt. Er ist nach dem Hafenkrankenhause gekommen.

w. **Aus dem Sanierungsgebiet.** Die Räumung der zum Abbruch kommenden Häuser an den Vorsetzen, in der Neumannstraße und dem Bleichergang, jetzt Brauerknechtgraben, und den in Betracht kommenden Höfen hat sich in diesem Jahre bedeutend besser vollzogen, als in den früheren Jahren. Die Bewohner der Neumannstraße und des alten Bleicherganges sind alle ausgezogen. Nur in den Höfen an den Vorsetzen wohnen noch einige Leute. Die dort noch Wohnenden haben zwar anderweitig Wohnungen, doch haben sie noch Zeit, in ihrem alten Quartier zu bleiben, da hier der Abbruch noch nicht sofort vor sich geht, sondern bei der Neumannstraße und dem Bleichergang zuerst begonnen wird. Hier soll auch mit der Erhöhung der Straße zuerst der Anfang gemacht werden. Die Häuser müssen am 1. Juni sämtlich niedergelegt sein. In der Zeit beginn man dann mit der Aufschüttung der Straßenzüge. Den Geschäftsleuten, die in denjenigen Häusern wohnen, die stehen bleiben und der Straßenfront angepaßt werden, ist sämtlich zum 1. Juli gekündigt worden. Es handelt sich um solche Geschäftsleute, die ihr Geschäft im Keller oder Unterhaus betreiben. Die Erhöhung der Straßen beträgt stellenweise über zwei Meter. Die Keller fallen dort vollständig fort und die Unterhäuser werden zu Kellern. Auf dem Schaarmarkt ist die Erhöhung an den dort neu entstandenen Häusern fertig und planiert. Es macht einen ganz eigenartigen Eindruck, wenn man sich diesen Marktplatz ansieht. Die halbe Straße ist jetzt erhöht, die andere Hälfte liegt um 2½ Meter tiefer.

w. **Beim Kohlendiebstahl abgefaßt** wurden heute Morgen ein Tischler und ein Händler. Die beiden entwendeten aus einer im Kohlenhafen liegenden Schute, Kohlen und luden sie in eine Jolle. Als eine Hafenpolizeipatrouille auf der Bildfläche erschien, nahm einer der beiden reißaus und der andere kam in Haft. Das Boot wurde mit Beschlag belegt.

Eine schreckliche Tragödie hat sich in letzter Nacht im Hinterhause Langereihe 87 abgespielt. Die Bewohner des Hauses gewahrten, daß aus der Wohnung der Witwe Lindemann daselbst Kohlendunst drang. Sie benachrichtigten die Polizei und diese ließ, da auf wiederholtes Klopfen niemand antwortete, die Tür öffnen. Man fand die 38jährige Witwe Lindemann mitsamt ihrem 4jährigen Neffen tot im Bette vor. Der herbeigerufene Polizeiarzt konstatierte, daß beide Personen den Tod durch Ersticken mit Kohlendunst gefunden hatten. Und zwar hat die Frau L. sich und ihren Neffen getötet, denn die Türritzen und das Schlüsselloch waren mit einem Hemd und anderem Material verstopft, ebenso das Ofenrohr mit Wolle, während der Ofen stark mit Feuerungsmaterial angefüllt war. Der Bruder der Witwe Lindemann hat angegeben, daß seine Schwester an Schwermut gelitten und schon früher einmal einen Selbstmordversuch gemacht hat. Den 4jährigen Knaben, ihren Neffen, vergötterte sie förmlich und hing an ihm mit abgöttischer Liebe. Er war seit sechs Wochen ihrer Obhut anvertraut, sie sollte ihn aber ihrer Schwester, die ebenfalls Witwe ist, zurückgeben. Vermutlich hat sie sich das so zu Herzen genommen, daß sie, um nicht von ihrem Liebling getrennt zu werden, mit ihm gemeinsam in den Tod gegangen ist.

Den Tod durch Ertrinken fand der Ewerführer Peter Evers, wohnhaft Paradieshof 11, erste Etage. Er stürzte heute Morgen von einem Speicher am Cremon ins Fleet und fand so seinen Tod. Die Leiche wurde in die Leichenkammer des Hafenkrankenhauses gebracht.

In Folge des heftigen Sturmes am heutigen Tage wurde mehrfach die Feuerwehr alarmiert, um Schutz zu schaffen gegen Flaggenstangen, Bodenluken usw., die herabzufallen drohten. Dachschiefer und Zink von den Bedachungen wurden in großen Mengen auf die Straße geschleudert.

Am heutigen Ziehungstage der 6. Klasse der 325. Hamburger Stadt-Lotterie wurden die nachstehenden Nummern mit nebenstehenden Hauptgewinnen gezogen (ohne Gewähr):

Nr. 63193 mit M. 20 000 und der Prämie von M. 5000.

Nr. 44591 mit M. 30 000.

Nr. 9432 mit M. 15 000.

Nr. 18874 mit M. 10 000.

Nr. 18374 52814 77040 mit je M. 2000.

Nr. 34772 37948 38826 39701 65519 mit je M. 1000.

Nr. 10975 11129 17240 26697 33103 50100 50382 55311 55890 56747 57159 70184 75493 76483 79335 80316 84380 87509 88296 90116 90120 96843 105514 106444 mit je M. 300.

Nr. 441 625 1321 1655 2487 4024 8160 11755 12532 20005 20835 21263 27107 28550 28945 29023 30200 32105 32751 33547 33626 33749 45426 45638 46692 46754 47926 52766 59358 61236 67181 68571 69748 79842 83644 86154 92349 93289 94716 95799 97786 103581 106501 mit je M. 200.

Altona.

* **Die Stadtverordnetensitzung,** die am Donnerstag Abend stattfinden sollte, ist aus unbekannten Gründen abgesetzt worden.

* **Nachklänge aus einer Gemeindevertretersitzung in Schiffbeck.** Im Jahre 1901 ließ die Gemeinde in Schiffbeck ein Siel herstellen. Der Zimmermeister Schümann übernahm die Arbeit und vergab sie angeblich an den Maurermeister Heinrich Behnken, der sie dann ausführen ließ. Bald darauf wurde lautbar, daß die Arbeiten außerordentlich liederlich ausgeführt seien und unser Genosse Karl Laatzen, der Gemeindevertreter ist, wurde beauftragt, die Sache zu untersuchen. Ueber das Resultat seiner Untersuchungen berichtete er im vergangenen Jahre in einer Gemeindevertretersitzung und erklärte, nachdem ihm der Gemeindevorsteher gesagt hatte, daß der Maurermeister Behnken die Arbeit ausgeführt habe, er erhebe öffentlich die Anschuldigung gegen Behnken, daß er die Gemeinde übervorteilt und hintergangen habe und daß sein Verhalten so ziemlich an Betrug grenze. Behnken fühlte sich durch die Aeußerungen von Laatzen beleidigt und erhob Privatklage gegen denselben. Das Schöffengericht in Reinbeck sprach Laatzen kostenlos frei, weil er in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt habe. Gegen das Urteil legte Behnken durch Rechtsanwalt Bähr Berufung ein und heute fand die Verhandlung vor dem hiesigen Landgericht statt. Der Vertreter des Privatklägers bestritt, daß sein Mandant die Arbeiten ausgeführt habe und hielt es auch nicht für erwiesen, daß sie schlecht ausgeführt worden seien. Er behauptete, Herr Behnken habe nur seine Leute dem Uebernehmer zur Verfügung gestellt und die Aufsicht über die Arbeiten nicht geführt. Daß die Röhren bei der Untersuchung nicht vorschriftsmäßig gelegen hätten, sei auf den schlechten moorigen Untergrund zurückzuführen. Verstrichen worden seien die Röhren statt mit Zement und Sand mit Zement und Lehm, weil es sehr nasses Wetter gewesen sei. Bei dieser Sachlage sei es zweifellos, daß der Angeklagte nicht in berechtigter Weise kritisiert, sondern die Absicht gehabt habe, den Privatkläger zu beleidigen. Er bitte denselben zu einer Geldstrafe zu verurteilen. Laatzen entgegnete, daß Behnken im Schöffengericht selbst zugegeben habe, die Arbeit übernommen und ausgeführt zu haben. Die Arbeit sei zu schlecht ausgeführt worden. Auf einer Stelle habe er zwischen zwei Röhren eine Oeffnung von sieben Zentimetern festgestellt, dieselbe sei mit Holz und Dachpappe bedeckt worden. Statt Zement und Sand zur Dichtung der Röhren zu verwenden, habe man diese mit Lehm verschmiert. Laatzen erklärte, daß er bedauere, daß im Schöffengericht einige Zeugen nicht vernommen seien, die bekundet haben würden, daß Behnken die schlechte Arbeit verschuldet habe. Ein Arbeiter und ein Lehrling, die die Arbeit hätten ausführen müssen, seien gar nicht im stande gewesen, dieselbe sachgemäß auszuführen. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Löwenthal, führte aus, daß sein Klient in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt habe. Was er in der fraglichen Sitzung geäußert habe, sei seine Ueberzeugung auf Grund seiner Untersuchungen gewesen und diese hätte er aussprechen dürfen. Ueber das zulässige Maß der Kritik sei er nicht hinaus gegangen und deshalb müsse er freigesprochen werden. Bemerkt mag noch werden, daß ein Sachverständiger die gelieferte Arbeit als nicht vorschriftsmäßig und schlecht bezeichnet und den Privatkläger für dieselbe verantwortlich gemacht hatte. Das Gericht verwarf die Berufung des Privatklägers, weil Laatzen in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt habe.

* **Die Geschichte unseres Stadterweiterungsfonds** ist wenig erfreulich. Bekanntlich ist der Stadterweiterungsfonds gegründet worden, um die Stadterweiterung in Bahnen zu leiten, welche es verhindern, daß die großen Massen des Hamburger Proletariats sich hier ansässig machen. Die Stadt hat große Ländereien angekauft und dadurch der Erbauung von Arbeiterwohnungen und dem Zuzug von Arbeitern Schranken gesetzt. Inzwischen hat sich die hiesige Industrie ganz bedeutend entwickelt und viele tausende von Arbeitern werden in der Industrie beschäftigt. Nun zeigt sich, daß der Stadterweiterungsfonds nicht nur den Zweck erfüllt, den in Hamburg beschäftigten und wohnenden Arbeitermassen den Zuzug nach hier zu erschweren, sondern hauptsächlich, die hier beschäftigten Arbeitermassen zu belasten. Durch die Erschwerung des Erbauens von Arbeiterwohnungen werden die Mieten für kleine Wohnungen sehr in die Höhe getrieben und die hier wohnenden und arbeitenden Arbeiter, die meistens doch nur geringe Löhne bekommen, haben den Schaden davon. Die Stadt ist außerdem schwer durch den Stadterweiterungsfonds belastet worden und an diesen Lasten haben auch die Arbeiter mit zu tragen. In unserer Stadtverwaltung und Stadtvertretung hat man über die Entwicklung des Stadterweiterungsfonds ganz falsches Berechnungen gemacht, das zeigt ein Antrag der Kämmereikommission, der jetzt den städtischen Kollegien unterbreitet worden ist. Nach früheren Beschlüssen der städtischen Kollegien sollen die zur Bildung des Stadterweiterungsfonds angeliehenen Kapitalien bis zum 1. April 1930 mit der Maßgabe amortisiert werden, daß die Verpflichtung zur Tilgung am 1. April 1905 beginnt und die Tilgungsquote sich auf jährlich $1/25$ der Schuld beläuft. Dabei sollen die bereits vor dem 1. April 1905 verwandten Beträge auf die weitere Rückzahlungsverpflichtung angerechnet, indessen vom 1. April 1920 ab alle von der Stadt eingenommenen Kaufgelder, auch wenn sie die gedachte Tilgungsquote überschreiten, zum Abtrag der Schuld verwendet werden. Da bis jetzt aber von den städtischen Ländereien viel weniger verkauft worden ist, als man bei Fassung der Beschlüsse vorausgesetzt hat, so hält es schwer, die Beschlüsse zur Ausführung zu bringen. Es müßte dann die Stadtkasse ganz gewaltig in Anspruch genommen und die Einkommensteuer ganz bedeutend erhöht werden. Für den Stadterweiterungsfonds sind bis Ende Dezember v. J. M. 27 253 109,65 aufgewendet worden, wovon M. 7 704 399,82 durch Pacht und Mietverträge, Verkäufe und erstattete Straßen- und Sielbaukosten getilgt worden, so daß die Gesamtschuld sich auf M. 19 548 709,83 beläuft. Da sonst noch Zahlungen auf Grund des Stadterweiterungsfonds in Aussicht stehen, so dürfte sich am 1. April 1905 die Schuld auf rund 21 Millionen Mark stellen. Würde man die früheren Beschlüsse der städtischen Kollegien zur Ausführung bringen, so würde dadurch die Stadtkasse jährlich extra um etwa M. 840 000 belastet werden. Diese Belastung erscheint der Kämmerei zu hoch und sie schlägt deshalb den folgenden Ausweg vor: Es sind zu den M. 1 700 000, welche nach früheren Beschlüssen für den Stadterweiterungsfonds angeliehen werden konnten, noch weitere M. 4 000 000 anzuleihen und die ganze Schuld des Stadterweiterungsfonds ist vom 1. April 1905 ab nach 1 pZt. ihres derzeitigen Betrages zuzüglich der ersparten Zinsen, mindestens aber mit dem eingehenden Erlöse verkaufter Parzellen, soweit solcher nach Deckung der Zinsen noch verfügbar bleibt, zu tilgen. Auf diese Weise hat man noch lange Vergnügen an dem Stadterweiterungsfonds.

* **Die zweite diesjährige Schwurgerichtsperiode** beginnt am nächsten Montag. An diesem Tage wird verhandelt werden gegen den Fabrikarbeiter Ludwig Hribeck aus Schönberg in Mähren wegen Verbrechens gegen die Sittlichkeit (Verteidiger: Rechtsanwalt Waldstein). Ferner wird verhandelt: Am 13. April gegen den Gelegenheitsarbeiter Friedrich Schröder aus Burg i. Dithmarschen wegen Meineids (Verteidiger: Rechtsanwalt Dr. Jonas); am 14. April gegen den Arbeiter Ernst Knuth aus Altona wegen Verbrechens gegen die Sittlichkeit (Verteidiger: Rechtsanwalt Dr. Jonas); am 15. April gegen den früheren Landbriefträger Ernst Gustav August Nick wegen Verbrechens und Vergehens im Amte (Verteidiger: Rechtsanwalt Dr. Meier).

Unter dem Deckmantel der Frömmigkeit scheint ein Logisschwindler sein Unwesen zu treiben, der sich als Angestellter des weißen Kreuzes ausgibt und angeblich beim Pastor Wohlenberg in Altona beschäftigt sein will. Der Schwindler, der mit allen kirchlichen und milden Stiftungen genau Bescheid weiß, nennt sich Fiedler; er bezog in voriger Woche ein Logis in der Kleinen Gärtnerstraße 17 in Altona und ist am Dienstag Nachmittag unter Mitnahme einer Damenuhr mit langer Kette und M. 79 verschwunden. Bekleidet war der Schwindler mit blauem Jackettanzug, graubrauner Regenpelerine und schwarzem Schlapphut. Er ist ungefähr 19 Jahre, stößt beim Sprechen etwas an und stammt aus Hannover. Da derselbe sein Manöver jedenfalls noch anderwärts versuchen dürfte, sei vor ihm gewarnt.

* **Gestohlen** wurde aus der Wohnung einer Arbeiterin in der Lerchenstraße mittels Einbruchs eine Uhr und ein Paletot.

* **Einen größeren Fund** machte eine Frau in der Funkstraße. Sie fand dort bei dem Elektrizitätswerk eine Brieftasche mit fünf Einhundertmarkscheinen und lieferte dieselbe bei der Polizei ab. Der Eigentümer kann den Fund im Fundbureau in Empfang nehmen.

* **Aus der Haft entlassen** ist die Frau Hecht, welche unter der Beschuldigung der Kindesunterschiebung verhaftet worden war. Die Untersuchung gegen sie wird fortgeführt.

Neueste Nachrichten.

Brunsbüttelerhafen, 6. April. (W. T. B.) Hier herrscht heftiger Sturm. Das Osteriffseuerschiff ist gegen Abend losgerissen und elbaufwärts getrieben worden.

Kiel, 6. April. (W. T. B.) Die „Kieler Neuesten Nachrichten“ melden aus Husum: Infolge des orkanartigen Nordweststurmes trat heute Nachmittag das Wasser der See über die Kaimauer; die Schleusentore brachen. An der Schiffbrücke stieg das Wasser 1½ Meter hoch auf die Straße. Die benachbarten Häuser sind gefährdet.

Helgoland, 6. April. (H. C.) Der seit gestern hier tobende Südweststurm hat sich heute Mittag nach Nordwest gedreht. Dadurch tritt für unser Eiland eine bedrohliche Hochwassergefahr ein. Das Vorland ist bereits überflutet.

Emden, 6. April. (W. T. B.) Bei der Abgabe eines Lotsen auf der Außenems kenterte das Boot des Lotsenschoners mit sechs Insassen, wobei der Lotse Booß, der Reservelotse Theodor Visser und der Lotsenaspirant Lücken ertranken.

Emden, 6. April. (H. C.) Heute früh um 2 Uhr entstand in noch nicht aufgeklärter Weise im Hause des Bäckermeisters Hagen in der Neuen Torstraße Feuer, das mit großer Schnelligkeit um sich griff und das Wohn- und Hinterhaus vollständig einäscherte. Dank der energischen Tätigkeit der im oberen Stockwerk wohnenden Gesellen wurden alle Bewohner des Hauses mittels einer Winde, die sich am hinteren Giebel befand, in Sicherheit gebracht. Durch das energische Eingreifen der hiesigen Freiwilligen Feuerwehr wurden die anstoßenden Gebäude erhalten.

Berlin, 6. April. (H. C.) Der Gesetzentwurf, betr. die geplante Entlastung des Reichsgerichts, wird dem Reichstage in etwa 14 Tagen zugehen. Zur Zeit unterliegt der Entwurf der Beschlußfassung des Staatsministeriums.

Wie berichtet wird, forderte der Regierungspräsident von Arnsberg die in Frage kommenden Landratsämter zur Berichterstattung über die durch die Stilllegung kleinerer Ruhrzechen entstehenden Schäden auf. Er wünscht zu wissen, inwieweit die verringerte Arbeitsgelegenheit zur Erhöhung der Unzufriedenheit unter den Arbeitern beiträgt.

Der Breslauer klerikalen „Volksstimme“ zufolge soll der Staatsanwalt auf Grund der Berichtigungen der oberschlesischen Geistlichen gegen eine Anzahl polnischer Zeugen im Beuthener Prozeß das Verfahren wegen Meineides einleiten wollen.

Aus Sofia wird dem „Lok.-Anz.“ telegraphiert: Fürst Ferdinand ist heute von Philippopel hierher zurückgekehrt. Seiner Entscheidung wird es wohl zuzuschreiben sein, daß der Abbruch der Verhandlungen des Gesandten Natschewitsch in Konstantinopel vorläufig nicht eintritt. Die Verhandlungen werden auf Grund neuer Vorschläge fortgeführt werden.

Berlin, 6. April. (W. T. B.) Die Deutsche Gesellschaft für Chirurgie trat heute im Langenbeckhause zu ihrem 33. Kongreß zusammen. Der Vorsitzende Braun-Göttingen gedachte in warmen Worten der im letzten Jahre verstorbenen Mitglieder, besonders des unvergeßlichen Guszenbauer-Wien.

Berlin, 6. April. (H. C.) Nach einer Kabelmeldung der peruanischen Regierung ist die Bubonenpest in Lima als erloschen zu betrachten, da seit 36 Stunden kein neuer Fall mehr vorgekommen sei.

Berlin, 6. April. (W. T. B.) „Luchs“ geht Morgen von Amoy nach Futschau.

Breslau, 6. April. (W. T. B.) Wie die Blätter melden, zog Kardinal Fürstbischof Kopp mit Rücksicht auf die kürzlich vom „Gornoslazak“ gebrachte Erklärung auch den zweiten Klageantrag gegen die genannte Zeitung, besonders gegen den Redakteur Kowalczyk und Genossen, beim Beuthener Landgericht zurück. Der Kardinal empfiehlt den Geistlichen, auch ihrerseits die diesem Klageantrag angeschlossenen Anträge zurückzunehmen.

Stuttgart, 6. April. (W. T. B.) Gestern Abend verübte auf den Direktor des Allgemeinen Versicherungsvereins, Rechtsanwalt Georgii, ein entlassener Angestellter des Vereins einen Anschlag. Der Direktor wurde durch einen Schuß in die rechte Hüfte leicht verletzt. Der Angreifer versuchte hierauf, sich durch drei Schüsse selbst zu erschießen, doch scheinen auch seine Verletzungen nicht lebensgefährlich zu sein.

Paris, 6. April. (W. T. B.) Aus dem Haag wird gemeldet: Der holländische Minister des Auswärtigen und der französische Gesandte unterzeichneten ein Uebereinkommen, betr. die Legung des Kabels zwischen Saigon und Pontianak, an der Westküste von Borneo.

Paris, 6. April. (W. T. B.) Die Agence Havas meldet: Der Minister des Aeußern Delcassé unterzeichnete heute mit dem Gesandten der Niederlande ein dem mit England, Italien und Spanien abgeschlossenen Schiedsvertrag ähnliches Abkommen.

Cherbourg, 6. April. (W. T. B.) Eine russische Division, bestehend aus dem Panzerschiff „Osljablja“, dem Kreuzer „Aurora“ und 4 Torpedobootszerstörern, ist heute hier vor Anker gegangen.

Petersburg, 6. April. (W. T. B.) Wie die „Finlandskaja Gazeta“ mitteilt, wurden die Kompetenzen des finländischen Senats und seines Präsidenten, des Generalgouverneurs, zur Zulassung des Erwerbs von Immobilien durch Ausländer in Finland erweitert.

Konstantinopel, 6. April. (W. T. B.) Meldung des Wiener Korr.-Bureaus: In der letzten Besprechung des Generalinspekteurs Hilmi Pascha mit den Zivilagenten teilte ersterer mit, daß in Kastoria der aus Griechenland gekommene Komiteechef Japontschew und dessen Begleiter Tschakalarow verhaftet worden seien. In der heutigen Sitzung der Gendarmerie-Kommission wurde die Rayonfrage erledigt. Die drei Vilajets, in denen vorläufig die Gendarmeriereform durchgeführt werden soll, sind in 5 Kontrollbezirke eingeteilt worden, nämlich in die Sandschaks Uesküb, Saloniki, Monastir, Serres und Drama; sie sind in der genannten Reihenfolge dem österreichisch-ungarischen, russischen, italienischen, französischen und englischen Militäradjoint zugewiesen worden. Vor der Abreise der Kommission nach Saloniki findet noch eine Sitzung statt.

In den letzten Sitzungen protestierten die Zivilagenten gegen den Erlaß des Großveziers an den Vali von Monastir, wonach eine Intervention der dortigen Konsuln der Ententemächte im Sinne der Reformaktion und nicht durch die Zivilagenten erfolgen soll. Die Zivilagenten machten geltend, daß die direkten Beziehungen in dieser Richtung im Interesse der Pforte, der Beruhigung des Landes und der Durchführung der Reformen lägen und daß der Erlaß gegen die Vollmachten des Generalinspekteurs, die auch für den Vali verbindlich seien, sowie gegen das Reformprogramm verstoße. Infolge der von den Konsuln der Ententemächte in Uesküb signalisierten Truppenausschreitungen in den Bezirken Strumitza und Kumanova richtete der Generalinspekteur Hilmi Pascha auf die Intervention der Zivilagenten an den Stellvertreter des Valis von Uesküb eine sehr energische telegraphische Ordre, in der er ihn für alle Folgen verantwortlich macht. Nach einer sofort eingeleiteten Untersuchung scheinen jedoch die Meldungen über die Truppenausschreitungen sehr übertrieben zu sein.

Santiago de Chile, 5. April. (W. T. B.) Meldung der Agence Havas: Das Ministerium gab seine Entlassung.

Der Krieg in Ostasien.

Niutschwang, 6. April. (W. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. General Kuropatkin traf heute hier ein und besichtigte die Truppen, deren Zahl ungefähr 4000 beträgt. Die Truppen setzen sich aus einer Batterie Feldartillerie und einem Teil der vier hier stehenden Regimenter sibirischer Schützen und Abteilungen von Kosaken und regulärer Kavallerie zusammen.

Briefkasten.

Blinkeller. Sie, als Erbe Ihres Sohnes, haben nach § 1712 des Bürgerlichen Gesetzbuches jetzt dessen Alimentationspflicht zu übernehmen. Gegen Zahlung des Pflichtteils vom Erbe, das Ihrem Sohn eventuell zugestanden hätte (die Hälfte der vollen Erbportion) können Sie dieser Pflicht auch genügen.

H. O., Eimsbüttel. Sie können hier nachsehen; auch an den Anschlagsäulen finden Sie die Bekanntmachungen. Ueberhaupt sollten Bekanntmachungen sich die, die es angeht, ausschneiden und aufbewahren.

a. a. Die Adresse des Vorsitzenden der Lagerhalter ist: C. Berger, Eppendorferlandstraße 96.

3333. Sie werden zur Zahlung verurteilt werden, ob Sie zu dem Termin erscheinen oder nicht.

Unglücklicher Kranker. Wir können Ihren Wunsch leider nicht erfüllen; Sie müssen sich schon an einen Arzt wenden, nicht an irgend einen Kurpfuscher.

Sohn eines Echolesers. Während der Ferien darf der Schulknabe nur vier Stunden täglich beschäftigt werden.

Unwissende M. Der Chef darf in Ihrem Falle nur für die beiden [illegible] Wochen die Beiträge für Kranken- und Invalidenversicherung abziehen.

Langjähriger Echoleser von Barmbeck. Wenn Sie Ihr Geschäft verkaufen, geht das den Hauswirt oder seinen Bizen gar nichts an; aber wenn der Käufer das Geschäft in den alten Räumen weiter betreiben will, hängt es davon ab, ob der Hauswirt ihm die Räumlichkeiten weiterhin vermieten will. Versuchen Sie, sich in Güte zu einigen.

C. W. M. Wir haben das nicht registriert.

Ein Spätzle-Schwab. Verklagen Sie Ihren ehemaligen Einlogierer auf Zahlung und lassen Sie dann die bei Ihnen hinterlassenen Sachen pfänden und vom Gerichtsvollzieher verkaufen.

A. P. in St. Die Behörde hat das Recht, Ihre Schwester einer Heilanstalt zuzuweisen.

R. Zettwitz. Berichte über Festlichkeiten u. dergl. können wir nicht aufnehmen, da durch solche der Raum unseres Blattes übermäßig in Anspruch genommen würde.

Eine Abonnentin. Dazu ist die Herrschaft nicht berechtigt; tut sie es dennoch, müssen Sie sie bei der Revierpolizei verklagen.

Ein Unwissender. Auch ein Mann „ohne Frau“ kann ein Testament machen.

Nr. 110, Sch. Die Frage läßt sich so nicht beantworten, präzisieren Sie sie.

Alter Abonnent, Winterhude. 1. Am 12. November 1872 begann die Hamburger Feuerwehr ihre Tätigkeit. 2. Die Zuckerfabrik in der Bankstraße brannte am 29. Oktober 1877 ab.

C. S. Jawohl, der Mann kann auf Entschädigung verklagt werden.

N. K. G. N. Die übergroße Mehrzahl unserer Leser interessiert das nicht.

K. G., Hohestraße. 50 pZt.

Leipziger Pflanze. Die Adresse des Fortbildungsvereins ist Kaboisen 91. Dort werden Ihnen auch Ihre beiden anderen Fragen beantwortet werden.

K. A. 100. In Hamburg fand die erste Maifeier am 3. Mai 1891 im „Horner Park“ statt.

J. A., Wedel. Der Nachtwächter ist verpflichtet, jemandem, der ihn nach einer Straße fragt, Auskunft zu geben. Tut er es nicht, wenden Sie sich beschwerdeführend an die Polizeibehörde, was nicht ohne Erfolg sein dürfte, da den Beamten anständiges und zuvorkommendes Benehmen dem Publikum gegenüber zur Pflicht gemacht ist.

M. S., Genosse. Nach dem Tode der Frau erben alle ihre Kinder, auch die aus der ersten Ehe, von ihr zu gleichen Teilen.

Anzeigen.

(Für den Anzeigenteil ist die **Redaktion** dem Publikum nicht verantwortlich.)

Todes-Anzeige.
Nach langem, schwerem Leiden entschlief am Dienstag Morgen 7½ Uhr mein lieber Mann und unserer Kinder guter Vater
Friedrich Albert Scharfenstein
im 47. Lebensjahre.
Innig betrauert von Bekannten, Verwandten, seiner Mutter, seinen Kindern und seiner tiefgebeugten Frau
Marie Scharfenstein Wwe., geb. **Reinecke.**
Beerdigung: Freitag, 8. April, Nachm. 3 Uhr, vom Sterbehause, Marthastr. 1.

Sozialdemokratischer Verein für den 3. Hamb. Wahlkreis.
Distrikt Eimsbüttel.
Todes-Anzeige.
Hiermit die traurige Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied
F. Scharfenstein
nach langer, schwerer Krankheit aus dem Leben geschieden ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 8. April, Nachmittags 3 Uhr, vom Sterbehause, Marthastraße 1, aus statt.
Um rege Beteiligung erſucht
Der Distriktsführer.

Gesangverein „Harmonie“ von 1887.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser Mitglied und Klubwirt
Friedr. Scharfenstein
am 5. April nach langem, schwerem Leiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 8. April, Nachm. 3 Uhr, vom Sterbehause, Marthastraße 1, aus nach Ohlsdorf statt.
Der Vorstand.

Eimsbütteler Liederkranz von 1900.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern die traurige Mitteilung, daß unser treues Mitglied
Friedr. Scharfenstein
nach schwerem Leiden verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Beerdigung: Freitag, 8. d. M., Nachm. 3 Uhr, vom Sterbehause, Marthastraße 1.
Um rege Beteiligung der Mitglieder ersucht
Der Vorstand.

Sparklub Proletariat.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser Mitglied und Klubwirt
Friedr. Scharfenstein
am 5. April verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 8. April, Nachm. 3 Uhr, vom Sterbehause, Marthastraße 1, aus nach Ohlsdorf statt.
Der Vorstand.

Verein der vereinigten Gast- und Schankwirte, Hamburg.
Unseren Mitgliedern hiermit die traurige Nachricht, daß am Dienstag, den 5. April 1904, unser Kollege
Friedrich Albert Scharfenstein,
Margarethenstraße Nr. 7,
nach langem Leiden im 47. Lebensjahre verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.
Beerdigung: Freitag, 8. April 1904, Nachmittags 3 Uhr, vom Sterbehause nach dem Ohlsdorfer Friedhofe.

Heute Morgen 3 Uhr entschlief nach kurzer, schwerer Krankheit
Frau Henriette Kiehn Wwe., geb. **Frank,**
im 76. Lebensjahre.
Aufs tiefste betrauert von allen Verwandten und Bekannten. **Chr. Gädgens.**
Beerdigung: Freitag, Nachmittags 3 Uhr, vom Sterbehause, Sternstraße 35, part.

Sparklub „Unter uns“, Ottensen.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern die traurige Mitteilung, daß unser langjähriges Mitglied
Ernst Paulisch
am 5. d. M. gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 8. April, Nachm. 3 Uhr, vom Sterbehause, Gr. Rabenstraße 14, Ottensen, aus statt.
Der Vorstand.

Verband der Fabrik-, Land-, Hülfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.
Zahlstelle Ottensen.
Todes-Anzeige.
Hiermit die traurige Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied
E. Paulisch
am Dienstag, den 5. April, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 8. April, Nachm. 3 Uhr, vom Sterbehause, Gr. Rabenstraße 14, statt.
Die Bevollmächtigten.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die reiche Kranzspende bei der Beerdigung meiner lieben Frau
Wilhelmine Schmidt, geb. **Meier,**
sage allen Verwandten, Nachbarn u. Bekannten, insbesondere dem **Sozialdemokratischen Verein, 48. Bezirk, Altona,** sowie dem **Sparklub „Gemütlich“ von 1885** und dem **Klub „Violinsch“** meinen aufrichtigen Dank. **Joh. Schmidt.**

Danksagung.
Für die rege Beteiligung und reiche Kranzspende bei der Beerdigung meines mir unvergeßlichen Mannes und meiner Kinder lieben Vaters allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere der Liedertafel „Blaue Brücke“, meinen herzlichsten Dank.
Frau Caroline Lindemann, geb. **Barkhan.**

Nerven-leidende!
Laßt Euch behandeln mit
Suggestion!
(N. d. berühmt. Methd. Dr. Lévy-Nancy.)
(Auch anwendbar bei schlechten Gewohnheiten ꝛc.)
J. Tiedtke, Suggestioneur,
Männersprechz.: 5½—9, Sonntags 10—12.
Frauen- u. Kindersprechz.: Wochentags 4—5.
Hamburg, Steindamm 25, II.
Prospekte gratis und franko.
Erläuternde Broschüre à M. 1,—.
Buch zur Selbstbehandlung (macht übr. Mittel u. fremde Hülfe unnötig) **mit genauer Gebrauchsanweisung M. 10,—.**

Fortbildungsschule,
Böhmkenstraße 4.
Am 8. April Beginn neuer Unterrichtskurse für deutsche, engl., franz., **spanische, dänische Sprache, deutschen Aufsatz,** Handelskorrespond., Schreiben, Stenographie (Stolze-Schrey), kaufm. u. gewerbl. Rechnen, **Raumberechnung, Algebra, Geometrie,** kaufm. und gewerbliche **Buchführung, Zeichnen, Elektrotechnik** und Singen. Unterrichtszeit: 8—10 Uhr Abends. Für **Knaben Nachmittagsklassen** (5-7 Uhr), für deutsche, englische, französische Sprache, Rechnen, Stenographie und Turnen. Anmeldungen vom 23. März ab, Abends zwischen 8 und 10 Uhr. Stundenpläne und Prospekte werden unentgeltlich verabfolgt.

Pfandgeschäft, Pumpen Nr. 1,
geöffnet bis Abends 9 Uhr.
Vorschuß auf Fahrräder und Nähmaschinen.

St. Georg Pfand-Leihhaus
Brennerstraße 31.
Höchster Vorschuß auf Wertgegenstände aller Art, auch auf Mobilien, Pianos ꝛc.


Urania-Fahrräder
feinste Marke, ff. Qualität.
Preise enorm billig.
Ebenso alle Fahrrad-Zubehör- und Einzelteile. X
Vertreter gesucht. — Katalog gratis.
Urania-Fahrradfabrik, Cottbus.

Wir empfehlen:
Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek
herausgegeben unter Leitung von **Dr. med. Zadek.**
Heft 1. **Die erste Hülfe bei Unglücksfällen.** Von **Dr. med. Christeller**-Berlin. 20 ₰
Heft 2. **Das erste Lebensjahr.** (Wie ernähren und pflegen wir den Säugling?) Von **Dr. R. Silberstein.** 20 ₰
Auch zu beziehen durch die **Filialleiter** und **Austräger** des **„Hamburger Echo“,** sowie durch die
Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co.,
Fehlandstraße 11.

„Eureka“ ist und bleibt die Krone aller Waschmittel.

Ueberall erhältlich. — General-Vertreter: **Gebr. Bruhn,** Schweinemarkt 13, Telephon I, 1281 und 637.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Sektion der Feinmechaniker, Elektromonteure und chir. Instrumentenmacher.

Mitgliederversammlung

am Sonnabend, 9. April, Abds. 9 Uhr,
im Lokale des Herrn **Hüttmann,** Poolstr. 21/22.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag über die gewerkschaftliche und genossenschaftliche Bestrebung. Ref.: **A. v. Elm.** 2. Unser Arbeitsnachweis. 3. Internes.

Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Steinsetzer und Berufsgenossen Deutschlands.

Filiale Wandsbeck.

Mitgliederversammlung

am Sonntag, 10. April, Nachm. 4 Uhr,
im Lokale des Herrn Schoof,
Hirschstraße 12.

Tages-Ordnung:
1. Wahl eines ersten Vorsitzenden. 2. Abrechnung vom 1. Quartal. 3. Bericht vom Kartell. 4. Die Maifeier. 5. Verschiedenes.

NB. Pflicht der Mitglieder ist es, vollzählig zu erscheinen.

Der Vorstand.

Arbeitsmarkt

Maschinen-Plätterin.

Für einen Geschäftsfreund in der Nähe Hamburgs suche ich eine tüchtige Person für Umlegekragen u. Oberhemden auf der Schlittenmaschine. Anfangsgehalt Monat M. 30 bei freier Station, steigend nach Leistung.

Ludwig Kieser,
Speckstraße Nr. 7, Laden.

Maurerpolier

gesucht, in Umbauten erfahren.
Off. u. R. W. an die Exped. d. Bl.

Kostenf. gesucht bess. Köchinnen, Allein- und Kleinmädchen.
Frau **Catharina Holtz Wwe.,**
Stellenvermittlerin, Dehnhaide 7, Barmbeck.

Ges. tücht. Rockschneider.
Oljenick, Graskeller 4.

Ges. 1 tücht. Rockschneid. a. Werkst., dauernd. Beschäft. Brockmannsweg 12, b. Papendamm.

Schneider könn. h. Platz erh. Raboisen 16, I.

Sehr tücht. Rockschneider
gesucht. J. Stock & Co., Bergstr. 25, I.

Hell. Sitzpl. f. Schuhm. Gr. Bleichen 30, H. 1, III.

Ges. tücht. Schuhmacher f. Reparatur-Anstalt. Zu melden Mittags von 12 bis 1 Uhr Schaarsteinweg 49.

Schuhmacher kann hellen Sitzplatz erhalten. Rathausmarkt 34.

Ges. auf gleich eine geübte Stepperin. Ottensen, Friedensallee 20, Pantoffelfabrik.

Gesucht mehrere Zwicker.
Ottensen, Friedensallee 20.

Zig.-Arb. sucht Hausarbeit a. Hd. o. F. Kaution vorh. Lindenallee 63, I. l.

Ein mit der besseren Fabrikation durchaus vertrauter, umsichtiger **Werkmeister** wird von einer größeren ostdeutschen Zigarrenfabrik zum baldigen Antritt oder per 1. Juli gesucht. Off. sub **A. K.** an die Expedition d. Zeitung.

Zigarillos-Arb. 5,25. Bürgerstr. 43, Hs. 2, I., Alt.

Frau w. Tab. i. H. z. str. Quäckerberg 2, I. l., Alt.

Zig.-Arb. f. Hausarb. a. H. Zimmerstr. 45, H. 2, II. r.

Zur. a. ½ T. M. 2,50. Kirchhofswiete 52, 1., Wandsb.

Zur. f. Arbeit in u. a. d. Hause. Ekhoffstr. 9, III.

Gesucht Knabe zum Wege besorgen. Norderstr. 85, Fettwarengeschäft.

Hamburg.

G. Z.-A. Hav. schr. H. 15. Amidammachergang 4, 3. r.

Ges. Zig.-Arb. kl. schr. M. 14. Volksdorferstr. 44, p. r.

Ges. 2 Z.-A. F. 12,75. Victoriastr. 22, 3., Hammerbr.

Ges. Zig.-Arb. a. H. M. 15. Scheideweg 25, p. l.

Ges. Zig.-Arb. a. Pennal. M. 16. Schwenckestr. 31, I. r.

Blattzurichterin a. Lod. g. T. 9-12. Agathenstr. 10, 2.

Ges. Zur. ½ T. Nachm. M. 6. Hellkamp 48, 1. r.

Altona.

Ges. Z.-A. a. F. M. 10. Adolfstr. 149, Hs. 1, pt. l.

Ges. Z.-A. Pennal M. 18,50. Friedenstr. 34, 1.

Ges. Z.-A. a. Form M. 10. Friedenstr. 62, 1.

Ges. Z.-A. M. 13,50. Sommerhuderstr. 23, 1. r.

Ges. Z.-A. a. H. M. 13,50. Wielandstr. 19, 3. r.

Ges. Zur. a. ½ T. M. 3. Große Gärtnerstr. 52, 2. r.

Ges. Zurichterin ½ T. M. 3. Holstenstr. 103, 3. r.

Ges. Zur. a. ½ T. M. 5,50. Sommerhuderstr. 33, 3. r.

Ges. Zurichter a. ½ T. M. 5,50. Victoriastr. 46, 1. l.

Ottensen.

Ges. Zig.-Arb. M. 13,50. Bahrenfelderstr. 11, 3. r.

Ges. Zig.-Arb. a. H. M. 15. Bahrenfelderstr. 205, 4. r.

Ges. Z.-A. a. Penn. M. 16,50. Friedensallee 30, 2. r.

Ges. Z.-A. a. kl. Penn. M. 15. Gr. Karlstr. 67, Hth. p. r.

Ges. Zig.-Arb. M. 15. Mansteinstr. 7, 2. l.

Ges. Zig.-Arb. a. Penn. 17,50. Gr. Rainstr. 44, 1. l.

Ges. Zig.-Arb. a. Penn. M. 15. Roonstr. 9, 2. r.

Ges. Zig.-Arb. a. Penn. M. 15. Schulstr. 9, 2. r.

Ges. Rappstr. a. ½ T. Morg. B 11 ₰. Schulstr. 30, 1. l.

Havana per ℔ M. 1.
Ottensen, Bismarckstraße 28.
Altona, Große Freiheit 22.
Hamburg, Schweinemarkt 27.

Zigarren en gros-Lager
sowie **Zigaretten. Reellste** Bezugsquelle für **Wiederverkäufer, Wirte u. Private,** alle Fassons in jeder Preislage v. M. 20 an. Rauchmuster am Lager gratis.
Heinr. Krohn, Valentinskamp 99, Eingang im Torweg.

Eleg. neuer Hausst. weg. zrckgeg. Heirat f. M. 200 z. verk. Lindenallee 54, I. r.

Zufall! Eleg. **Plüschgarn.,** Salont. M. 12, Kleiderschrank, stark, M. 18, Bettst. m. Federr. u. verschied. **spottbillig, Federbett,** kompleit und sauber, M. 15. Händler verbeten. **Steindamm 109, I.**

Ges. **Brockhaus' u. Meyer's Lexikon,** sowie **Pfandscheine** darüber, die hoch bezahlt **Epstein,** Grindelallee 5, II.

Hammonia-Gesellschaftshaus, Hohe Bleichen 30

Freitag, den 8. April 1904, Abends 9 Uhr:

Grosse öffentliche Protest-Versammlung

gegen die Beleidigungen des Herrn Professors Dr. Lenhartz, das männliche Wartepersonal betreffend.

Referent: Herr Stadtverordneter **Otto Antrick-Berlin.**

Zutritt für jedermann frei. Um rege Beteiligung bittet **Der Einberufer.**

Schneiderverband Hamburg.

Mitglieder-Versammlung

am Donnerstag, den 7. April, Abends 9 Uhr, im Lokale des Herrn Vorwohle, Neustädterstr.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung und Beschlußfassung in Tarifangelegenheiten. 2. Berichterstattung der Kommission in Sachen Werkstätte Adam.

Die Ortsverwaltung.

Achtung! Achtung!

Abbruchsarbeiter!

Wegen Nichtanerkennung des Lohntarifs ist über das Abbruchsgeschäft **G. E. L. Reinecke,** Eiffestraße 50, Hamburg, die Sperre verhängt, ebenso besteht die Sperre über die Abbruchsgeschäfte der Herren **Adolf Gladow,** Wandsbeck, Kampstraße 87/88, und **Carl Sack,** Hamburg, Breitergang 29, unverändert fort. Alle Kollegen werden **dringend** ersucht, dort nicht eher in Arbeit zu treten, bis dieselben als geregelt bekannt gegeben.

Der Vorstand
der Vereinigung der Zimmerer-, Erd- und Abbruchsarbeiter Hamburgs, Altonas, Wandsbecks und Umgegend.

NB. Das Bureau befindet sich Alstertor 21, K., Telephon Amt 1a, 1013. Alle Meldungen usw. sind an **Fr. Lüth,** Alstertor 21, K., zu richten. D. O.

Strickmaschinen. Teilzahlung gestattet, Unterricht frei. **Leifermann,** Stadthausbrücke 19.

Auf Abzahlung
von M. 1 an,
Kleiderschrank od. Bettstellen,
Teppiche, Gardinen, Tischdecken.
117, I. Steinstr. 117, I. u. II.

Auf Abzahlung
von M. 1 an,
Mobilien u. Betten,
Herren- u. Damengarderoben.
117, I. Steinstr. 117, I. u. II.

In 6. Klasse 325. Hamburger Stadt-Lotterie wurden folgende Nummern meiner Hauptkollekte gezogen:

300 Mark auf Nr. 33103
200 Mark auf Nr. 21263

762	4214	6900	14743	29496	32894	50238	69361	75905	88753	101485
1285	5719	8694	18388	30518	32898	60041	69370	78681	91814	101853
3804	5997	8920	19856	30566	43026	60055	69871	78687	92920	108755
3849	6818	10378	21196	30574	43037	69142	71654	86558	101401	à
3866	6838	12026	29404	30596	50233	69159	75902	87048	101409	169 M.
4211	6864	12099	29466	30709	50234					

Nicht abgeforderte Lose können, soweit vorrätig, nachträglich erneuert werden.

Philipp Fürst

Hauptkollekte,
82 Gr. Bleichen 82. Kaiser Wilhelmstraße 26, „Glückshaus“.

Räder und Zubehör bekommen Sie sehr preiswert bei **Leifermann,** Stadthausbr. 19–21.

Rabatt-Bücher,

volle,
wie auch zur Hälfte gefüllte,
werden für den
vollen Wert
in Zahlung genommen.
Auch werden Rabattmarken aller Systeme ausgegeben.

Falk & Mengers,
Manufaktur und Konfektion,
Alter Steinweg 30/32.

Lager
aller Sorten
neuer
Bettfedern,
Daunen u. Eiderdaunen.
Reine, reell gehaltene Waren.
Neue Federn von 40 ₰ pr. ℔ an.
Johann Feigl,
Gr. Bäckerstr. 13/15.

Umzugshalber 2 Bettstellen mit Federrahmen, fast neu, billig zu verkaufen. St. Pauli, Bartelsstr. 18, I. l.

Umstandshalber Plüschgarnitur M. 80, Phantasieschrank 36, Spiegelschr. m. Spl. 35, Kleiderschr. 22, Bettstelle, Waschtisch, Kommode, Tisch. **Steinstr. 61, I., Hamb.** Händler verbeten.

Fahrräder Ia. Fabrikat, v. M. 75 an. Marke „Treue“, „Patria“, „Badenia“ etc. Mäntel v. M. 5,50 an, Schläuche v. M. 3,50 an. **Gebrauchte Räder nehme in Zahlung.** Sämtl. Reparat., vernick., emaill., fachgem. u. billig. **J. Auth, Borgfelde, Bürgerweide 43.**

Prachtv. Säul.-Plüschgarn. M. 100, Tascheng. 130, Trumeau m. Stufe 35, Phantasieschrk. m. Säul. 40, Muschelbettst. m. ff. Fdr. 28, Waschtisch m. Marmor u. Spieg. **20,** stark. Kleiderschrk. **22,** ff. eichene **Dielengarderobe 35, seidene Salongarnitur 375, Buffet 128. Pedersen, Lindenstr. 52, St. G.**



Thüringer Kräuterbitter
aus **Philipp Dressel's Destillation,**
gegr. 1807
Hildburghausen (Thüringen).
Wirksamster, prämiierter **Magenlikör.**
Hochfein! Aromatisch-bitter!

Entlaufen
ein junger schottischer Schäferhund „Colli“, mit halber weißer Halskrause, goldgelbe Farbe. Gegen gute Belohnung abzugeben
Schumannstr. 11, Uhlenhorst.

Bettstelle m. Federr. M. 25, 1 für. Kleiderschrk. M. 28, 2 für. Kleiderschrank M. 40, Moquette-Garnitur u. Ausziehtisch sof. zu verk. **Schleusenstraße 15, part.**

Altona, den 7. April 1904.

P. P.

Hierdurch beehre ich mich, einem verehrlichen Publikum die ergebene Mitteilung zu machen, daß ich das vormals

J. C. C. Geicke'sche Bier-Verlags-Geschäft,

Altona, Schauenburgerstr. 81,

mit dem heutigen Tage übernommen habe.

Indem ich die Zusicherung gebe, daß ich meine geehrte Kundschaft stets prompt und reell bedienen werde, zeichne ich, gefl. Aufträgen gern entgegensehend,

Mit Hochachtung und Ergebenheit
Johann Hinrich Ramcke.

Am 6. April wurden in 6. Klasse 325. Hamburger Lotterie folgende Nummern meiner Hauptkollekte entschieden:

Nr. 18374¼ mit M. 2000
Nr. 39701⅛ mit M. 1000
Nr. 65519¼ mit M. 1000

Nr. 11129 mit M. 300
Nr. 70184 mit M. 300
Nr. 76483 mit M. 300
Nr. 87509 mit M. 300

Nr. 1321 mit M. 200 | **Nr. 28550 mit M. 200**
Nr. 27107 mit M. 200 | **Nr. 79842 mit M. 200**

Nachstehende Nummern mit M. 169:

206	11150	18991	29259	41254	43745	58601	70187	76480	81463
23	11374	97	29530	67	47	70	70495	76963	81570
41	12637	19630	31	76	44313	58754	70669	76	82020
42	13542	57	30224	41343	42	77	72	77015	28
3212	66	65	65	41414	45032	58811	71863	77131	82218
48	13631	20591	30300	41522	45159	50	71907	77	95
84	56	22206	30690	53	62	71	20	77208	87522
3520	13757	18	94	41643	79	58930	49	79225	87629
66	13805	40	31873	48	45225	85	72309	80596	69
3605	14430	22382	31956	41788	46334	59057	74203	80611	70
72	37	24022	34024	41804	35	60855	12	40	98
6175	58	85	34031	67	49	98	75034	58	89184
6207	66	94	67	41949	47107	61576	68	79	98128
11	84	24189	89	63	76	65511	75159	80718	32
50	95	24210	34200	73	51489	13	82	98	59
6901	16412	29	34345	42053	51562	67607	75236	80828	63
10	15	24307	36956	42108	53428	68203	86	36	72
24	16763	25	72	21	54071	71	87	80903	98256
32	16799	24522	37654	66	55045	97	76020	5	100817
75	17004	27112	38273	42638	84	69425	47	13	38
10821	5	23	92	43204	55602	69722	64	81255	103365
23	25	40	39346	43336	8	69813	65	57	76
71	52	82	39603	96	45	42	76265	72	78
11060	17909	27200	39800	43409	58	49	76382	95	92
11105	18328	28551	40627	36	58574	70047	86	81387	103447
30	18915	29203	41	53	81	70118	76448	81422	

Die Richtigkeit obiger Nummern muß erst die Ordnungsliste ergeben.

Nicht erneuerte Lose **6. Klasse** können, soweit noch vorrätig, nachträglich eingelöst werden.

Julius Gertig,

Großer Burstah 15 und 17.

St. Pauli, Reeperbahn 170. St. Georg, Steindamm 37b.

Während der am 6. April d. J. stattgehabten Ziehung **6. Klasse 325. Hamburger Stadt-Lotterie** wurden meiner Hauptkollekte folgende Gewinne zu teil:

300 Mark auf No. 17240
300 Mark auf No. 50382
300 Mark auf No. 57159

200 Mark auf No. 11755
200 Mark auf No. 46754
200 Mark auf No. 59358

1033	12102	23268	27668	32627	46920	65012	83477	90531	103944
1430	12137	23429	28134	33294	46929	65013	83489	92516	103946
1474	12819	23431	28148	33701	46943	65154	83534	93147	103948
1771	13385	23459	28195	33706	46947	65684	83562	94977	103964
2618	14207	23465	28487	33712	47000	65889	83577	95307	103982
2645	14578	23492	28745	33716	50355	67186	83734	95317	104301
3529	14588	23957	28862	33889	50394	68338	83870	96223	104333
3793	14661	24803	28880	33920	51007	69185	84240	96301	104529
4208	15421	24898	29523	34524	51035	70781	84893	96334	104567
4491	16394	25042	30407	34548	51084	73575	85002	96365	104838
5321	16624	25064	30432	38521	54387	75840	85021	97086	105212
6066	17118	25074	30736	39479	56168	76599	85024	98528	105242
7557	17134	25419	30966	39857	56288	77665	85326	98776	105258
8492	17187	25428	30988	40357	57052	77668	85505	98795	105292
10049	17232	25493	31420	40380	57189	78420	85977	99054	106045
10223	18265	25498	31443	40389	58200	78423	86344	99066	107131
10624	19051	25817	31515	40400	58255	78495	86378	99074	107148
10626	19310	25862	31569	45771	59383	79021	86413	99076	107664
11283	19856	26672	31579	46823	59385	79169	87048	100523	108204
11296	20263	27485	32215	46826	59400	79171	87322	101224	109440
11503	21008	27571	32219	46837	59909	79175	87323	101276	110886
11556	21042	27581	32547	46887	62074	80207	88712	102674	à
11796	21119	27660	32588	46917	62955	82430	88753	102956	M. 169

Zu den nächsten Ziehungen

5. Kl. Braunschweiger Lotterie Ziehung am 11. u. 12. April 1904 **6. Kl. Lübecker Lotterie** Ziehung am 20. April 1904,

sowie zur Haupt- und Schlussziehung

7. Klasse Hamburger Lotterie Ziehung vom 27. April bis 19. Mai 1904

halte noch Kauflose aus meiner Glückskollekte bestens empfohlen.

Rob. Th. Schröder

Graskeller 6, „Haus Fortuna“.

I. Filiale: Reeperbahn 147 II. Filiale: Steindamm 36 III. Filiale: Eimsb. Chaussee 23.

Wirtschafts-Eröffnung.

Hierdurch einem verehrlichen Publikum die ergebene Mitteilung, daß ich am Sonntag

Hamburg-Eilbeck,
Wandsbecker Chaussee 226/228,
eine
Wirtschaft mit Frühstückslokal

eröffnet habe. Es soll mein eifrigstes Bestreben sein, durch Verabreichung nur bester Speisen und Getränke bei zivilen Preisen und prompter Bedienung mir das Wohlwollen meiner Gäste zu erwerben, und bitte ich um recht zahlreichen Besuch.

Hochachtungsvoll **Gustav Hüner.**

Bunte Vorträge!

veranstaltet von D. Drewes,
Sonntag, 17. April, in **Pabst's** Gesellschaftshaus, Altona.
Dichtungen, Lieder, Kouplets, Musik und Tanz. Mitwirkende: Frau **Julie Gerdes** und die Herren **W. Gerdes, E. Henningsmeyer, P. Kieckhöber, H. Meyer, C. Boock, W. König, A. Drewes** und **D. Drewes. Anfang 8 Uhr. Karten à 50 ₰** zu haben bei **H. Zieger,** Bahrenfelderstr. 168, Ottensen.

Für Parteiwirte!

Eine seit 10 Jahren bestehende gut gehende Wirtschaft (Bezirks-Lokal) ist wegen Krankheit der Frau sofort zu verkaufen. Eilbeck, Semmestraße 8.

Gemischter Chor.

Damen u. Herren, welche geneigt sind, einem Gemischten Chor beizutreten, werden gebeten, Adr. u. **W. B.** Postamt 7, Klosterthor, einzur.

Inhaber dieses zahlt an **Wochentagen** für **1—4 Personen halbe** Preise.

Variété
Hammonia
St. Georg,
Besenbinderhof — Nordersstrasse.

Täglich: **Kolossaler Erfolg** des **neuen**
April-Programms:
The great Roland. — Me. Laure. — Les 4 Tournesols. — Wardini etc.
Anfang präzise **7½ Uhr.**

St. Pauli Konzerthaus vorm.
Hornhardt

Stets: Neuestes, allerneuestes.
Sensationellster Erfolg
der
14
April-Attraktionen.

Im vorderen Parterre:
Succi

* grösste Sensation Hamburgs * hungert **31** Tage eingemauert
schon die 2. Woche,
geniesst während der Zeit nur
Juventa,
Hitzacker Sauerbrunnen.

Entree **50 ₰.** Tag und Nacht geöffnet. Billets sind gegen Lösung eines Programms zum freien Eintritt ins Variété gültig.

Deutsches Schauspielhaus.

Donnerstag, den 7. April 1904:
Herodes und Mariamne.
Eine Tragödie in 5 Aufzügen, v. Friedr. Hebbel.
Anfang 7½ Uhr. — Ende 10½ Uhr.

Freitag: **Rose Bernd.**
Sonnabend: Zum ersten Male:
Der Kaufmann von Venedig,
Lustspiel in fünf Akten, von Shakespeare.
Sonntag, Nachmittags 3 Uhr, zu ermäßigten Preisen: **Rosenmontag.**
Abds. 7½ Uhr: **Der Kaufmann von Venedig.**
Montag, Anfang 7 Uhr: **Wilhelm Tell.**

Theater.

Donnerstag, den 7. April:
Stadt-Theater. Die Regimentstochter. Hierauf: **Cavalleria rusticana.** Große Preise. Anfang 7½ Uhr.
Thalia-Theater. Benefiz für Herrn Stockhausen. Enoch Arden, von Tennyson. Musik von Richard Strauß. Rezitation: Herr **Em. Stockhausen.** Am Klavier: Herr **Max Fiedler.** Die nach den Illustrationen **Paul Thumanns** unter Leitung von Herrn **Stockhausen** gestellten **lebenden Bilder** werden von Mitgliedern des Thalia-Theaters ausgeführt. Anfang 7½ Uhr.
Altonaer Stadt-Theater. Gastspiel der Frau Agnes Sorma. Faust (I. Teil), eine Tragödie in 5 Akten, von J. W. Goethe. Große Preise. Anfang 7 Uhr.
Carl Schultze-Theater. Direktion: **Tull & Schultze.** Heute und folgende Tage, Anfang 7½ Uhr. Gastspiel der Wiener Operettengesellschaft des Direktors **Gabor Steiner.** Novität! **Frühlingsluft,** Operette in 3 Akten, von Josef Strauß. Sonntag, 10. April, Nachmittags 3½ Uhr: Bei sehr ermäßigten Preisen: **Die Gigerln von Wien.**
Neues Operetten-Theater. Heute und folgende Tage, Anfang 7½ Uhr: **Girofle-Girofla,** Operette in 3 Akten, von Charles Lecocq.
Freitag: **Girofle-Girofla.**
Sonnabend: Benefiz für **Poldi Deutsch. Girofle-Girofla.**
Sonntag Nachmittag, zu ermäßigten Preisen: **Der Vogelhändler.**
Ernst Drucker-Theater. Anfang 8 Uhr. Die Aufsehen erregendste Novität dieser Tage: **Nach dem Zapfenstreich,** großes sensationelles Sittenstück in 7 Abteilungen. Kindern Eintritt verboten.

Freitag, den 8. April:
Stadt-Theater. Die Walküre. Große Preise. Anfang 7 Uhr.
Thalia-Theater. Bei ermäßigten Preisen. **8. Vorstellung im Moser-Zyklus. Unsere Frauen,** Lustspiel in 5 Akten. Anfang 7½ Uhr.
Altonaer Stadt-Theater. Ermäßigte Preise. **Die Schulreiterin,** Lustspiel in 1 Akt, von Emil Pohl. Hierauf: **Inspektor Bräsig,** Charakterbild in 5 Akten, nach Fritz Reuter frei bearbeitet von Th. Gaßmann und J. Krüger. Anfang 7½ Uhr.

HANSA-THEATER.

Keine erhöhten Preise.
Yvette Guilbert
Salzer * Therese Renz
Howard de Grey * Emilias
und das
April-Programm.
Anfang **8** Uhr. — Ende **10**[16] Uhr.
Vorverkauf bei **Käse** u. im Theaterbureau.
Abonnements- u. Vorverkaufskarten haben Gültigkeit.

Henry Loebel's
Gemischter
Ausschank in den meisten Wirtschaften.

Druck und Verlag: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.

Beilage zum Hamburger Echo Nr. 81.

Donnerstag, den 7. April 1904.

Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Fehlandstraße 11. — Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wabersky in Hamburg.

Ausstellungen von Gewerbeschüler- und Lehrlingsarbeiten.

„Grau, lieber Freund, ist alle Theorie!" An diesen Spruch des Altmeisters deutscher Dichtkunst wird unwillkürlich erinnert, wer aufmerksam und nachdenkend die Ausstellungen von Schülerarbeiten in der Gewerbeschule am Steintorplatz, die in einer Anzahl von Volksschulen veranstalteten und die Lehrlingsarbeiten-Ausstellung (Gesellenstücke) im „Velodrom" betrachtete, welche in den Osterfeiertagen dem Publikum zugänglich gemacht waren. Denn trotz aller hervorragenden Einzelleistungen auf dem Gebiete der Zeichen- und Modellierkunst in den verschiedensten technischen Fächern, denen die Gewerbe- und Innungsschulen obliegen, fehlt allen diesen Zweigen unseres Fortbildungswesens das Einheitliche, Geschlossene, die organische Verbindung mit dem wirklichen praktischen Leben. Der Umstand, daß wir in Hamburg noch bis heute keinen obligatorischen Fach- und Fortbildungsschulunterricht haben, und alle unsere diesbezüglichen Einrichtungen von dem Wohlwollen der einzelnen Arbeitgeber und dem Lerneifer sowie der Selbsteinsicht der jugendlichen Schüler abhängen, ist geradezu ein Hemmschuh aller gesunden Weiterentwicklung. Ganz abgesehen davon, daß es unter dieser Umständen kaum etwas mehr als die Hälfte der gewerblichen Lehrlinge ist, welche einen Fach- und Fortbildungsschulunterricht in Hamburg genießen, ist dieser selbst so zersplittert und im organischen Aufbau so völlig ungenügend, daß dies auch bereits unsere maßgebenden Kreise anerkannt haben, was immerhin etwas heißen will. Wir haben darum auch keinerlei Ursache, in die Lobgesänge eines Teiles der hiesigen Presse über die Ausstellungen einzustimmen, und sind vielmehr der Meinung, daß diese Verhältnisse nicht scharf genug kritisiert werden können, wenn ein schnelleres Fortschreiten erreicht werden soll. Hier ist das bekannte hamburgische „Immer langsam voran" direkt verhängnisvoll und alle Rücksichtnahme auf sogenannte „berechtigte Einzelinteressen" eine Sünde an der Kulturentwicklung. Rund heraus sagen wir es: kein einziger Zweig unseres gewerblichen Fortbildungswesens genügt den heutigen Bedürfnissen, denn selbst die besten Einrichtungen, wie die Baugewerkschule und das Technikum, bieten zuviel Theorie und zu wenig praktische Anleitung, welch letztere unbedingt den theoretischen Unterricht ergänzen müßte. Was nützt denn alle zeichnerische Konstruktion, wenn nicht sofort die Probe aufs Exempel gemacht werden kann.

Jeder Gewerbetreibende weiß, daß ihm erst die praktische Arbeitstätigkeit die Mängel seiner theoretischen Vorkenntnisse zum Bewußtsein bringt, daß erst die Bearbeitung der Materialien: Steine, Holz, Leder, Eisen, Farbe usw. usw. eine Fülle von Gedanken auslöst, die ihm vorher nicht im entferntesten gekommen sind. Wie viele Erfinder sind erst durch die praktische Anwendung ihrer Gedankenkonstruktionen von der Ausführbarkeit oder Unausführbarkeit ihrer Projekte überzeugt worden. Darum, her mit dem Arbeitsunterricht auf allen Gebieten der Lehrmethoden, vor allem in den Gewerbeschulen. Und her mit ausreichenden staatlichen Mitteln und Hülfskräften für diese hochwichtigen Zwecke. Dazu ist aber nötig, daß nicht fortgesetzt dem bornierten Innungs- und Zunftgeiste Rechnung getragen wird, und daß unter der Devise: „Rettung des Mittelstandes" unser gewerbliches Fortbildungswesen verknöchert und versteinert. Gewiß hatte der stellvertretende Vorsitzende der Gewerbekammer, Herr Aug. Richter, völlig recht, als er gelegentlich der Eröffnung der Ausstellung von Lehrlingsarbeiten (Gesellenstücken) am Karfreitag im „Velodrom" betonte, daß in bezug auf die Heranziehung des Nachwuchses (der Lehrlinge) manche gesunde Locke unter dem Zopf der Zünfte verborgen gewesen sei; aber man verbessert die heutigen Zustände nicht damit, daß man die alten Zöpfe von neuem aufzufrisieren versucht und den kleinlichsten Anforderungen des heute noch ziemlich umfangreichen Zünftlertums Konzessionen macht, die in den veränderten Gewerbeverhältnissen keinen Boden mehr finden und darum dem Fortschritt hemmend in den Weg treten. Denn auch diese Ausstellung praktischer Arbeiten von Lehrlingen, welche bereits drei und vier Jahre Lehrzeit hinter sich haben, zeigt bei aller Tüchtigkeit einzelner Leistungen, wobei in bezug auf das letztere noch allerlei Schwindel getrieben wird, daß auch die Fachschulen der Innungen nicht das Recht haben, allzu prätentiös aufzutreten und dabei zu tun, als hätten sie der Weisheit letzten Schluß hinsichtlich der gewerblichen Ausbildung in Erbpacht genommen.

Freilich ist auch Herrn Blinckmann, dem zweiten Vorsitzenden des Innungsausschusses, beizustimmen, wenn er in seiner Ansprache am Karfreitag hervorhob, daß Gesellenstücke keine Meisterstücke seien; jedoch gilt hier das alte Sprichwort: „Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr." Wenn man ferner den Gesamteindruck dieser Lehrlingsausstellung auf sich wirken läßt, fällt sofort auf, daß einzelne Berufe ziemlich gut, andere sehr wenig und ein Teil gar nicht vertreten sind. Z. B. suchten wir das so bedeutende Gewerbe der Buchdrucker ganz vergeblich. Es tritt eber auch hier, auf einem verhältnismäßig so kleinen Gebiete deutlich in die Erscheinung, welchen dominierenden Einfluß die Großindustrie im Gewerbe bereits ausübt. Und trotz der Hoffnung des Herrn Blinckmann, die Großindustrie möchte, die mancherlei Berührungspunkte zwischen ihr und dem Handwerk einsehend, allen derartigen Veranstaltungen ein größeres Entgegenkommen schenken, da sie auf gut vorgebildete Arbeitskräfte ebenfalls angewiesen sei, wird es bei der Ignorierung von dieser Seite nicht nur bleiben, sondern diese wird in Zukunft noch mehr zum Ausdruck kommen, so lange eben das Großkapital immer die besten Gewerbekräfte kauft und seinem Profitinteresse dienstbar macht. So lange die kapitalistische Wirtschaftsweise herrscht, freut sich der Großkapitalist höchstens ganz unbändig darüber, daß das Kleingewerbe ihm mit unendlicher Mühe und unzulänglichen Mitteln brauchbare Ausbeutungsobjekte liefert, aber er wird für alle Aufforderungen zu tatkräftiger Mithülfe bei solchen Bestrebungen nur ein mitleidiges Lächeln haben. Daher werder die einsichtigeren unter den Kleingewerbetreibenden allmählich erkennen lernen, daß nur eine Produktionsweise auf höherer, sozialistischer Stufenleiter alle die Widersprüche auslösen kann, die heute, wie auf allen anderen, so auch in Theorie und Praxis, auf gewerblichem Gebiete vorhanden sind.

Sch.

Außerordentlicher schweizerischer sozialdemokratischer Parteitag.

r. Luzern, 4. April.

Genosse Reimann, der Präsident der Geschäftsleitungskommission, eröffnete um 10 Uhr im „Löwengarten" den Parteitag, zu dem sich 188 Delegierte eingefunden haben. In längeren Ausführungen besprach er das Zustandekommen der 20 Millionen-Initiative zur Einschränkung der Militärausgaben auf dem Oltener Parteitage und die weitere Behandlung derselben durch die Geschäftsleitung, eine von derselben in Verbindung mit der sozialdemokratischen Fraktion des Nationalrates eingesetzte Kommission und durch das Parteikomitee. Es wurde fast von allen Seiten die 20 Millionen-Initiative als unzweckmäßig erklärt, eine neue Initiative mit 7 Franken pro Einwohner und Jahr formuliert und beschlossen, zur weiteren Behandlung derselben den außerordentlichen Parteitag auf heute einzuberufen. Der an diesen Vorgängen von der Parteipresse geübten Kritik bestreitet er die Berechtigung nicht, allein es kann die ganze Partei als mitverantwortlich bezeichnet werden.

Der eigentliche Referent, Genosse Müller-Bern, begründete die neue Initiative, nach der die Dauer der Rekrutenschulen verlängert und die spätere Dienstzeit verkürzt werden soll, um die älteren Bürger und Familienväter zu schonen und zu entlasten. Der Hauptteil der Dienstleistungen soll auf die Jahre von 20 bis 25 Jahren verlegt werden. Ferner soll der tägliche Sold des Soldaten von 80 Cts. auf 1 Fr. erhöht, für die Familien der Diensttuenden Fürsorge getroffen, endlich sollen die Divisionskommandanten, die ihre verantwortungsvollen Posten heute im Ehrenamt und neben ihren bürgerlichen Berufen bekleiden und daher vielfach Dilettanten sind, fest angestellt und besoldet und die Gesamtausgaben für das Militärwesen durch die Beschränkung auf 7 Fr. pro Einwohner vermindert werden.

An das beifällig aufgenommene Referat schloß sich eine lebhafte Diskussion, in der zunächst der Antrag der Züricher Arbeiterunion, nun auf jede Initiative zu verzichten, begründet wurde. Eine Reihe anderer Redner war derselben Meinung, wobei auch betont wurde, daß die Oltener Initiative, betreffend Beschränkung der Militärausgaben auf 20 Millionen Franken, ihren Einfluß auf die Frage der Militärreorganisation gehabt hat, also nicht umsonst war. Bei der weiteren Behandlung der Militärreorganisation sollen die sozialdemokratischen Vertreter im Nationalrat entschieden die Arbeiterinteressen vertreten, und kommt nichts Rechtes zu stande, soll dagegen sofort das Referendum ergriffen werden.

Naine-Chaux-de-fonds kritisierte scharf die Parteileitung wegen der Nichtausführung des Oltener Initiativbeschlusses, verurteilte den ganzen Militarismus, für den gar keine Ausgaben gemacht werden sollten. Dr. Brüstlein betonte demgegenüber die derzeitige Unausführbarkeit der Naineschen Forderungen. Lattmann-Zürich wandte sich ebenfalls gegen den Militarismus, für den sich zu begeistern die Arbeiter keine Ursache haben. Im übrigen meint er, soll von jeder Initiative heute abgesehen werden. Nachdem noch eine weitere Anzahl Redner, worunter Dr. Schuler, Rapin-Lausanne, Hof-Genf, im Sinne des Verzichts auf die Aufstellung einer Initiative ihre Ansichten dargelegt, wird mit 119 Stimmen folgende Resolution angenommen: „Der Parteitag in Luzern hält an den vom Parteitag in Olten aufgestellten Grundsätzen bezüglich unseres Heerwesens vollkommen fest und verlangt also eine erhebliche Reduktion der militärischen Ausgaben: die Volksentscheidung über außerordentliche Ausgaben von über einer Million, das Verbot der Verwendung von Truppen bei Streiks, die Besserstellung des Wehrmannes in militärischer und ökonomischer Beziehung, die Abschaffung der Militärjustiz. Er erklärt es als Pflicht der Partei, mit allen Mitteln für die Erreichung dieses Postulats zu kämpfen. Aus taktischen Gründen aber sieht er vorläufig von der Ergreifung einer Initiative ab. Er beauftragt das Parteikomitee, die Frage der Revision der Militärorganisation im Sinne der Thesen Rapin-Müller gründlich zu prüfen und auf dem nächsten Parteitage bestimmte Postulate zur Beratung und Entscheidung zu stellen und diese Anträge so rechtzeitig zu veröffentlichen, daß bis zum nächsten Parteitag genügende Zeit zur ausgiebigen Diskussion in den Sektionen und in der Parteipresse bleibt."

Eine lebhafte Debatte gab es schließlich noch über die Frage, ob dem Parteikomitee wegen der Nichtausführung des Oltener Beschlusses, betreffend die 20 Millionen-Initiative, ein Tadelsvotum erteilt werden soll. Namentlich die Delegierten aus der französischen Schweiz forderten entschieden einen Tadel. Schließlich fand eine Resolution Annahme, welche ausdrücklich einen Tadel ablehnt, aber die Erwartung ausspricht, daß die Parteileitung in Zukunft die Beschlüsse der Parteitage prompt ausführt.

Vom Parteitag der belgischen Sozialdemokratie und vom internationalen sozialistischen Sekretariat in Brüssel waren Begrüßungstelegramme eingelaufen.

Schweizerischer Gewerkschaftskongreß.

r. Luzern, 3. April.

Der Kongreß findet im Großrats- (Landtags-) Saale statt, der sehr hoch und geräumig ist. Auf den weichgepolsterten, lederüberzogenen Armsesseln, auf denen sich sonst die Vertreter der bürgerlichen Parteien ausruhen, sitzen heute die Vertreter des gewerkschaftlich organisierten Proletariats und können's sich, die sonst nur die Härten des Lebens gewöhnt sind, auch einmal etwas bequem machen. Im Hintergrunde des Bureaus, das auf einem, in einer großen Nische aufgestellten Podium untergebracht ist, hängt in leuchtendem goldenen Rahmen Christus am Kreuze; die Versammlung bildet eine Schar seiner neuen, modernen Jünger, die in allen Sprachen und allen Zonen mit Eifer und Begeisterung das Evangelium der Brüderlichkeit und Gerechtigkeit predigen und Bedrängten Trost und Erleichterung bringen.

Der Kongreß ist von 324 Delegierten aus allen Teilen des Landes besucht, die 29 Verbände und 21 Arbeiterunionen vertreten. Als Präsident wurde Reimann-Biel, Adjunkt des schweizerischen Arbeitersekretariats, gewählt. Ohne längere Debatten wurden die Tätigkeits- und Kassenberichte des Bundeskomitees, sowie der Bericht der Beschwerdekommission genehmigt. Der Antrag des Bundeskomitees auf Einführung des Obligatoriums der „Arbeiterstimme" für die Mitglieder der Sektionsvorstände wurde abgelehnt und zwar im Hinblick auf die lokale Arbeiterpresse.

Längere Diskussion, an der sich zahlreiche Redner beteiligten, veranlaßte der Antrag der Lausanner Gewerkschaften, in der welschen Schweiz einen Sekretär für den Gewerkschaftsbund anzustellen. Wären die Mittel dazu vorhanden, würde der Wunsch gern erfüllt werden. Auch für die italienischen Arbeiter im Kanton Teffin wäre ein besonderer Sekretär notwendig. Wegen Mangels an Mitteln konnte bisher noch nicht einmal der vor anderthalb Jahren gefaßte Beschluß, betreffend die Anstellung einer Sekretärin, ausgeführt werden. Für die baldigste Ausführung dieses Beschlusses trat mit lebhaften und eindrucksvollen Worten die Genossin Billinger-Zürich ein, die sich von der Wirksamkeit einer solchen unter den Hunderttausenden Fabrik- und Gewerbearbeiterinnen eine kräftige Förderung der Organisation derselben verspricht. In gleicher Weise äußerte sich die Genossin Frau Conzett-Zürich. Von anderer Seite wurde auf die Tätigkeit der katholischen Agitatoren unter den Arbeiterinnen hingewiesen, für die sich bereits mehrere Vereine gegründet haben; demjenigen in St. Gallen sollen 2000 Mitglieder angehören. Greulich machte darauf aufmerksam, daß die beiden Adjunkten des schweizerischen Arbeitersekretariats in Biel und Genf für die Gewerkschaftsbewegung der welschen Schweiz da seien und es nur an den Gewerkschaften selbst liegt, sich in steter Verbindung mit ihnen zu halten. Die Anstellung eines besonderen Sekretärs für die französische Schweiz durch den Gewerkschaftsbund wurde mit 140 gegen 47 Stimmen abgelehnt, dagegen einstimmig beschlossen, in der nächsten Zeit eine Sekretärin anzustellen. Annahme fand schließlich auch noch der Antrag, dem Verlangen der Gewerkschaften in der französischen Schweiz durch den Gewerkschaftsbund zu entsprechen, sobald die Mittel dafür vorhanden sind.

In der Nachmittagssitzung begründete Genosse Greulich das vorgeschlagene Uebereinkommen zwischen dem Bundeskomitee des Gewerkschaftsbundes und dem christlichen Gewerkschaftskartell in St. Gallen. Er erinnerte an die Beschlüsse des 1902 in Bern abgehaltenen Arbeitertages, wonach die Katholiken keine christlichen Gewerkschaften mehr gründen und die bestehenden auflösen sollten. Die Vertreter der Katholiken im Arbeiterbund bemühten sich, den Beschluß durchzuführen, allein unter den Katholiken gibt es eine Klassenkampf-Strömung, die die Gründung der Gewerkschaften zur Folge hatte; dagegen vorzugehen, erklärten die katholischen Vertreter, hätten sie kein Mittel. Der Hauptsitz dieser Bewegung ist St. Gallen, wo der katholische Professor Jung die Gründung konfessioneller Gewerkschaften betreibt. In unseren Kreisen wird leider die religiöse Neutralität auch noch immer nicht gehalten, katholische Arbeiter beschweren sich darüber, daß sie in Gewerkschaften ihrer Religion wegen verspottet worden seien. In der Sache selbst war an ein Aufgehen der katholischen Gewerkschaften in unseren Verbänden nicht zu denken. Unter diesen Umständen richtete der Ausschuß des Arbeiterbundes an die denselben angehörenden katholischen Organisationen ein Schreiben, in dem die Notwendigkeit der Regelung der Gewerkschaftsfrage betont wurde, denn anderenfalls stünde der Austritt des Gewerkschaftsbundes aus dem Arbeiterbunde zu befürchten, der aber ohne jenen eine bloße Farce noch wäre, bei der die nichtkatholischen Organisationen nicht mehr mitmachen würden. Es wurde sodann in dem Schreiben der Vorschlag gemacht, daß die christlichen Gewerkschaften sich ihren Berufsverbänden und durch diese dem Gewerkschaftsbund anschließen sollten. Professor Beck in Freiburg war damit einverstanden und er erklärte, nie für die Gründung konfessioneller, sondern nur für die neutraler Gewerkschaften einzutreten. Allein die Vertreter der christlichen Gewerkschaften erklärten, nur als ein Ganzes durch das christliche Gewerkschaftskartell sich dem Gewerkschaftsbund anzuschließen. So kam dann das vorliegende Uebereinkommen zustande, nach dem das Kartell einen Jahresbeitrag von 1500 Frks. an den Gewerkschaftsbund leisten, sich den Statuten desselben unterwerfen und seine Mitglieder anhalten soll, bei Lohn- und Streikbewegungen mit den Berufsgenossen der anderen Gewerkschaften Hand in Hand zu gehen. Anderseits soll das Bundeskomitee des Gewerkschaftsbundes seine Verbände und Sektionen zu einem freundlichen Verhältnis zu den christlichen Gewerkschaften und zu gemeinsamem Vorgehen in allen Fragen der Arbeitsverhältnisse anhalten. Nach weiterer Beleuchtung aller in Frage kommenden Verhältnisse empfahl Greulich schließlich dem Kongreß die gründliche Prüfung der Frage und die gewissenhafte Entscheidung derselben.

An der anschließenden Diskussion, die sich sehr lebhaft gestaltete, beteiligten sich 17 Redner, von denen 14 das vorgeschlagene Uebereinkommen bekämpften und nur 3 es befürworteten. Von den Gegnern wurde unter anderem darauf hingewiesen, daß die ganze Neutralitätsbewegung nur zur Folge hatte, daß die freien Gewerkschaften parteipolitische Neutralität üben, die christlichen Gewerkschaften aber weder religiöse noch parteipolitische Neutralität. Bestritten wurde, daß die christlichen Gewerkschaften eine Klassenkampf-Bewegung seien, sie sind vielmehr Schutzwälle gegen die freie, klassenkämpferische Gewerkschaftsbewegung. Es werden nicht christliche Gewerkschaften, wo wir nicht hinkommen können, gegründet, sondern da, wo die freien Gewerkschaften Fuß gefaßt haben, da wird die Arbeiterschaft zerrissen und schwer geschädigt. Den Mitgliedern des christlichen Gewerkschaftskartells wurde in St. Gallen das hier vorgeschlagene Uebereinkommen dadurch mundgerecht gemacht, daß gesagt wurde, vom politischen Standpunkte aus sei es gut. Nicht die christlichen Arbeiter haben das Bedürfnis nach konfessionellen Gewerkschaften, und nicht sie haben solche gegründet, sondern die katholischen Parteiführer und die Geistlichen sind die Gründer derselben. Man hat sogar den deutschen Reichstagsabgeordneten Gröber zu diesem Zwecke kommen lassen. Einer der Hauptgründer der katholischen Gewerkschaften, Professor Jung in St. Gallen, hat erklärt, wenn diese Organisationen durch die Zugehörigkeit zum Gewerkschaftsbund stark geworden sind, können sie wieder austreten. Die katholischen Arbeiter sind Autoritätsmenschen und können daher nicht Klassenkämpfer sein. So lange die christliche Kirche die Geschäfte des Kapitals besorgt, muß sie bekämpft werden.

Von den Freunden des Uebereinkommens wurde es als der einzige Weg bezeichnet, die Schädlichkeit der christlichen Gewerkschaften zu paralysieren und ein geordnetes Zusammenwirken zu ermöglichen.

In seinem Schlußworte gab es Greulich auf, den Kongreß noch für das Uebereinkommen zu gewinnen. Er verwahrte sich nur gegen den in der Diskussion erhobenen Vorwurf der Unaufrichtigkeit.

In der Abstimmung fiel für das Uebereinkommen keine einzige Stimme. Für den Uebergang zur Tagesordnung stimmten 37, für eine nochmalige Unterhandlung mit dem christlichen Gewerkschaftskartell 19. Dagegen wurde mit 147 Stimmen folgende Resolution angenommen: „Die beantragte Vereinbarung zwischen dem schweizerischen Gewerkschaftsbund und dem christlichen Gewerkschaftskartell ist gänzlich abzulehnen. Die katholischen Soziologen werden aufgefordert, ihrem anläßlich des Luzerner Arbeitertages gegebenen Versprechen, betr. die Unterlassung der Neugründung von konfessionellen Gewerkschaften, nachzukommen, eventuell sollten dieselben aufgelöst und ihre Mitglieder bewogen werden, sich den bestehenden Berufsorganisationen anzuschließen. Falls die genannten Soziologen dieser Aufforderung nicht nachkommen, behält sich der schweizerische Gewerkschaftsbund weitere Schritte vor und ist das Bundeskomitee beauftragt, den Verbänden und Sektionen Vorschläge zu unterbreiten, das unhaltbare Verhältnis im schweizerischen Arbeiterbund anderweitig zu regeln."

Als Vorort wurde Bern bestätigt. In einer Resolution wird die Anstellung von Fabrikinspektorinnen verlangt. Nachdem noch Genosse Koch namens der Luzerner Arbeiterinnen eine kurze Ansprache gehalten, schloß Präsident Reimann den Kongreß mit den besten Wünschen für das weitere Gedeihen der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung.

Siebte Generalversammlung des Verbandes der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

s. Hannover, 3. April.

Nachdem am Schlusse der Sonnabend-Sitzung der Verbandsleitung einstimmig Decharge erteilt worden, beschäftigte sich die Generalversammlung heute mit den Fragen der Gaueinteilung, der Anstellung von Gauleitern und der Erhöhung der Beiträge. Referent war Krätzig-Landshut, Korreferent Laß-Berlin. In der Diskussion wurde auch die Notwendigkeit der Einführung einer Arbeitslosen-Unterstützung von verschiedenen Seiten in den Vordergrund gestellt. Die Beitragserhöhung wurde von vielen Rednern und auch von Vertretern der Generalkommission als Ehrensache den übrigen Organisationen gegenüber bezeichnet, die gelegentlich des Crimmitschauer Kampfes von der Textilarbeiter willen Extrasteuern von ihren Mitgliedern erhoben. Nur wenige Delegierte aus Sachsen, Schlesien und Berlin und Umgegend waren gegen die Gaueinteilung, weil diese die Beitragserhöhung bedinge, für die ein großer Teil der Mitglieder nicht zu haben sei, und auch die Agitation unter dem dem Verbande noch fernstehenden großen Teile der Berufsangehörigen wesentlich erschwert werden würde. Anderseits erwartet man aber von den Gauleitern eine viel intensivere Agitation, als sie jetzt die Agitationskomitees entfalten konnten, und will angesichts des Zusammenschlusses des Unternehmertums durch Erhöhung der Beiträge den Verband leistungsfähiger machen. Die schlesischen Delegierten begründen ihre ablehnende Haltung mit der überaus traurigen Lage, in der sich die Textilarbeiter in Schlesien befinden. Seit Gerhart Hauptmann sein Drama „Die Weber" geschrieben, sei es dort nicht besser, sondern noch viel schlimmer geworden. Dem wird aber entgegengehalten, daß sich auch im Westen, besonders am Niederrhein, schlesische Zustände einbürgern werden, wenn die Organisation nicht so leistungsfähig gestaltet wird, daß die Unternehmer mit ihr rechnen müssen.

Die Debatte war sehr erschöpfend und füllte auch noch die Vormittagssitzung des dritten Verhandlungstages aus, bis endlich, obwohl noch 24 Redner sich gemeldet hatten, die Debatte geschlossen wurde. Referent Krätzig empfahl in seinem Schlußworte, sich die englischen Kollegen zum Muster zu nehmen und die Organisation so leistungsfähig zu machen, daß die Unternehmer es vorziehen, mit den Arbeitern zu verhandeln, statt mit ihnen zu kämpfen. Auch der Korreferent trat schließlich für Erhöhung der Beiträge ein.

In namentlicher Abstimmung beschloß die Generalversammlung mit 63 gegen 54 Stimmen (36 407 gegen 21 951 Mitglieder die Beiträge der männlichen Mitglieder von 20 auf 30 ₰ pro Woche zu erhöhen, die Beiträge der weiblichen Mitglieder aber bei 20 ₰ zu belassen. Der Gaueinteilung wurde im Prinzip zugestimmt. Wegen Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung soll eine Urabstimmung vorgenommen werden. Erklärt die Mehrheit der Mitglieder sich dafür, dann soll die nächste Generalversammlung das weitere beschließen. — Der Vorstand wurde ermächtigt, in dringenden Fällen Extrasteuern zu erheben.

Ein Antrag, den Verbandsvorstand zu ermächtigen dort, wo die Verhältnisse es erfordern, im Verein mit den Agitationskomitees besoldete Gauleiter mit ℳ 1600 Anfangsgehalt anzustellen, wurde mit 86 (47 200 Mitgliedern) gegen 32 Stimmen (10 928 Mitgliedern) angenommen. — Für die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung hatten 113 Delegierte mit 57 243 Mitgliedern gestimmt, dagegen 4 Delegierte mit 1165 Mitgliedern. — Die Beitragserhöhung soll am 1. Juli d. J. in Kraft treten. Der Vorstand wurde beauftragt, eine intensive Agitation in die Wege zu leiten, um die Mitglieder über die dringende Notwendigkeit der beschlossenen Beitragserhöhung aufzuklären.

Am vierten Verhandlungstage wurden die Anträge, die sich auf die Presse, den weiteren Ausbau der Krankenunterstützung, die Einführung von Arbeitsnachweisen, Statutenänderung usw. beziehen, in Beratung genommen. Die das Statut betreffenden Anträge wurden dem Vorstande zur Erledigung überwiesen, der auch beauftragt wurde, zur Einführung von Arbeitsnachweisen geeignete Maßnahmen zu treffen. Die Anträge, den „Textilarbeiter" in Regie des Verbandes zu übernehmen, wurden abgelehnt.

Die Verbandsbeamten Hübsch, Treue und Stössel wurden wiedergewählt.

Die nächste Generalversammlung findet Ostern 1906 in Mühlhausen i. Th. statt.

Die weiteren Beschlüsse waren mehr geschäftlicher Natur.

Maschinisten- und Heizerkongreß.

g. Halle, 3. April.

Die zu den Punkten 5, 7 und 8 der Tagesordnung angenommene Resolution lautet:

Der Kongreß der Maschinisten und Heizer beschließt: Bei Regierung und Reichstag dahin zu wirken, daß

a) durch bundesrätliche Verordnung oder Reichsgesetz bestimmt wird, daß sowohl der Binnenschleppschiffahrts- als auch der Binnenfrachtschiffahrts-Betrieb den Bestimmungen über Sonn- und Festtagsruhe unterworfen wird. Besonders ist Bezug zu nehmen auf den Binnenschlepp- und Binnenfrachtschiffahrts-Betrieb der deutschen Binnenwasserstraßen, wie schiffbare Ströme, Flüsse und Kanäle;

b) durch bundesrätliche Verordnung oder Reichsgesetz den Mannschaften der Schlepp- und Frachtschiffahrt im Binnenschiffahrts-Betriebe, wenn sie an Bord logieren, eine nächtliche Mindestruhe von sechs Stunden gewährt wird, wenn nicht durch ein wechselschichtiges Wachsystem eine anderweitige Regelung der Nachtruhe erfolgt;

c) für Hafen- und Revierschlepp- oder Frachtfahrzeuge durch bundesrätliche Verordnung oder Reichsgesetz ein Maximalarbeitstag von höchstens zwölf Stunden festgesetzt wird;

d) für Dampfschiffe, die auf Strömen, Flüssen oder Kanälen zur Beförderung von Personen dienen, durch bundesrätliche Verordnung oder Reichsgesetz eine Arbeitszeit von höchstens zwölf Stunden festgesetzt wird. Bei Fahrten oder Reisen, die länger als zwölf Stunden dauern, ist für Ablösungsmannschaften zu sorgen, die eine zweckentsprechende Ablösung bezw. Wechselschicht ermöglichen;

e) für Dampfschiffe, die in Häfen oder Revieren zur Beförderung von Personen dienen, gleichfalls eine maximale Arbeitszeit von höchstens zwölf Stunden festgesetzt wird, wenn nicht bei längerer Fortdauer eine zweckentsprechende Ablösung gewährleistet ist. Weiter ist den Mannschaften aller zur Beförderung von Personen an Sonn- und Festtagen verwandten Fahrzeuge alle zwei Wochen eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden zu gewähren. Der Kongreß hat nichts dagegen einzuwenden, daß die 36stündige Ruhepause auf einen Werktag verlegt wird, sei es am Anfang, in der Mitte oder am Ende der Woche. Weiter wendet sich der Kongreß mit Nachdruck dagegen, daß der Arbeitslohn für Maschinisten und Heizer durch prozentuale Anteilnahme am Frachtgewinn gewahrt wird. Dieses System des sogenannten Prozentfahrens führt, wie die Erfahrung gelehrt hat, zu strafbaren Handlungen, in erster Linie zur Belastung oder Verkeilung der Sicherheitsventile, um dadurch eine höhere als die zulässige Dampfspannung herbeizuführen und die Schleppkraft, die Fahrgeschwindigkeit zu erhöhen. Dieses absolut zu verurteilende System führt zur Gefährdung des Betriebes, von Leben und Gesundheit, Hab und Gut, zur Schikanierung, zu willkürlichen Entlassungen und Mißhandlungen.

Der Kongreß verpflichtet sich, mit allen erlaubten Mitteln auf die Abschaffung der jeder Vernunft Hohn sprechenden Zustände hinzuwirken.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung wird nach einem Vortrage von Scheffel-Leipzig auf dem Wege der Gesetzgebung in einer Resolution das Verbot von Nebenarbeiten von Maschinisten und Heizern während des Betriebes außerhalb des Kessel- und Maschinenraumes verlangt, wenn währenddessen Dampfkessel oder Betriebsmaschinen ohne fachmännische Aufsicht sind. Begründend wird auf unzählige Unfälle in Fabrikbetrieben hingewiesen. Es sei nicht angängig, daß die Heizer nebenbei mit Stiefelputzen und Küchenbedienungen beschäftigt werden. In einem Falle, so wird ausgeführt,

---

[3] (Nachdruck verboten.)

Kraft.

Roman von Fritz Mauthner.

Zweites Kapitel.

Es war gegen fünf Uhr Nachmittags, und der Menschenstrom füllte die breiten Steige hinauf und hinab. Jedes Plätzchen der Pferdebahnen war besetzt, und elegante Kutschen fuhren dicht gereiht hinaus und auch schon nach der Stadt zurück. Gemessen überließ sich Marianne dem Strom und kam bald an den Schloßgarten, wo ein geschlossener Landauer hielt. Van Tenius hatte sie erkannt und öffnete den Schlag nach der Gartenpforte. Ohne sich umzusehen, aber auch ohne ihn zu begrüßen, stieg die Frau ein und ließ sich in das Kissen zurückfallen. Ihr Herz klopfte, aber kaum, daß der Wagen sich vorwärts zu bewegen anfing, lächelte sie den Freund schon an.

„Wie lange hast Du Zeit?" fragte er.

„Um sieben Uhr möchte ich zurück sein."

Van Tenius beugte sich heraus und rief dem Kutscher einen Befehl zu. Dann setzte er sich neben Marianne, nahm ihre beiden Hände zwischen die seinen und sagte:

„So, nun weiß er Bescheid. Wir sind allein."

Marianne ließ ihren Kopf auf Roberts Schulter sinken, nahm jetzt eine seiner Hände zwischen die ihren, und so, stumm und beglückt, fuhren sie langsam die Steigung nach Westend hinauf, und oben zwischen den stillen Landhäusern in den Grunewald hinein.

Endlich gerieten sie doch in ein Gespräch. Sie hätten nicht zu sagen gewußt, wer zuerst geweckt hatte, geweckt aus einem Zustand zwischen frohem Traum und traurigem Glück. Immer dasselbe hatten sie einander zu sagen. Und wieder flüsterte Marianne:

„Ich könnte nicht weiter leben ohne Dich. Es ist ja nicht anders möglich. Es kann doch der Mensch nicht weiter leben ohne einen Genossen. Ich habe doch auch das Recht auf einen Menschen, dem ich froh guten Tag sagen kann, dem ich froh ins Auge blicken kann und der den Blick froh erwidert. So! Nun ist es wieder gut, und ich habe wieder Kraft bis zum nächsten Mal."

Wieder schloß sie die Augen und lehnte still da und schüttelte nur leise den Kopf, wenn er ihre Hände fester drückte.

Auf der Waldstraße begegneten sie noch einigen Wagen und Gruppen von Spaziergängern. Es waren Ausflügler, die sich beeilten, vor der Dunkelheit nach Berlin zurückzukommen. Ihr Landauer aber fuhr weiter, und in behaglichem Geplauder erreichten sie das Havelufer; dort, wo sie schon einmal auf Schildhorn einen reinen Sommermorgen verbracht haten. Im Wirtshaus rüsteten sich die letzten Stadtgäste zur Heimkehr, und als sie längs des Ufers weiterfuhren, waren sie endlich ganz allein. Träumerisch blickte Marianne in die stille, melancholische Landschaft und zu gleicher Zeit fiel ihr und ihrem Begleiter der Gegensatz ein zu ihrer gemeinsamen Heimat.

„Ganz wie bei Koblenz," sagte van Tenius mit gutmütigem Spott. „Hier der Zusammenfluß von Spree und Havel, dort zwischen Mosel und Rhein. Es fehlt nur der Ehrenbreitstein."

„Und die Weinberge," erwiderte Marianne fröhlich. „Weißt Du noch?"

Van Tenius küßte ihr die Hand. Ob er noch wußte! Sie hatte ihn an das kleine Sängerfest jenseits der Moselbrücke erinnern wollen. Damals hatten sie ihre fast schon vergessene Kinderfreundschaft wieder erneuert, der Student und das achtzehnjährige Freifräulein.

„Du hast mir eigentlich damals gar nicht den Hof gemacht."

„Und habe Dich doch eigentlich lieb gehabt. Siehst Du, Marianne, es ist doch gut, daß wir damals nicht verschwendeten von unseren Gefühlen. Ich kann heute nicht mehr recht wissen, wie es war. Aber ich glaube immer, ich nahm die Sache sehr ernst. Weißt Du noch? Ich sollte dem Freifräulein Unterricht erteilen, deutsche Literatur und Geschichte. Und ich war damals Sozialist und Revolutionär oder so etwas, und da bildete ich mir ein, ich müßte das Freifräulein hassen und erziehen und auf die Seite des Volkes herüberbringen."

„Sag einmal, Robert, aber so etwas wie ein Sozialist bist Du ja jetzt noch. Er wenigstens neckt Dich ja damit."

„Leider ist es nur Neckerei, mein Herz. Ich bin nur kein Streber; und wie die Welt jetzt aussieht, macht sich verdächtig, wer kein Streber ist. Ich glaube jetzt so wenig, damals war ich gläubig."

„Aber im Gegenteil, Robert."

„Nein, mein Herz. Gottgläubig war ich nicht; aber gläubig überhaupt."

„Ich versteh', Robert; einen Rest von Glauben mußt Du aber behalten. Eins nur! Du mußt an Dich selbst glauben! An Deine Arbeit und an Dein Wirken. Sieh, Robert, ich möchte so gern glücklich sein."

Marianne lehnte den Kopf hintenüber. Sie nahm das Hütchen ab, hielt es auf ihrem Schoß fest und sagte plötzlich:

„Du hast es mich vor zehn Jahren gelehrt. Ich möchte so ganz persönlich glücklich sein, glücklich so wie jetzt, lustig, jung, ausgelassen, dann aber auch ernsthaft, Du weißt, helfen — tätig sein."

„Laß das uns Männern."

„Du Narr, Du meinst doch nicht . . . Nicht die Spur! Dir helfen, dem Manne, ihm was sein, ihm nützlich, unersetzlich, Dir."

„Du Weib!"

Nachdenklich sagte Marianne:

„Hätte er mich nicht von meinem Kinde getrennt! Aber nein, das ist ja wieder ganz anders."

Van Tenius machte mit seinem Kopf eine nervöse Bewegung nach vorn, wie ihm das Gewohnheit war. Dann sagte er:

„Und so hast Du als Mädchen gehofft, Ossendorff unersetzlich zu werden?"

„Ja, Robert, als Braut. Aber es dauerte nicht lange; laß uns nie wieder davon sprechen. Heute will ich es Dir sagen. Er war das Muster eines Kavaliers — vor seinem Unglück. Aber eins fehlte ihm schon damals."

„Was denn, mein Herz?"

„Ich weiß es nicht. Es ist bei ihm alles so fein und abgeschliffen gewesen. Ich weiß nicht. Ich hatte nie die Furcht, er könnte etwas Unmögliches tun, etwas Rohes. Aber gerade . . ."

„Du Aristokratin!"

„Sag das nicht. Du weißt, Robert, wie sehr ich für Eure Bestrebungen schwärme."

„Na . . ."

Der schwerfällige alte Kutscher hatte sich schon zweimal umgedreht und klopfte jetzt bescheiden mit dem Peitschenstiel an die Scheibe.

Ob es wohl Zeit wäre umzukehren?

„Sie wissen ja!" rief van Tenius. „Sie sollen um 7 Uhr wieder am Schloßgarten sein."

„Na, denn will ich langsam Kehrt machen."

„Was denkt denn der Mann?" rief Marianne plötzlich. „Ich bitte Dich, Robert, laß ihn den Wagen aufmachen; es ist eine so himmlische Luft, und es sieht uns niemand. Und weißt Du was? Wir gehen ein Stückchen zu Fuß! Arm in Arm! Bis nach Schildhorn. Bitte, bitte!"

Ohne zu zögern, wenn auch mit einem bedenklichen Gesicht, ließ van Tenius halten und gab die nötige Anordnung. Während der Kutscher die rückwärtige Hälfte des Wagendaches zurückschlug, stiegen beide aus und schritten langsam dem Havelufer zu.

Im Wirtsgarten, der nun gänzlich leer war, ließ van Tenius rasch zwei Gläser Bowle von Moselwein bringen und sie tranken einander zu. Auf gut rheinisch. Aug' in Auge über den Glasrand.

„Sauer macht lustig," sagte van Tenius. „Es ist eben nichts, wie man sich's vorgestellt hat."

„Und doch," meinte Marianne. „Ich werde mir wieder etwas Liebes zu merken haben."

Nun stiegen sie wieder ein und trabten im halbgeöffneten Wagen in die Dämmerung hinein. Die Sonne sank bereits hinter der niederen Wolkenbank hinab, und zwischen den Kiefern, die sich beinahe schwarz vom schimmernden Himmel abhoben, begannen lustige Farben aufzuleuchten.

Sie faßen wieder Hand in Hand.

„Und jetzt beichte. Warum konntest Du heute nicht bei uns essen?"

„Ich hatte ein Rendez-vous."

„Du!"

„Und mit einer Dame."

Marianne schwieg ein Weilchen, dann sagte sie:

„Wenn ich nicht so sicher wäre in Deiner Liebe, wenn sie mich nicht umgäbe wie ein Mantel, der mich einhüllt und warm hält, ich müßte jetzt wohl fragen."

„Das sollst Du auch, mein Herz. Ich habe heute wirklich allein mit einer Dame zu Mittag gegessen. Und mit einer koketten Frau, die man für schön hält. Nicht wahr, ich brauche Dir nicht zu sagen, daß mir das nichts macht."

„Kenn' ich sie?"

„Nein, mein Herz, wenn sie auch nicht weit von Euch wohnt, drüben in einer der Villen von Westend. Eine reiche, junge Witwe, namens Frau Bertha Schade. Sie liebt die Einsamkeit, weil sie nicht gern allein ist."

„Du!"

„Nein, mich hat sie wirklich nur in meiner Eigenschaft als Rechtsanwalt zu sich gebeten, und ich konnte ihr nicht einmal helfen, der armen Närrin."

„Kannst Du es mir erzählen?"

„Dir gewiß, und ich nenne ja keine Namen. Die arme Frau hat sich da mit einem Halunken eingelassen. Weißt Du, mit einem von den Halunken, die in allen Salons geduldet werden, dem Du vielleicht auch schon Deine Hand gereicht hast, und die eines schönen Tages verschollen sind oder im Zuchthaus absteigen oder als reiche Leute eine Zierde der Residenz werden. Je nachdem. Ein ganz begabter Halunke übrigens; er besitzt von der schönen und reichen Witwe sehr häßliche Liebesbriefe, sie sind an ihn selbst gerichtet, und da droht der Herr einfach, die Briefe zu mißbrauchen, wenn sie ihn nicht heiratet."

„Und was will sie von Dir?"

„In ihrer Torheit hat sie sich eingebildet, man könnte so einen Erpresser auf gesetzlichem Wege un-

ist ein **Dienstmädchen als Kesselheizerin** tätig gewesen. Die Kessel- und Maschinenräume sind teilweise die reinen Pest- und Schwindsuchtshöhlen. Es gibt Unternehmer, die ihre Hunde besser als die Maschinisten behandeln.

Punkt 9 der Tagesordnung: „Beschlußfassung über eine staatliche Prüfung für Maschinisten und Heizer" fand nach Referaten von Reichert-Stuttgart und Kirschnick-Berlin durch Annahme einer Resolution, nach der alle Bestrebungen, welche auf Erringung eines Befähigungsnachweises für Maschinisten und Heizer hinzielen, verworfen werden, seine Erledigung. Innungsbestrebungen bieten kein wirksames Heilmittel gegen das Ueberhandnehmen von ungelerntem Betriebspersonal in der heutigen Produktionsweise, sondern fördern vielmehr den Klassendünkel und den Egoismus.

Im Punkt 11 der Tagesordnung wird die Anzeigepflicht der Betriebsunternehmer an die Gewerbe- und Kesselinspektion beim Ausglühen (Deformieren) von Dampfkesselteilen gefordert, um durch amtliche Untersuchungen feststellen zu können, welche Umstände zum Ausglühen des Dampfkessels geführt haben. Die schuldigen Personen sind zur Rechenschaft zu ziehen.

Einige Punkte der Tagesordnung wurden vertagt.

Der Vertreter der Generalkommission, Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt, wendet sich mit einigen ermahnenden und ermunternden Worten an die Kongreßmitglieder. Er sei überrascht gewesen, bemerkt Redner, so eine Fülle von Elend und unzähligen Mißständen auf dem Kongreß kennen zu lernen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird jederzeit die Vertretung der Forderungen der Maschinisten und Heizer im Parlament übernehmen. Obwohl die Forderungen zu bescheiden und zu mäßig sind, bitte er aber die Kongreßteilnehmer, sich in bezug auf Erfüllung derselben keinen zu großen Hoffnungen hinzugeben. Man sage allerdings, wir leben im Zeitalter des Dampfes; in bezug auf soziale Reformen werden wir aber an die Zeit der alten Postkutsche erinnert. Obwohl der Beruf der Maschinisten und Heizer ein sehr verantwortlicher ist und die geschilderten Gefahren auch für das Publikum sehr groß sind, dürfe man nicht verkennen, daß das Unternehmertum den Dingen sehr gleichgültig gegenübersteht. Darum ist es absolut notwendig, auch auf gewerkschaftlichem Gebiet rüstig weiter zu arbeiten. (Beifall.)

Der Vertreter des Seemannsverbandes, Müller-Hamburg, bedauert, daß diesem Arbeiterparlament, in dem so grauenhafte Mißstände aufgerollt worden sind, kein Regierungsvertreter beigewohnt habe. Die Herren von der Regierung werden aber trotzdem von den Verhandlungen lernen müssen, und der Kongreß wird auch nicht ohne Einfluß auf die Unternehmer vorübergehen. Deprimierend für die Kollegenschaft sei es aber, daß es in der Organisation noch verschiedene Richtungen gibt. Eine Einheit der Aktion sei dringend notwendig. Redner schließt mit den Worten:

Vorwärts, ob der Feind auch tobt
Und die Brandung wütend tost,
Von der Ostsee bis zum Rhein
Woll'n ein einig Heer wir sein.

Darauf wurde der Kongreß mit einem dreifachen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung geschlossen.

Siebte Generalversammlung des Zentralverbandes der Maschinisten, Heizer und Berufsgenossen Deutschlands.

g. Halle, 4. April.

Die Generalversammlung fand nach dem Kongreß statt. Es sind 70 Delegierte, der Hauptvorsitzende und Redakteur Kirschnick-Berlin, der Verbandskassierer Klein und der Obmann des Ausschusses Ungericht anwesend. Aus dem Rechenschaftsbericht des Vorstandes ist zu entnehmen, daß der Verband in der letzten zweijährigen Geschäftsperiode gute Fortschritte gemacht hat. Nach einigen kleinen Monitas wird den Verbandsbeamten Entlastung erteilt.

Die Maßregelungen von Verbandskollegen haben sich in der letzten Geschäftsperiode bedeutend erhöht. An Arbeitslosenunterstützung hat der Verband im Jahre 1903 ℳ 14 828 gezahlt.

Ein Antrag, den Anschluß des Verbandes an den Internationalen Bund der Transportarbeiter zu Wasser und zu Lande zu vollziehen, wird von Müller-Hamburg begründet und angenommen. Es wird zunächst die Mitgliedschaft für 1000 in der Binnenschiffahrt beschäftigte Kollegen erworben, und soll dafür ein Jahresbetrag von ℳ 80 ausgeworfen werden. Das Sekretariat des Bundes befindet sich in London. Durch den Anschluß wird eine internationale Verständigung in den Gewerkschaftsfragen erstrebt. Als Delegierter für den internationalen Transportarbeiter-Kongreß und den gleichfalls im August d. J. in Amsterdam stattfindenden internationalen Arbeiterschutz-Kongreß wurde Happ-Hamburg gewählt. Zum nächsten Gewerkschaftskongreß werden Kirschnick-Berlin und Scheffel-Leipzig delegiert.

Bezüglich der Maifeier wurde unter allgemeiner Zustimmung bemerkt, daß über diese Frage auf dem nächsten internationalen Kongreß einmal ein energisches Wort geredet werden müsse. Entweder man begeht die Maifeier, wie es sich gehört, oder man stellt die ganze Geschichte ein.

In der weiteren Tagung beschäftigte sich die Generalversammlung mit dem inneren Ausbau der Organisation. Der Wochenbeitrag wurde von 20 auf 25 ₰ erhöht und die Arbeitslosenunterstützung wurde durch Verminderung der Karenzzeit etwas verbessert. Ein Antrag auf Einführung einer Krankenunterstützung wurde abgelehnt. Der Hauptvorstand wurde per Akklamation wiedergewählt.

Als Tagungsort der nächsten Generalversammlung wurde Mannheim bestimmt. Den Verbandsbeamten wird es freigestellt, jedes Jahr einen Urlaub von acht Tagen zu nehmen.

Ein Antrag, den Zentralverbandsvorstand zu ersuchen, über die zehnjährige Tätigkeit des Verbandes eine Statistik herauszugeben, wurde angenommen. Ein Antrag auf Aufhebung der Gaue wurde abgelehnt; an Stelle der Gauvorstände wurden, um Kosten zu ersparen, Gauleiter eingesetzt.

Nach einem aufmunternden Schlußwort von dem zweiten Vorsitzenden der Generalversammlung, Scheffel-Leipzig, schließt der erste Vorsitzende Schmidt-Magdeburg die Verhandlungen mit einem dreimaligen Hoch auf den Verband, worauf die Delegierten die Arbeitermarseillaise anstimmen. Die Verhandlungen erreichten am Dienstag, Nachmittags 4½ Uhr, ihr Ende.

Verbandstag des Deutschen Kürschner-Verbandes.

Dresden, 5. April 1904.

Bei Beginn der heutigen Sitzung entspinnt sich zunächst eine lebhafte Debatte über die Höhe der Diäten. Wie auf allen Verbandstagen kommen auch hier die divergierendsten Ansichten zum Vorschein. Es werden ℳ 10 und Fahrgeld 3. Klasse mit 15 gegen 6 Stimmen bewilligt.

Es wird dann in der Debatte über den Geschäftsbericht des Vorstandes fortgefahren. Leisler-Frankfurt spricht sich für eine bestmögliche Anstellung eines festbesoldeten Zentralvorstandes aus. Im weiteren drehte sich die Debatte meistens um die Sonderstellung eines Teils der Berliner Kollegen. In einem Antrag wird dem Zentralvorstand des Verbandes, der in Berlin eine Filiale des Verbandes gegründet, das Vertrauen ausgesprochen und die Stellung der Berliner Kollegen (Lokalisten) bedauert. Der Vorstand wird weiter beauftragt, eine Einigung mit den Berliner Kollegen (Lokalisten) anzustreben. In seinem Schlußwort weist der Vorsitzende Schubert auf die Schwierigkeiten der Agitation unter den Kürschnern hin. Auch in diesem Beruf ist die Heimarbeit — außer in den großen Städten — außerordentlich verbreitet. Ein Antrag, der Dresdener Filiale des Verbandes die Kosten einer Lohnbewegung im Betrage von ℳ 60 zurückzuerstatten, wird gegen wenig Stimmen angenommen. Vorstand und Ausschuß wird Decharge erteilt.

Beim nächsten Punkt der Tagesordnung: Agitation, gibt der Vorsitzende einen einleitenden Vortrag und schildert die Schwierigkeiten derselben, kann aber nicht die Bildung von Agitationsbezirken empfehlen, weil dazu der Verband zu schwach sei und vor allem die notwendigen Personen fehlen. Als einzige Möglichkeit, in Orten, wo noch keine Organisation ist, einzudringen, müsse er bezeichnen, daß eventuell ein Kollege dort in Arbeit tritt. Durch burschikoses Auftreten von Mitgliedern ist in kleinen Orten schon viel gesündigt worden.

In der Nachmittagssitzung wird die Debatte über den Punkt „Agitation" fortgesetzt. Es kommt dabei zum Ausdruck, daß man mit den Erfolgen der Agitation viele Enttäuschungen erfahren hat. In verschiedenen Orten hätten die zur Unterstützung angerufenen Gewerkschaftskartelle versagt. Schwierig sei die Agitation unter den auch im Kürschnerberufe zahlreichen Arbeiterinnen und bei den in der Hausindustrie beschäftigten Kollegen. Die Ersteren würden vielfach von ihren männlichen Kollegen ganz außergewöhnlich ausgebeutet, da diese eine Art Zwischenmeister bildeten und infolgedessen, bei dem herrschenden Akkordsystem, vergäßen, daß sie Klassengenossen der weiblichen Mitarbeiter sind. In dieser Hinsicht müßten die männlichen Kollegen in Zukunft ihr Verhalten ändern und ihre weiblichen Kollegen für die Organisation zu gewinnen suchen. Allgemein wird die Ansicht ausgesprochen, daß der Hauptwert auf die Kleinagitation zu legen ist. Ein erschwerender Moment ist ferner, daß die Kürschner bei ihrer beruflichen Eigenart ein förmliches Nomadenleben führen. Sie müssen oft periodenweis im Ausland arbeiten und gingen in dieser Zeit meist der Organisation, für die sie kaum gewonnen, wieder verloren. Da es weiter vorkomme, daß der Schneiderverband Kürschner aufnehme, beziehentlich als Mitglieder habe, soll dem in Zukunft durch eine Verständigung mit dem Schneiderverband vorgebeugt werden. Zum Schluß findet ein Antrag Annahme, daß in den Orten, wo es sich als wünschenswert erweist, Agitationskomitees errichtet werden sollen, nach vorher eingeholter Zustimmung des Hauptvorstandes. Im übrigen wird die Betreibung der Agitation letzterem überlassen.

Zum Punkt „Arbeitsvermittlung" legt der Verbandsvorsitzende Schubert deren Notwendigkeit dar. Er betont dabei, daß leider der Gehülfennachweis bei den eigenen Kollegen wenig Gegenliebe findet. Das Motiv dazu sei Kurzsichtigkeit und das Bestreben, immer nur für sich allein zu sorgen, indem sich die Kollegen den Unternehmern oft unter unwürdigen Bedingungen zur Arbeit anbieten. In der Debatte wird das vom Hauptvorstand hierzu eingebrachte Arbeitsvermittlungsreglement sympathisch aufgenommen, doch wird die Befürchtung laut, daß der Verbandsarbeitsnachweis von den Arbeitgebern nicht anerkannt wird. Auch hat man unter den jetzigen Organisationsverhältnissen Bedenken bezüglich der praktischen Durchführbarkeit. Nach längerem Hin und Wider wird der Errichtung eines Zentralarbeitsnachweises im Prinzip zugestimmt, gegen eine kleine Minderheit. Das zu diesem Punkt vom Zentralvorstand dem Verbandstag vorgelegte Reglement wird darauf mit geringfügigen Aenderungen angenommen.

Verbandstag der Mühlenarbeiter.

Berlin, 3. April.

In der Sitzung am Sonntag, wurde die weitere Beratung des Unterstützungswesens zunächst zurückgestellt, da diese Angelegenheit vorerst in einer Kommission vorberaten werden soll.

Statt dessen kam der fünfte Punkt der Tagesordnung: „Unsere Presse" zur Verhandlung. Das Organ des Verbandes, die „Müller-Zeitung", erscheint dreimal im Monat. Es lagen mehrere Anträge vor, welche ein wöchentliches Erscheinen der Zeitung fordern. Bartels-Lübeck, der über diesen Punkt referierte, erklärte das wöchentliche Erscheinen, wie überhaupt jede mögliche Verbesserung des Preßorgans als wünschenswert, er kam aber nach einer eingehenden Kostenberechnung zu dem Schluß, daß dem Verbande mit Rücksicht auf seine sonstigen finanziellen Leistungen zur Zeit nicht die Mittel zur Verfügung stehen, um die Zeitung wöchentlich erscheinen zu lassen. — Nach längerer Debatte erklärte sich der Verbandstag in dieser Hinsicht mit dem Referenten einverstanden, so daß es also bei dem dreimaligen Erscheinen im Monat bleibt, jedoch soll bei starkem Stoffandrang eine Beilage gegeben werden.

Hierauf wurde der vierte Punkt der Tagesordnung: „Lohnbewegungen", verhandelt. Der Referent, Verbandsvorsitzender Käppler, führte hierzu aus: In den letzten drei Jahren habe der Verband mehr Lohnbewegungen geführt, wie in der ganzen früheren Zeit seines Bestehens. Gestützt auf eine gut gefüllte Streikkasse seien die Lohnbewegungen in den meisten Fällen erfolgreich gewesen. Auch die Ruhe und Besonnenheit, mit der die Lohnbewegungen geführt wurden, trugen wesentlich zum Erfolge bei, und es seien denn auch meistens ohne Streik nennenswerte Verbesserungen erzielt worden. Wenn der Verband vor ernsten Lohnkämpfen auch nicht zurückschrecke, so müsse er doch, wenn irgend möglich, den Weg friedlicher Verhandlungen mit den Unternehmern vorziehen und das Ziel verfolgen, Tarifvereinbarungen für ganze Bezirke der Mühlenindustrie zu erlangen. In Riesa bestehe schon eine Tarifvereinbarung und in Leipzig hoffe man, ebenfalls zu einer solchen zu kommen. Es gelte nun, den Verband organisatorisch und finanziell zu stärken, denn auch zur Erlangung von Vereinbarungen müsse die Organisation der Arbeiter eine Macht sein, welche die Unternehmer respektieren. — Nach Schluß der Diskussion, die dem Referenten in allen wesentlichen Punkten zustimmte, wurde diese Resolution angenommen: „Der Verbandstag erklärt sich für den Abschluß von Tarifverträgen zwischen den Arbeitgebern und den organisierten Arbeitnehmern im Müllergewerbe."

Nunmehr wurden die Verhandlungen über das Unterstützungswesen wieder aufgenommen. Die wesentlichsten Beschlüsse, welche zu diesem Punkte gefaßt wurden, sind folgende: Das Eintrittsgeld wird von 75 ₰ auf ℳ 1 erhöht, jedoch wird das Mitgliedsbuch, welches bisher 10 ₰ kostete, nicht mehr bezahlt. Der Verbandsbeitrag wird von 30 ₰ auf 40 ₰ wöchentlich erhöht, außerdem sind monatlich 10 ₰ für den Sterbefonds zu entrichten. — Mitglieder, welche dem Verbande mindestens fünf Jahre angehören und den ortsüblichen Tagelohn nicht mehr verdienen können, werden auf Antrag vom Beitrag befreit, behalten aber Anspruch auf Sterbegeld, wenn sie den Beitrag zum Sterbefonds weiterzahlen, auch wird ihnen die Verbandszeitung weitergeliefert. — Arbeitslosenunterstützung wird auf die Dauer von 40 Tagen gewährt, und zwar pro Wochentag 75 ₰ nach einjähriger, ℳ 1 nach zweijähriger, ℳ 1,20 nach dreijähriger, ℳ 1,50 nach vierjähriger Mitgliedschaft. — Unterstützung in Notfällen kann Mitgliedern gewährt werden, wenn sie sich verpflichten, nach Empfang dieser Unterstützung noch wenigstens zwei Jahre ihre Verpflichtungen gegen den Verband zu erfüllen. Anderenfalls gilt diese Unterstützung nur als Darlehen. Auch die Streikunterstützung soll zurückgezahlt werden, wenn der Empfänger derselben zum Streikbrecher wird. An Streikunterstützung wird gewährt für Ledige wöchentlich ℳ 9, für Verheiratete ℳ 12, und für jedes Kind ein Zuschlag von ℳ 1, jedoch nicht mehr wie zusammen ℳ 3. — Sterbegeld wird je nach der Dauer der Mitgliedschaft ℳ 50—200 gewährt.

Nach Erledigung der vorstehenden Angelegenheit wurde am Montag über Gaueinteilung, Agitation und Arbeitsnachweis verhandelt. Der Referent, Ostwald-Berlin, welcher dem hiesigen Gau vorsteht, trat für die Beibehaltung der Gaueinteilung ein und bezeichnete es als erstrebenswert, daß nach und nach besoldete Kräfte angestellt werden, die sich ausschließlich den Arbeiten der Gauleitung widmen, denn neben den Berufsarbeiten könne diese Tätigkeit auf die Dauer nicht mit dem gewünschten Erfolge ausgeübt werden. Der Redner beklagte sich darüber, daß er bei den Gewerkschaftskartellen seines Gaues die erwünschte Unterstützung in der Agitation nicht gefunden habe. Weiter empfahl der Redner die Errichtung von Arbeitsnachweisen für das Gebiet jedes Gaues. — Die Diskussion drehte sich in der Hauptsache darum, ob ein besoldeter Gauleiter angestellt werden solle, und zwar zunächst für Rheinland-Westfalen, weil dort ein Hauptgebiet der Großmühlen-Industrie ist und die Agitation für den Verband dort ein weites Feld hat. Der Verbandsvorsitzende Käppler vertrat den Standpunkt, daß es sein Ziel sei, nicht nur für Rheinland-Westfalen, sondern auch für andere Bezirke Kollegen angestellt zu sehen, welche sich ausschließlich der Verbandsarbeit widmen. Der Redner verspricht sich davon einen großen Erfolg für die Organisation. Natürlich könne dieses Ziel nicht sogleich erreicht werden, schon deshalb nicht, weil es zur Zeit an geeigneten Kräften zur Besetzung der betreffenden Posten fehle. — Der Verbandstag beschloß die Anstellung eines besoldeten Sekretärs mit dem Sitz in Rheinland-Westfalen gegen ein Gehalt von ℳ 1800 und ℳ 200 Bureaukosten. — Nach einem weiteren Beschluß sollen die Zahlstellen, wenn irgend möglich, die Arbeitsvermittlung in die Hand nehmen, wo das jedoch nicht möglich ist, soll die Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise angestrebt werden. — Die Einnahmen des Verbandes sollen so verteilt werden, daß die Hauptkasse 75 pZt., die Lokalkassen 20 pZt. und die Gaukassen 5 pZt. erhalten.

Zum achten Punkt der Tagesordnung: „Welche Forderungen stellen die Mühlenarbeiter an die Gesetzgebung?" wurde eine Resolution angenommen, welche besagt: Es wird vielfach darüber geklagt, daß die Unternehmer die Bundesratsverordnung über die Sonntagsruhe und die Arbeitszeit im Müllergewerbe übertreten. Die Hauptverwaltung des Verbandes wird deshalb ersucht, beim Bundesrat für Aufhebung der gegenwärtigen Bestimmungen und Herbeiführung eines Gesetzes zu petitionieren, welches die Sonntagsarbeit sowie die Nachtarbeit verbietet und die Arbeitszeit für das Müllergewerbe auf höchstens zehn Stunden festsetzt.

Zum Verbandsvorsitzenden wurde Käppler einstimmig wiedergewählt und sein Gehalt auf ℳ 2400 erhöht. Das Sekretariat in Rheinland-Westfalen wurde Bartels-Lübeck übertragen. Den beiden Verbandsbeamten bewilligte man 14 Tage Ferien im Jahr. Der Sitz der Hauptverwaltung bleibt in Altenburg, der des Ausschusses in Lübeck. Die beschlossenen Neuerungen treten am 1. Juli d. J. in Kraft. Der nächste Verbandstag findet Ostern 1907 in Mainz statt.

Arbeiterbewegung.

Achtstundentag für die Putzer in Berlin. Eine außerordentlich stark besuchte Versammlung der Putzer beschäftigte sich am Dienstag mit dem Thema: Ist die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit für unser Gewerbe eine Notwendigkeit geworden? An der Diskussion beteiligte sich eine große Zahl der Anwesenden. Die meisten Redner traten dafür ein, daß die achtstündige Arbeitszeit sogleich eingeführt werde. Ein kleinerer Teil der Diskussionsredner, die zwar auch für den Achtstundentag waren, gaben zu bedenken, daß man nicht sicher sei, ob alle Kollegen die achtstündige Arbeitszeit innehalten würden, namentlich sei man nicht sicher, wie sich die außerhalb des Verbandes der Maurer stehenden Putzer, die sogenannten Harmlosen, zu der Frage stellen. Die Versammlung beschloß dann nahezu einstimmig, daß der Achtstundentag für die Putzer in kürzester Zeit durchzuführen ist. Nachdem so die Einführung des Achtstundentages im Prinzip angenommen war, billigte die Versammlung folgende Bestimmungen zur Durchführung des Beschlusses: Vom Mittwoch an wird nur noch acht Stunden gearbeitet. Sollte es aus diesem Grunde wider Erwarten auf einzelnen Bauten zu ernsten Differenzen kommen, so ist Meldung im das Bureau der Putzer zu machen. Ende der Woche wird festgestellt, wie weit der Achtstundentag durchgeführt ist. Am Sonntag findet dann eine Mitglieder-Versammlung der im Maurerverbande organisierten Putzer statt, welche sich mit dem Ergebnis der Feststellung zu befassen hat.

Die Stukkateure in Magdeburg beschlossen am zweiten Ostertag die Proklamation des Streiks. Nachdem die Arbeitgeber die Angelegenheit vom Dezember vorigen Jahres bis Ende März verschleppten und statt der tariflich versprochenen Lohnerhöhung eine Lohnreduktion den Gehülfen zumuteten, riefen die letzteren das Einigungsamt an und teilten dies am 1. April den Arbeitgebern mit. Die Herren wollten jedoch keine Verhandlung und keinen Frieden, denn sie beantworteten alles Entgegenkommen der Gehülfen mit einer teilweisen Aussperrung. So blieb den Gehülfen nur noch das letzte Mittel: der Streik. Angesichts der fortgesetzten Provokationen beschlossen die Gehülfen, ihre Forderungen neu zu formulieren und als Mindestforderung die Sätze des Hannoverschen Tarifs zu verlangen. Die Stukkateure allerorts werden ersucht, Magdeburg zu meiden.

Der Streik der Schmiede bei der Waggonfabrik Steinfurt in Königsberg ist zu Gunsten der Schmiede beendet. Die Forderungen eines Tarifvertrages sind anerkannt. Maßregelungen finden nicht statt. Die Arbeitswiederaufnahme begann am 5. April.

„Der Grundstein", das Verbandsorgan der Maurer Deutschlands, erscheint jetzt in einer Auflage von über 125 000 Exemplaren. Mit der Nr. 40, zu Beginn des Herbstes im vorigen Jahre, hatte das Blatt den höchsten Stand mit einer Auflage von 117 500 Exemplaren erreicht, und mit Nummer 15 vom 9. April sind 125 000 überschritten. Seit Anfang Februar ist die Auflage um rund 12½ Tausend gestiegen, denn im vierten und im Anfang des ersten Quartals war sie um fünf Tausend zurückgegangen. Diese bedauerliche Erscheinung war bisher in jedem Winter zu registrieren, doch wird sie von Jahr zu Jahr unbedeutender. Im Winter 1901/02 ging die Auflage des „Grundstein" von 91 auf 80 Tausend = 12 pZt. zurück, im Winter 1902/03 von 95 auf 88 Tausend = 7⅓ pZt. und im letzten Winter war der Rückgang gleich 4½ pZt.

Einige hundert Stuckarbeiter-Gehülfen in Wien sind in den Ausstand getreten; sie fordern achtstündige Arbeitszeit und eine Lohnerhöhung.

Soziale Rundschau.

Aerzte und Krankenkassen. Das sächsische Ministerium des Innern erläßt eine offizielle Erklärung in ihren Amtsblättern, in der es sich auf die Seite der Leipziger Ortskasse stellt. Die Erklärung gibt zunächst eine eingehende Geschichte des Streites und stellt dann der Kreishauptmannschaft das Zeugnis aus, daß sie alles getan habe, um beiden Teilen gerecht zu werden. Es sei durchaus unrichtig, die Kreishauptmannschaft einer Parteinahme für die Kasse zu zeihen oder ihr gar vorzuwerfen, sie habe sich in den Dienst der Sozialdemokratie gestellt. Die Erklärung schließt:

Der Umstand, daß die große Mehrzahl der Krankenkassenmitglieder Anhänger der Sozialdemokratie sein mag, kann und darf die Regierung in ihren Entschließungen zur Durchführung der Wohltaten der Arbeiterversicherung in keiner Weise beeinflussen und hindern. Sie hat für das Wohl der arbeitenden Bevölkerung in gleicher Weise zu sorgen und die Gesetze in gleicher Weise zur Geltung zu bringen, mag diese Bevölkerung sozialdemokratisch gesinnt sein oder nicht. . . . Die Regierung fragt hierbei auch nicht danach, ob sie damit den Beifall der Sozialdemokratie findet oder nicht. Sie geht unbeirrt und fest den Weg, den ihr Gesetz und Recht und die Pflicht zur Fürsorge für das allgemeine Wohl vorschreiben; daß auch die Kreishauptmannschaft sich auf diesen Standpunkt gestellt hat, ist nur zu billigen und anzuerkennen.

Bis jetzt sind 71 Distriktsärzte in Leipzig eingetroffen. Die von der Kasse eingerichteten Beratungsanstalten hatten am Freitag bereits gegen 400 Besucher, darunter auch einige — Aerzte, welche den Versuch machten, die amtierenden Aerzte zur Pflichtverletzung zu verleiten. Sie hatten damit kein Glück.

Tages-Bericht.

Mittwoch, den 6. April.

Hamburg.

Achtung, Bauhandwerker! In Bremerhaven-Geestemünde-Lehe sind die Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter ausgesperrt worden. Unter Vorspiegelung falscher Tatsachen suchen die Unternehmer Maurer heranzuziehen. So stand am 1. April, also am Tage vor der von den Unternehmern schon längst geplanten Aussperrung, im „Düsseldorfer Generalanzeiger" folgende Annonce:

Gesucht 100 Maurer
auf sofort.
Kein Streik am Orte.
Arbeits-Nachweis für das Baugewerbe, Bremerhaven,
Mittelstraße 4.

Solche Annoncen werden wohl in den Zeitungen der verschiedensten Städte gestanden haben und noch stehen. Die Bauhandwerker mögen ein wachsames Auge darauf haben und für strenge Fernhaltung des Zuzugs Sorge tragen.

Zentral-Arbeitgeberbund für Norddeutschland. Nachdem am 17. Dezember 1903 in einer im Saal der Bauhütte abgehaltenen Versammlung die Gründung unter obiger Bezeichnung beschlossen war, ist nunmehr die konstituierende Versammlung auf Sonntag, den 10. d., in obigem Lokal einberufen. Der Verband wird die Provinz Schleswig-Holstein, Bremen, Oldenburg, den nördlichen Teil der Provinz Hannover, Lübeck und den Vier Städte-Bund des Baugewerbes zu Hamburg mit den diesen angeschlossenen am Baugewerk interessierten Innungen umfassen. Auf der Tagesordnung der konstituierenden Versammlung steht: Bericht des provisorischen Vorstandes, Beratung und Beschlußfassung über die Satzungen und Vorstandswahl. Weiter wird berichtet: Die Zugehörigkeit der Baugewerks-Innung „Bauhütte" zu Hamburg und der sonst in Frage kommenden Innungen zum Arbeitgeber-Verband Hamburg-Altona wird durch den Anschluß an den neu zu gründenden Verband in keiner Weise tangiert. Das Verhältnis des neuen Verbandes zum Arbeitgeberverband Hamburg-Altona wird nach Lage der Sache, wie auch zu dem in Gründung begriffenen, auf föderalistischer Grundlage beruhenden Allgemeinen Deutschen Arbeitgeberverband in Berlin ein föderativer sein. Dementsprechend dürfte der hier neu zu gründende, in der Hauptsache nur auf das Baugewerbe berechnete Verband noch eine andere einschränkende, auf seinen Bezirk und auf das Fach hinweisende Bezeichnung erhalten.

Die Zusammenkunft der Senatsmitglieder von Lübeck, Bremen und Hamburg, die alljährlich im Frühjahr abwechselnd in einer der drei Hansestädte stattfindet, wird in diesem Jahr in Hamburg abgehalten werden, und zwar voraussichtlich am 6. Mai, doch ist wegen des Tages noch keine bestimmte Abmachung getroffen worden.

Zur Aufklärung des Publikums, betreffend den Milchverkehr. Wer Milch in der Beschaffenheit, wie sie von den Kühen gewonnen wird, beziehen will, hat bei dem Milchhändler „Vollmilch" (nicht schlechthin „Frische Milch", da hierunter auch „abgerahmte Milch", also Halbmilch oder Magermilch, verstanden werden kann) zu bestellen und darauf zu achten, daß die Behälter, in denen die Milch geliefert wird, die Bezeichnung „Vollmilch" tragen. Vollmilch ist die Kuhmilch, welcher nichts zugesetzt und nichts genommen worden ist, und welche einen Fettgehalt von mindestens 2,7 pZt. hat. (Gesetz, betreffend den Verkehr mit Kuhmilch, vom 18. April 1894 §§ 1 und 7.) Von Konsumenten eingelieferte Proben verdächtiger Milch werden im Stadthause, Neuerwall, 2. Stock, Zimmer Nr. 70, zur unentgeltlichen Untersuchung entgegengenommen. Außerdem sind mit Legitimation versehene Beamte der Polizeibehörde beauftragt, von den Konsumenten Milchproben zur kostenfreien Untersuchung zu erbitten. Für die verabfolgten Proben wird Entschädigung gewährt.

Im Submissionswege ist übertragen worden: Die Ausführung diverser Anstrichsarbeiten auf dem Friedhof zu Ohlsdorf an G. Scharnhorst, Th. Wichmann, Wilhelm Bosse, Herm. Ahlrep.

= **Am Stichtage** war das Amtsgericht recht stark in Anspruch genommen, waren doch nicht weniger als 40 Klagen von Hauswirten gegen solche Mieter anhängig gemacht worden, die wegen Zahlungsunfähigkeit keine Wohnung finden konnten und infolgedessen die ihnen gekündigten Wohnungen nicht räumen wollten. Mit der Erledigung dieser Klagen waren sechs Amtsrichter tätig. Nach 6½ Uhr Abends gingen die Gerichtsvollzieher ans Werk, um die ihnen erteilten Aufträge zur Ausführung zu bringen. Am Tage vor dem „Auferstehungsfeste" mußten viele Familien auf dem Zwangswege die innegehabten Behausungen verlassen, ohne zu wissen, wo sie mit ihrem Hausrat hin sollten. Eine nicht unbeträchtliche Zahl der obdachlos gewordenen Familien wurde in Schutzhaft genommen, während in einigen Fällen die Amtsrichter von dem § 721 der Zivilprozeßordnung Gebrauch machten, welcher bestimmt: „Wird auf Räumung einer Wohnung erkannt, so kann das Gericht auf Antrag dem Schuldner eine den Umständen nach angemessene Frist zur Räumung gewähren." Zwar ist diese Galgenfrist nur kurz, aber sie wird doch als Wohltat empfunden. — Bei jedem Stichtage tritt das soziale Elend in seiner krassesten Gestalt in die Erscheinung, was vielen Leuten, die sonst in der heutigen Gesellschafts-„ordnung" alles in Ordnung finden, sehr unangenehm in die Augen sticht.

= **Aus dem Kriegsgericht.** Ein „schwerer" Fall und ein minder schwerer Fall. Als vor einiger Zeit die 6. Kompagnie des 75. Infanterie-Regiments Exerzierübungen machte, blieb der Musketier M. beim Einschwenken stehen. Der Unteroffizier rief dem unaufmerksamen Soldaten zu: „Der M. läuft ja nicht!" Nun wurde die Uebung wiederholt, aber M. machte denselben Fehler. Hierüber erregt, sagte der Unteroffizier: „Der faule M. läuft nicht." M. soll nun in „beleidigtem Tone" geantwortet haben: „Ich bin nicht der faule M." Wegen dieser Bemerkung hat M. sich wegen Achtungsverletzung vor versammelter Mannschaft unter Gewehr zu verantworten. Das Kriegsgericht sieht diesen Fall sehr ernst an und betrachtet ihn unter dem Gesichtswinkel der militärischen Disziplin. Es würde zu den gröbsten Unbotmäßigkeiten führen, wenn jeder laut vor versammelter Mannschaft in diesem Tone etwas erwidere. Das Urteil lautet auf vier Wochen strengen Arrest. — Der minder schwere Fall betrifft den Unteroffizier U. von der 11. Kompagnie des 75. Inf.-Regmts., der wegen Mißhandlung eines Untergebenen angeklagt ist. Der Tatbestand ist folgender: Eines Tages sollte die Mannschaft zum Appell antreten. Als das Fehlen des Musketiers B. bemerkt wurde, schickte der Unteroffizier einen Gefreiten in die betreffende Mannschaftsstube, wo B. noch mit dem Packen seines Tornisters beschäftigt war, um den Säumigen zu holen. Der Gefreite ersuchte B., möglichst schnell zum Appell zu kommen; als aber der Soldat mit seinem Tornister nicht zurechtkam, erschien der ungeduldige Unteroffizier selbst auf der Mannschaftsstube. Er ergriff B., schubste ihn durch die Stube, schlug ihn mit dem Seitengewehr und stieß ihn auf der Treppe gegen das Gesäß, wie von einigen Zeugen bekundet wird. Der Angeklagte, der schon einmal wegen Soldatenmißhandlung vorbestraft ist, gibt seine Straftat zu, entschuldigte diese aber mit großer Erregung über die Trägheit des B. Der Verhandlungsleiter hält dem Angeklagten seine Vorstrafe vor, dabei bemerkend, daß nächstens auf Dienstentlassung erkannt werden müsse. Der Antrag lautet auf 14 Tage Mittelarrest, die Strafe auf 3 Wochen Mittelarrest. Die beiden Urteile bedürfen keines weiteren Kommentars.

Aus der Theaterwelt. Agnes Sorma gastiert Donnerstag im Altonaer Stadt-Theater als Gretchen im „Faust", Sonnabend als Minna von Barnhelm in Lessings gleichnamigem Lustspiel im Hamburger Stadt-Theater. Montag, den 11. April, hat Herr Kapellmeister Gille sein Benefiz. Aufgeführt wird Charpentiers „Louise". Eingeleitet wird der Abend durch die Ouvertüre zu „Benvenuto Cellini". — Im Neuen Operetten-Theater ist „Giroflé-Girofla" von Lecocq in den Ostertagen mit ungewöhnlichem Erfolge gegeben worden. Marie Ottmann erntete in der Titel-Doppelrolle stürmischen Beifall. Die Operette bleibt für die nächste Zeit auf dem Spielplan. Sonntag Nachmittag wird Zellers „Vogelhändler" gegeben.

Das April-Programm des Hansa-Theaters steht in seiner Gesamtheit, zumal zwei so hervorragende und gewiß auch kostspielige Kräfte wie Yvette Guilbert und Marcell Salzer in demselben vereint sind, den übrigen Leistungen der Jubiläums-Saison nicht nach. Browning and Wally bieten einen gymnastischen Akt von überraschender Originalität und Kraft, Tony Nelson ist ein vorzüglicher Equilibrist, Soeurs Emilia sind hervorragende Xylophonistinnen und unter ihnen Little Paula trotz ihrer Jugend eine kleine Meisterin auf der Geige. Mildred Howard de Grey, die auf dem Zettel als Schöpferin des amerikanischen Barfußtanzes bezeichnet wird, gewinnt in ihren Produktionen dem alten choreographischen Genre neue Seiten ab, während Lotte Marga es nur dazu brachte, einige nette „Ueberbrettl"-Lieder im traditionellen Brettlstil zu singen. Eine ganz hervorragende Attraktion bilden die zwei Freydos. Es sind Handakrobaten, Meister und Lehrling, wie sie sich bezeichnen. Aber es sind beides Meister, wenn auch der Untermann von ganz besonderer Qualität ist. Man traut seinen Augen nicht, was diese beiden Leute, die auch ein ungemein ansprechendes Auftreten haben, an Kraftentwicklung und an Geschicklichkeit leisten. Dazu sind ihre Tricks absolut neu. Sie hatten wohl den stärksten Beifall des Abends. Doch gleichfalls großen Erfolg hatte die berühmte Schulreiterin Therese Renz mit ihren erstaunlichen Produktionen im Sattel der beiden prachtvollen Schimmel „Conversano" und „Winneton". Besonders ihre wundervollen Serpentinen à la Loie Fuller auf „Conversano" lösten stürmischen Beifall aus. Das komische Element ist vertreten durch die Avelo-Truppe, die in ihrer Pantomime „Kalamitäten in der Küche" Proben einer geradezu phänomenalen Geschicklichkeit gab, und durch The Permanés, tüchtigen Akrobaten, die aber in der komischen Duo-Szene „Herr und Frau Nachtigall" eine so feine mimische Kunst offenbarten, wie man sie selten auf dem Brettl zu sehen bekommen dürfte.

Bleiben noch Yvette Guilbert und Salzer. Frau Guilbert, die von langem, schwerem Krankenlager erst jüngst erstanden ist, ist die große Künstlerin geblieben, als die man sie schon vor einigen Jahren an der gleichen Stätte kennen lernte. Sie hat ja in Deutschland Schule gemacht. Die Bradsky, die d'Estré, Carla Lingen u. a. haben von ihr gelernt, bedeutend gelernt, aber die Meisterin der Charakteristik ist doch die Guilbert geblieben. Es ist gleich: ob sie ein Liebeslied singt, eine lustige Parodie oder die blutrünstigen und lasterhaften Reflexionen der Dirne und des Zuhälters gibt, die weiß Herz und Sinne des Hörers zu fesseln. Sie wühlt unsere Seele auf durch erschütternde Tragik und jagt uns durch schallende Heiterkeitsstürme. Immer noch ist sie in ihrer Art einzig. Und wenn Marcell Salzer, der bald nach ihr die Bühne betrat, sich neben ihr behaupten kann, so zeugt das davon, daß auch er mit den Jahren noch ganz erheblich in seiner Kunst gewachsen ist. Man darf ihn heute unter die bedeutendsten rezitatorischen Kräfte Deutschlands zählen. In Ernst und Scherz, Satire, Komödie und Tragik ist auch er gleich faszinierend, gleich hinreißend. Die köstliche Satire „Eine Vorstandssitzung des Vereins Arbeiterhort" von Rideamus brachte er mit einer zwingenden Eleganz, daß ihr saß und tüchtig beklatscht war, ehe das Publikum eigentlich merken konnte, wie bissig sie inhaltlich ist. Famos kam auch die böhmische Anekdote von dem schlauen Spitzbuben Navratil und dem dreimal gemeierten Schutzmann heraus und voll sprudelnder Lustigkeit war das „Lehrbüchl vom Busserln." Bis ins Innerste erschütterte er durch des alten Fontane ergreifendes Gedicht vom „Brückeneinsturz am Tay". Neben der Guilbert wird Salzer auch im April für volle Häuser sorgen.

Der Segelkutter „Atlantica" kenterte am Dienstag Abend auf der Außenalster und der Insasse des Kutters fiel ins Wasser. Als der Mann schon dem Ertrinken nahe war, wurde er vom Alsterdampfboot „Reiher" gerettet und an der Rabenstraße gelandet. Der Kutter ist später von dem Bootsmann Reese geborgen worden.

Gerettet wurde eine 50 Jahre alte Frau, die sich im Isebeckkanal ertränken wollte. Sie wurde nach dem Eppendorfer Krankenhause geschafft.

Die Leiche eines unbekannten Mannes ist im Zollkanal beim Johannisbollwerk aufgefunden worden. Man hat sie in die Leichenhalle des Hafenkrankenhauses gebracht.

Selbstmord hat ein Kaufmann Rohfinger aus der Meißnerstraße verübt, indem er Cyankali zu sich nahm. Er hatte einen Knaben unsittlich angefaßt und beging Selbstmord aus Furcht vor Strafe.

Verhafteter Messerstecher. Ein Arbeiter brachte in der Niedernstraße einem anderen Arbeiter, der von einer Frau, die ihm früher einen Korb gegeben hatte, begünstigt wurde, zwei Messerstiche in den linken Oberarm bei. Der Messerstecher geriet in Haft, der Verwundete wurde nach dem Hafenkrankenhause geschafft.

In schwankendem Zustande ging gestern ein Arbeiter durch die Reichenstraße und stürzte in eine Ladenscheibe. Er erlitt bedenkliche Schnittwunden und wurde nach dem St. Georger Krankenhause gebracht.

Dreister Diebstahl. Einer Dame wurde in einem Café an der Reeperbahn eine Tasche mit ℳ 300 gestohlen. Der Täter ist unbekannt.

Gestohlen wurde am Berliner Ufer eine neunstufige Laternenleiter, gez. G. W. H. 611.

---

schädlich machen. Und da ihr meine letzte Verteidigungsrede gefiel, die für die kleine Telegraphistin mit dem Revolver . . . da wandte sie sich eben an mich."

„Und Du konntest nicht helfen? Du?"

„Da kann niemand helfen. Wenigstens das Recht kann nicht helfen. Wer sich mit einer Handlung außerhalb der Gesetze stellt, den führen die Konsequenzen immer weiter vom Gesetz fort. Ich habe ihr den verzweifelten Rat gegeben, den Kerl ebenfalls niederzuschießen, wenn er wiederkommt. Nicht ganz im Ernst. Ich würde sie aber danach herzlich gern verteidigen."

Marianne war nachdenklich geworden.

„Tun wir nicht auch etwas, was außerhalb der Gesetze ist?"

Van Tenius drückte ihre beiden Hände zärtlich fest und antwortete:

„Außerhalb der Gesetze, außerhalb der Natur geschah sein Unglück. Und was wir tun, ist eben davon auch eine Folge."

Er führte ihre Hände langsam zu seinem Munde und bedeckte den kleinen Raum zwischen Handschuh und Aermel mit Küssen. Sie ließ es eine Weile geschehen, als er aber ungestümer wurde und mit seiner rechten Hand ihre Schulter umfing und sie dichter an sich preßte, entzog sie sich ihm leise, und sagte:

„Sei wieder gut. Du weißt ja. Das ist unmöglich zwischen uns. Ich könnte nicht mehr zu ihm zurückkehren. Und er braucht mich doch."

Dann schluchzte sie auf, umklammerte mit beiden Händen seine linke Schulter und lehnte die Stirn auf.

So fuhren sie weiter und flüsterten Liebesworte, bis sie sich beruhigte und aufatmend wieder behaglich neben ihm saß. Van Tenius mußte nun genau erzählen, wie die unvorsichtige Witwe aussah, wie sie wohnte und wie sie gekleidet gewesen und womit sie den Rechtsanwalt bewirtet hatte. Van Tenius berichtete ausführlich, und sein offener Blick ließ nicht einen eifersüchtigen Gedanken bei Marianne aufkommen.

Die Sonne war untergegangen, es fing zu dunkeln an, Marianne hatte ihr Hütchen wieder aufgesetzt. Eben überlegte van Tenius, ob er den Wagen nicht wieder schließen lassen sollte, als sie den Wald verließen und nicht weit hinter dem Wasserturm von Westend in das bewohnte Gebiet einbogen. Am Gattertor des Grunewalds warf Marianne einem alten Drehorgelspieler einen Taler zu. Sie machte zu ihrem Begleiter eben eine Bemerkung darüber, daß der Mann gewiß blind sei und so ein Almosen brauchen könne, als van Tenius einen Herrn bemerkte, der dem Wagen entgegenkam. Er hielt sich auf der Seite, wo Marianne saß. Sie beachtete ihn nicht; van Tenius erkannte ihn schon von weitem und bemerkte, bevor er noch einen Gedanken fassen konnte, daß der Herr auch ihn erkannt hatte und jetzt die Dame fixierte. Van Tenius konnte nichts mehr tun, als Marianne rasch in ein lebhaftes Gespräch ziehen, so daß sie ihm den Kopf zuwenden mußte. Aber das mochte nicht viel geholfen haben; denn in dem Augenblick, als der Wagen an ihm vorüberfuhr, blieb der Herr stehen, nahm seinen Zylinderhut tief vom blanken Kahlkopf und lächelte dabei so ironisch und siegesbewußt, daß van Tenius sicher war, auch die Dame wäre erkannt worden.

Er erwiderte den Gruß nicht, um Marianne nicht zu erschrecken.

„Was hast Du auf einmal?" fragte sie aber doch.

„Höre, mein Herz," sagte van Tenius rasch entschieden, „Du fügst Dich ja immer meinen Anordnungen, ich meine, wenn ich für uns beide vorsichtig sein will. Wir kommen jetzt an Häusern vorüber, in denen Menschen wohnen. Ganz gleichgültige Menschen, die uns beide aber vielleicht kennen. Und ließe ich jetzt den Wagen schließen, so würde es dem Kutscher auffallen."

„Du weißt, Robert, wenn ich bei Dir bin, kann ich an all diese Dinge nicht denken. Da muß ich schon blindlings gehorchen. Was willst Du, daß geschieht?"

Van Tenius hatte den Kutscher schon halten lassen.

„Du fährst einfach allein bis an den Schloßgarten. Ich gehe von hier ab zu Fuß."

„Wie Du willst, Robert," sagte Marianne traurig.

Plötzlich schien ihr ein arger Gedanke durch den Kopf zu gehen.

Van Tenius sagte lächelnd:

„Fürchtest Du meine Witwe? Mein Herz, ich liebe Dich ja."

„Gewiß?"

„Gewiß."

„Und wann sehen wir uns wieder?"

„Ich komme am Donnerstag zu Euch, wie gewöhnlich. Lebewohl bis dahin."

„Lebewohl!"

Van Tenius sprang aus dem Wagen, rief dem Kutscher zu, er solle nur weiterfahren, holte noch seinen Stock aus dem heruntergeschlagenen Verdeck und wandte sich dann ruhig zurück.

(Fortsetzung folgt.)

Flüchtige Sparkassenbuchdiebe. Ein 21jähriger Kommis aus Budapest und ein 22jähriger Schlosser aus Steinplais bei Werdau haben am 25. v. M. ihrer Logiswirtin in der Spaldingstraße ein Sparkassenbuch der St. Pauli Kreditbank, Nr. 976, über M. 3074 entwendet und darauf sofort M. 2600 erhoben. Ferner haben sie noch einen goldenen Trauring, gez. M. Rose, 4. Nov. 1886, einen Herrenring mit lila Stein, ein goldenes Medaillon und eine goldene Damenuhr gestohlen und sich dann von hier entfernt.

Wegen Urkundenfälschung und Betruges ist ein 25jähriger Hausknecht einer Buchhandlung am Heuberg in Haft genommen worden, der widerrechtlich M. 200 einkassiert und die Rechnungen mit Firmenstempel und Unterschrift eines Angestellten gefälscht hat, um das erhaltene Geld dann für sich zu verbrauchen. — Wegen der gleichen Delikte ist auch ein 26jähriger Kommis in Haft genommen worden, der bei einer hiesigen Stiftung Reiseunterstützung zu erlangen suchte, indem er ein selbstangefertigtes Schreiben einer Firma in Würzburg vorlegte, von der Stiftung an die Armenanstalt verwiesen und hier als Fälscher und Betrüger entlarvt wurde.

Eine Schachtel mit zehn Muskatnußreibern ist am 28. v. M., Abends 7½ Uhr, in dem Hauseingang Curienstraße 2 A aufgefunden worden. Der Eigentümer der mutmaßlich gestohlenen Sachen kann sich im Stadthause, Zimmer 136, melden.

Ein falsches Markstück D 1903 wurde beim Hauptzollamt St. Annen vereinnahmt und der Polizeibehörde übergeben, desgleichen ein falsches Markstück B 1874. An der Kasse der Hafendampfschiffahrts-Gesellschaft vereinnahmte man ein falsches Markstück D 1875, das ebenfalls der Polizeibehörde überliefert worden ist.

Ein großer Einbruchsdiebstahl ist im Columbiahaus, Deichtorstraße 29—33, ausgeführt worden. Von den Dieben, die eine reiche Beute gemacht haben, fehlt jede Spur.

Verhafteter Dieb. Ein am Schaarsteinweg wohnender Gelegenheitsarbeiter, der in Winterhude und Umgegend Geschirre gestohlen haben soll, wurde festgenommen.

Wandsbeck.

× **An dem durch die Arbeitseinstellung der Erdarbeiter ruhenden Kockschen Bau** der Kakao-Kompagnie Th. Reichardt wurden heute Maurerlehrlinge mit Ausschachtungsarbeiten beschäftigt. An sich schadet es ja vielleicht nicht, wenn die jungen Leute mit allen am Bau vorkommenden Arbeiten vertraut gemacht werden; die Unternehmer sollten es aber vermeiden, durch Beschäftigung der Lehrlinge mit derartigen Arbeiten unter den hier vorliegenden Umständen allerlei Vermutungen Nahrung zu geben, vor allem aber sollten sie den durch Lehrvertrag gebundenen Lehrlingen nicht Arbeiten zumuten, die sie als Ausgelernte später einmal sicherlich als ihrer unwürdig entrüstet auszuführen sich weigern würden.

Kontrollversammlungen. In unsere Liste hat sich neulich ein Druckfehler eingeschlichen: Am 28. April, Nachmittags 2 Uhr, haben Gediente und Ersatz Jahrgang 1900 zu erscheinen.

× **Ostermarkt.** Am Sonntag, 10. April, sind die Läden auch bis 6 Uhr geöffnet. Das Feilbieten von Blumen, Backwaren bezw. Lebensmitteln, geringwertigen Gebrauchsgegenständen, Erinnerungszeichen u. dergl. ist erlaubt an beiden Tagen — Sonntag von 4 Uhr an — bis Nachts 12 Uhr.

× **Von der Steuer.** Die Steuerliste der mit weniger als M. 900 Veranlagten, im Januar Zugezogenen resp. gemeindesteuerpflichtig Gewordenen liegt ab heute 14 Tage lang im Einwohnermeldeamte zur Einsicht aus. Ebenso die Gewerbesteuerrolle für 1904; diese nur für die Gewerbesteuerpflichtigen.

× **Unfall.** Gestern Vormittag wurde das bejahrte Fräulein B., Schulgasse wohnhaft, von einem Straßenbahnanhängewagen umgestoßen und erlitt eine so schwere Kopfwunde, daß sie in das städtische Krankenhaus geschafft werden mußte.

× **Eine Sitzung des Kreisausschusses** findet am Donnerstag, den 21. April, 1 Uhr Nachmittags, statt.

× **Aus dem Kreise Stormarn.** Der Landrat kündigt an, daß event. der Fleischbeschauzwang auf solche Hausschlachtungen ausgedehnt werden soll, die von Privatleuten durch Schlachter in deren Schlachthäusern vorgenommen werden. — Der Landrat erinnert daran, daß Erkrankungen an Typhus, gastrischem Fieber, Diphtheritis (Rachenbräune), Kroup, Scharlach, choleraverdächtige Erkrankungen, Pocken sofort der Behörde angezeigt werden müssen, damit diese rechtzeitig die zur Verhütung der Weiterverbreitung der Seuchen erforderlichen sanitätspolizeilichen Maßnahmen treffen können. — Der Schlachter Wagner in Ahrensburg beabsichtigt Mannhagener Allee 10 eine Schlachtereianlage zu errichten. Einwendungen können im Kreisausschußbureau erhoben werden. (Termin 20. April, 11 Uhr Vorm.) — Auf Antrag der Besitzer hat die Gemeinde Glashütte die Aufhebung von drei Kirchenfußsteigen Glashütte-Bergstedt beschlossen. Einwendungen sind schriftlich an den Kreisausschuß zu richten.

× **Aus dem Schöffengerichte.** Sitzung am 6. April. Ein 15jähriger Gärtnerlehrling hat für den hungrigen Gehülfen Rundstücke entwendet aus den Brotbeuteln, u. a. beim Stadtbaurat Kuehn und beim Polizeiwachtmeister Blohm. Er erhielt einen Verweis. — Der Reisende Hunold, ein junger Mann, dem man öfter als Zeugen in Raufereiprozessen begegnet, soll anläßlich eines ähnlichen Vorkommnisses groben Unfug verübt haben. Er schützte Notwehr vor und wurde freigesprochen. — Tief unglücklich gemacht hat sich eine junge Frau. Gegen das Verbot ihres Mannes nahm sie, als sie sich schon in hochschwangerem Zustande befand, Schneiderarbeit bei dem Kaufmann Butenschön; hier ließ sie sich dazu verleiten, Spitzen und andere Manufakturwaren zu entwenden. Der Diebstahl wurde sofort entdeckt. Durch die Aufregung jedenfalls hatte die Frau dann eine Frühgeburt. Sie behauptete, bei Begehung der unverständlichen Tat ihres Zustandes wegen nicht zurechnungsfähig gewesen zu sein. Der als Sachverständiger vernommene Physikus konnte jedoch nicht bekunden, daß anzunehmen sei, die Frau habe in Bewußtseinsstörung gehandelt. Es wurde gegen die bisher völlig unbescholtene Frau auf 4 Tage Gefängnis erkannt. Hoffentlich gelingt es ihr, auf dem Gnadenwege eine Milderung der Strafe zu erhalten. — Eine Frau sollte wegen Nichtanmeldung eines Mieters Strafe zahlen; sie wurde freigesprochen, weil der Mann Aftermieter sei; die Polizeiverordnung rede nur von Vermieten von Räumen, die der Vermieter und seine Familienangehörigen benutzen. — Ein 16jähriges Dienstmädchen hat dem Gastwirt Klempau in Bramfeld einige Schürzen gestohlen, die am nächsten Tage schon wieder abgeliefert sind. Sie kam mit einem Verweise davon.

Harburg und Wilhelmsburg.

r. **Von der elektrischen Straßenbahn umgefahren** wurde gestern Nachmittag kurz vor 3 Uhr bei der Haltestelle Haulanderweg in Wilhelmsburg der Privatier Herm. Zeising, wohnhaft Niedergeorgswärder 76. Z., der durch den Anprall seitwärts geschleudert wurde, erlitt eine Verletzung am Hinterkopf und blieb besinnungslos liegen. Er wurde in die Gastwirtschaft von H. Wülfken, Harburger Chaussee, gebracht. Nachdem er wieder zu sich kam, begab er sich nach seiner Wohnung in ärztliche Behandlung.

r **Oeffentliche Fernsprechstelle.** Der Gemeindevorstand in Wilhelmsburg gibt bekannt, daß bei dem Gastwirt Carl Bartels, Stillhorn II (Wilhelmsburg) eine öffentliche Fernsprechstelle eingerichtet ist. Dieselbe kann von jedermann kostenfrei benutzt werden. Die Stelle ist dem Amte I Nr. 7539 angeschlossen.

r **Von der Treppe gefallen** ist gestern Abend ein Betrunkener, als er sich in sein in der Schulstraße belegenes Logis begeben wollte. Der Mann erlitt eine Verletzung im Gesicht und am rechten Bein.

Bremen.

Bremerhaven. Ueber die Aussperrung der gesamten Arbeiter im Baugewerbe an der Unterweser berichtet die „Bremer Bürger-Ztg.": „Das Scharfmachertum scheint sich die Unterweserorte als Operationsfeld ausgesucht zu haben. Das Ziel ist die völlige Zertrümmerung der Arbeiterorganisationen. Waren es im vorigen Jahre die Verbände der Hafenarbeiter, die den Zorn der Lloyd-Gewaltigen erregt hatten, so sind es gegenwärtig die Organisationen der Arbeiter des Baugewerbes, der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter, gegen die das im Arbeitgeberverband organisierte Unternehmertum Sturm läuft.

Kleine Scharmützel in dem Kampfe zwischen Kapital und Arbeit gibt es ja immer. Ein Streik der Schneidergehülfen und ferner ein Ausstand der Maler, die beide vor etwa 14 Tagen ausbrachen und auch jetzt noch andauern, bildeten sozusagen das Präludium zu dem großen Kampfe, der jetzt den Arbeitern durch die Arbeitgeber aufgezwungen worden ist. Doch während es sich bei den beiden erwähnten Scharmützeln um wenn auch nur geringfügige Forderungen der Arbeiter handelte, handelt es sich hier um eine Forderung der Arbeitgeber, nämlich um das Verlangen der Anerkennung des vom Arbeitgeberverband eingesetzten Arbeitsnachweises für das Baugewerbe.

Der jetzige Schlag, den das Unternehmertum ausführt, ist seit langer Zeit vorbereitet. Schon seit Monaten hat man versucht, die Arbeiter in den Streik hineinzutreiben. Aber die Arbeiter hatten gelernt, sie wichen aus. Ursprünglich hatten die Maurer Forderungen auf Erhöhung des Lohnes, Verkürzung der Arbeitszeit, Abschaffung bestehender Unzuträglichkeiten im Berufe 2c. eingereicht, Forderungen, die äußerst minimal und in anderen Städten, unter anderen auch in Bremen, längst durchgeführt waren. Die Zimmerer hatten keine Forderungen gestellt, sondern nur um Verhandlungen ersucht zwecks Herbeiführung eines korporativen Arbeitsvertrags. Die Bauhülfsarbeiter bewegten sich bezüglich ihrer Forderungen auf derselben Linie wie die Maurer. Alle drei Organisationen erwarteten, daß die Unternehmer mindestens zu Unterhandlungen bereit sein würden. Aber sie wurden enttäuscht, das Arbeitgebertum lehnte jegliche Verhandlungen ab, es bezeichnete das Ansinnen direkt als ein frivoles. Die Arbeiter merkten bald, woher der Wind kam. Die Arbeitgeber wollten den Kampf, je eher, desto lieber. Die Arbeiter taten ihnen den Gefallen nicht, sie beschlossen am 16. Februar d. J., die Arbeit unter den bisherigen Bedingungen fortzusetzen, also von ihren sämtlichen Forderungen abzustehen. Damit, so glaubten sie, sei der Konfliktsstoff wenigstens für dieses Jahr beseitigt und dem Unternehmertum gleichzeitig jeder Grund zu Provokationen entzogen. Es zeigte sich jedoch bald, daß man die Scharfmachergelüste der Arbeitgeber zu niedrig eintaxiert hatte. Ein neues Provokationsmittel hatten die letzteren nämlich bereits bei der Hand. Am Sonnabend, den 20. Februar stellten sie an die Poliere die Forderung, bis zum 1. März aus der Organisation auszutreten. Der Erfolg war jedoch abermals ein negativer. Die Arbeiter beantworteten diese Maßnahme nicht, wie man gehofft hatte, mit dem Streik. Mittlerweile mochte es den Scharfmachern nun wohl zum Bewußtsein gekommen sein, daß sie auf diese Weise nicht zum Ziele gelangen würden, genug, sie gaben ihren Terrorismusversuchen eine andere Grundlage. Der Arbeitsnachweis für das Baugewerbe trat ins Leben und wurde für die gesamten Angehörigen dieses Gewerbes obligatorisch gemacht. Die Bestimmungen des Arbeitsnachweises und die Handhabung derselben in der Praxis waren derart, daß das Bureau sich direkt als ein Maßregelungsbureau charakterisierte. Mißliebig oder unbequem gewordene Arbeiter erhalten dort unter keinen Umständen Arbeit, sollten sie aber doch einmal durch einen Unternehmer eingestellt sein, so müssen sie auf Anordnung des Nachweisbureaus sofort wieder entlassen werden. Dem Publikum gegenüber steckte das Unternehmertum die scheinheiligste Miene auf, in ellenlangen Erklärungen suchte es den Nachweis sogar als eine „Wohltat" hinzustellen, mußte aber direkt zugeben, daß derselbe bei Streiks, Aussperrungen und anderen Differenzen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer als Institution zur Heranziehung fremder Arbeitskräfte dienen sollte. Die Arbeiter mieden naturgemäß den Nachweis, sie sagten sich mit Recht, daß derselbe lediglich ein Instrument zur Zerstörung der Organisation bilde und trotz aller gegenteiliger, scheinheiliger Versicherung lediglich zu diesem Zwecke geschaffen sei.

Das Unternehmertum holte nunmehr zum letzten Schlage aus; die Arbeiter waren ihm bisher in der geschicktesten Weise ausgewichen, um ihnen beikommen zu können, scheute es jetzt nicht vor Anwendung des brutalsten Terrorismus. Ende voriger Woche wurden an die gesamten Arbeiter der genannten drei Berufe Karten folgenden Inhalts verteilt:

Unterzeichneter erklärt hierdurch, daß er den vom Arbeitgeberverbande für das Baugewerbe errichteten Arbeitsnachweis als für Anstellung von Gesellen, Gehülfen und Arbeitern im Baugewerbe maßgebend anerkennt.

Bremerhaven,
Geestemünde, } den 2. April 1904.
Lehe,

Name ....
Beruf ....

NB. Wer nach Ostern weiter arbeiten will, hat diese Karte zu unterschreiben und abzugeben.

Das also war die ultimo ratio der Unternehmer. Sie setzen dem Arbeiter einfach die Pistole auf die Brust und sagen: Entweder du unterschreibst oder du fliegst hinaus! Die Arbeiter waren sich des Ernstes der Lage wohl bewußt, aber sie sagten sich: Bis hierher und nicht weiter! So lange es ging, so lange sie es mit ihrer Ehre vereinbaren konnten, waren die Arbeiter dem Kampfe ausgewichen, jetzt aber mußten sie standhalten. Mochte kommen, was da wolle, der Kampf war ihnen aufgezwungen, er mußte aufgenommen werden. In drei überfüllten Versammlungen beschlossen die Angehörigen der drei Berufe, die Karten nicht zu unterschreiben. Die Arbeitgeber haben darauf ihre Drohung wahr gemacht.

Die gesamten Arbeiter im Baugewerbe, etwa 1000 an der Zahl, sind heute, Dienstag, früh ausgesperrt worden.

In der Bevölkerung herrscht über diesen unerhörten Akt des brutalsten Terrorismus die größte Aufregung, namentlich auch, da man annimmt, die Aussperrung werde noch weitere Kreise ziehen. Die Arbeiter sind aufs äußerste erbittert. Man sagt sich, daß es den Unternehmern in erster Linie auf die Zerstörung der Organisation ankommt. Man will Herr im Hause sein und die aufblühende Baukonjunktur, die eine noch stärkere sein wird, wenn erst das im Abtretungsvertrag zwischen Preußen und Bremen vorgesehene Bebauungsgelände erschlossen ist, für sich allein ausnutzen.

Heute Vormittag versammelten sich die Ausgesperrten im Kolosseum zu Bremerhaven. Trotz des Ernstes der Situation herrschte bei allen Anwesenden eine kampfesfreudige Stimmung. Ueberall stand der Gedanke im Vordergrund: Es handelt sich um die Existenz der Organisation. Diese Organisation darf und soll nicht vernichtet werden!

Dem brutalen Willkürakt der Unternehmer setzen die Arbeiter eisernen Widerstand und kampfesfrohe Begeisterung entgegen. Mit dem Recht wird auch die Sympathie der Arbeiterschaft von ganz Deutschland auf ihrer Seite sein.

Zuzug von Maurern, Zimmerern, Bauarbeitern 2c. ist nach den Unterweserorten Bremerhaven, Geestemünde und Lehe streng fern zu halten.

Vom Streik der Böttcher. Die folgenden Brauereien haben die Forderungen nicht bewilligt: C. H. Haake, Haake u. Co., Kaiser-, St. Pauli-, Bremer-Brauerei und Bürgerliches Brauhaus. Nur die Hemelinger Brauerei hat bewilligt.

Den Schneidergehülfen wurde seitens ihrer Prinzipale die Abschrift eines Vertrages behändigt, welcher durch die Vermittlung des Gewerbegerichtsvorsitzenden dem Lokalvorstand der Gehülfen zugestellt worden war. Hierzu werden die Gehülfen heute, Mittwoch Abend, Stellung nehmen.

Neuer Oberzolldirektor. Der Senat ernannte den bisherigen preußischen Oberregierungsrat Engelhardt zum Oberzolldirektor als Nachfolger des pensionierten Dr. Kindervater.

Schleswig-Holstein.

Bramfeld. Am Sonntag, 3. April, fand in Sasel im Lokale des Herrn F. Dittmer (Lindenhof) eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Bramfeld und Umgegend statt. Bevor in die Tagesordnung eingetreten ward, wurde des Ablebens des Genossen Tölge in üblicher Weise gedacht. Sodann referierte der Genosse Sarnau über das Thema „Evolution oder Revolution". Er zeigte das Verhalten des sogenannten Revisionismus im richtigen Lichte. Beifall lohnte den Redner für seine Ausführungen. Die Abrechnung vom 1. Quartal verlas der Kassierer. Dieselbe ergab an Einnahme M. 159,30, Ausgabe M. 321,60. Kassenbestand M. 242,29. Bei der Revision hatte der Revisor A. Ostermann sich geweigert, aus persönlichen Gründen, die von der Versammlung als kleinlich bezeichnet wurden, seines Amtes zu walten; statt seiner wurde O. Schlei gewählt. Zur Maifeier wurde beschlossen, in unserem Versammlungslokal eine Feier abzuhalten. Das Arrangement bleibt dem Vorstande überlassen. Zum Schluß rügte der Vorsitzende noch, daß trotz des interessanten Vortrages eine große Anzahl von Genossen durch Abwesenheit glänzte.

k. **Schönningstedt.** In der Verwaltungsstreitsache des Genossen F. Amtage wider die Gemeindevertretung hat, wie wir bereits vor einiger Zeit kurz berichteten, das Königliche Oberverwaltungsgericht in Berlin entschieden, daß die Wahlen der ersten und zweiten Abteilung zu bestätigen sind. Bezüglich der Wahl in der dritten Abteilung ist die Sache zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung an den Bezirksausschuß in Schleswig zurückzuverweisen. Das Urteil ist dem Genossen Amtage nunmehr zugestellt worden. Unter anderem wird hierin gesagt: daß der Auffassung der Beklagten und dem ersten Richter, das Wahlergebnis sei durch den Verstoß gegen § 50 der Landgemeindeordnung nicht beeinflußt worden, nur insoweit beizutreten sei, als es sich um die Wahl in der ersten und zweiten Abteilung handelt. Anders liegt die Sache bei der dritten Abteilung. In dieser waren von 73 Wählern nur 40 erschienen; von den erschienenen stimmten für Klempau (den bürgerlichen Gegenkandidaten) 21, für den Genossen Amtage 18 und einer für Zahlen. Die Behauptung des Klägers, drei Wähler hätten sich durch die unrichtige Verteilung der Stimmen von der Ausübung ihres Wahlrechts abhalten lassen, ist erheblich; denn wenn statt der 18 Wähler 21 ihre Stimmen für Amtage abgegeben hätten, würde er ebenso viel Stimmen erhalten haben wie Klempau. Die Folge wäre dann die gewesen, daß eine engere Wahl zwischen letzterem und dem Kläger hätte stattfinden müssen. Beweis über die Behauptung des Klägers ist nicht erhoben worden; es bedarf einer Beweisaufnahme indessen auch nicht, weil ohne weiteres klar ist, daß die mit dem Gesetze nicht in Einklang stehende Regelung des Stimmrechts die freie Willensbestimmung aller derjenigen Wähler beeinträchtigen konnte, die durch die Zuteilung von mehreren Stimmen an andere Wähler in ihrem Rechte verkürzt wurden. Maßgebend für die Ausübung des Wahlrechts ist das Bewußtsein, auf das Ergebnis der Wahl durch die Stimmabgabe denjenigen Einfluß zu üben, den ein jeder nach dem Gesetze zu beanspruchen hat; wird das Gewicht der Stimmen gesetzwidrig vermindert, so steht der dadurch betroffene Wähler unter einem Drucke, der ihn zur Wahlenthaltung veranlassen kann. Dies genügt, um festzustellen, daß das unzulässige Verfahren des Wahlvorstandes nach verständigem Ermessen das Zustandekommen des Wahlergebnisses beeinflußt hat; jedenfalls erscheint eine derartige Wahlbeeinflussung nicht ausgeschlossen. Schon bei der Möglichkeit, daß die unrichtige Bemessung des Stimmrechts zu einem anderen Wahlergebnis geführt hätte, muß die Ungültigkeit der Wahl ausgesprochen werden, weil das Ergebnis infolge der Ordnungswidrigkeit nicht mehr als der wirkliche, klar erkennbare Ausdruck des freien Willens der Wähler erscheint. Deshalb mußte, so wird nach einigen weiteren Ausführungen zum Schluß angeführt, die Sache, soweit es sich um die Wahl in der dritten Abteilung handelt, zur anderweitigen Verhandlung an die Vorinstanz zurückverwiesen werden. Wir sind begierig, ob nach dieser unzweideutigen Zurechtweisung der Bezirksausschuß im Sinne des Oberverwaltungsgerichts entscheiden wird.

× **Schiffbeck.** Von der Schule. Auf Beschluß des Schulkollegiums vom 24. März und der Gemeindevertretung vom 16. Oktober 1902 und 9. Januar 1903 ist mit Genehmigung der Regierung und des Kreisausschusses die bisherige Schulgemeinde Schiffbeck am 1. April aufgelöst und mit demselben Tage die Volksschule auf die politische Gemeinde übertragen, welcher damit auch das gesamte Aktiv- und Passivvermögen der Schulgemeinde zufällt. Ueber die Verwaltung der Schule ist von der Gemeindevertretung mit Zustimmung der Aufsichtsbehörden ein besonderes Ortsstatut erlassen worden. — Die Gebührenordnung für Fleischbeschauer ist, wie folgt, abgeändert worden: Pferd M. 4, Rind M. 2, Kalb bis 3 Monate 60 ₰, Schaf oder Ziege 50 ₰, Schwein (inkl. Trichinenschau) M. 1,20, ohne 60 ₰, Trichinenschau bei einem Schwein 60 ₰, bei einem Schinken oder anderen Fleischstück 40 ₰, bei einem Stück Speck 25 ₰. Soweit die Beschau durch Laien erfolgt, wird von dem Satz bei Rindern ein Betrag von 50 ₰, von denen bei Kälbern, Schweinen (ohne Trichinenschau) und Trichinenschau bei Speck ein solcher von 10 ₰ zur Bildung eines Fonds zur Deckung besonderer Kosten (Ergänzungsschau pp.) in Abzug gebracht.

Segeberg. Lohnbewegung. Eine sehr stark besuchte Versammlung der Zimmerer beschäftigte sich mit dem letzten Schreiben der Meister. Da die Kommission der Meister gewillt ist, den Lohn von 40 ₰ auf 42 ₰ pro Stunde zu erhöhen, bei Beibehaltung der Bestimmungen des bisherigen Lohn- und Arbeitstarifs, wird beschlossen, dieses Angebot anzunehmen, wenn der neue Vertrag von Vertretern beider Korporationen unterschrieben wird. Bei den Maurern, welche an dem gleichen Abend tagten, lag die Sache etwas anders. Die Maurermeister hatten in ihrem Schreiben erklärt, für die hiesigen Gesellen soll der Lohn von 40 auf 42 ₰ erhöht werden. Hier arbeiten nun auch verschiedene Kollegen von auswärts. Da nicht bekannt war, ob diese von den Meistern als hiesige Arbeiter betrachtet wurden, beschloß die Versammlung, vorläufig weiter zu arbeiten, die Forderung jedoch hoch zu halten und zu einer gegebenen Zeit durchzubringen.

Hannover.

Aus dem Oelgebiet bei Wietze in der Lüneburger Heide wird berichtet: Die Gewerkschaft Hansa ist an einem Platze ein Kilometer nördlich des bisherigen Bohrterrains bei 170 Meter Tiefe auf Oel fündig geworden. Die Ergiebigkeit des Bohrlochs beträgt bis zu 100 Barrel pro Tag. Die Gesellschaft Celle-Wietze hat wiederum in der sog. 2. Oelzone leichtes Oel erschlossen. Die Quelle soll freifließend 60—100 Barrel geben. Einige Bohrlöcher geben bereits 1½ Jahre dasselbe Quantum. — In Wietze hat sich ein heftiger Streit erhoben über das sogenannte Spülbohrverfahren beim Bohren nach Erdöl. In der ersten Zeit hatte man trocken gebohrt. Jetzt aber wendet die internationale Bohrgesellschaft Erkelenz in Wietze das Spülbohren an, das System Raky, wie es einige nennen. Ein dortiger Bergingenieur Dzink wendet sich energisch gegen die Verwässerung der ölführenden Schichten, nennt sie eine drohende Gefahr für die hannoversche Erdölindustrie und meint, wenn die „Internationale" so fortfahre, zu bohren, werde sie der Totengräber für Wietze werden. Man wird ihm vielleicht beistimmen, wo man annimmt, daß die Oellager mit einander in Verbindung stehen. Die Internationale führt ihrerseits Gründe an, nach denen gerade das Trockenbohren die Ursache des Eindringens der Grund- und Schichtwasserströme in die Lagerstätte des Oels sei. Dzink behauptet jedoch, daß in Wietze die Anwendung der Spülung bis in das Oellager hinein mit der größten Gefahr für die Lagerstätte verbunden sei und stellt fest, daß zahlreiche Fachleute und alle Oelproduzenten von Wietze seine Ansicht teilen.

Mecklenburg.

Ludwigslust. Bei dem zwei Meilen von hier entfernten Dorfe Krenzlin rannte gestern ein mit vier Personen besetztes Automobil, das sich auf der Rückfahrt von Hamburg nach Berlin befand, infolge des schlüpfrigen Weges in einen teilweise mit Wasser gefüllten Chausseegraben. Sämtliche Insassen stürzten heraus. Der Besitzer und Leiter des Gefährts, Ledermann, angeblich ein Gutsbesitzer in der Nähe Berlins, wurde in hoffnungslosem Zustande nach dem hiesigen Bethlehemstift gebracht; seine Frau erlitt leichte Abschürfungen im Gesicht, ein Herr Lachmann mehrere Rippenbrüche und der Chauffeur eine Schulterquetschung.

Der auf dem Automobil verunglückte Herr Ledermann ist, wie jetzt ermittelt ist, ein Kaufmann aus Hamburg; sein Befinden erregt andauernd große Besorgnis.

Auswärtiges.

Wegen Beleidigung der Reichspostverwaltung stand Genosse Leinert vom „Volkswille" am Sonnabend abermals vor der Strafkammer in Hannover. Die Reichspostverwaltung fühlte sich durch einen in der Nummer des „Volkswille" vom 18. Mai vorigen Jahres veröffentlichten Artikel, der die neuverliehenen Auszeichnungen der Postbeamten einer Kritik unterzog, beleidigt. Das Verfahren der Reichspostverwaltung wurde in den. Artikel als „unerhört" bezeichnet, weil die Postbeamten diese Dekoration selbst bezahlen müssen und eine Lohnerhöhung mit der Titelverleihung nicht verbunden ist. Da die Beamten gegen die Abzüge vom Lohne nichts einwenden dürfen, wurde die plötzliche, unerwartete Maßnahme der Postverwaltung in dieser Beziehung als „geradezu verwerflich" angesehen. Außerdem war mitgeteilt, daß die Abzeichen im Postmunde „Kainszeichen" genannt würden. Am 28. August v. J. fand bereits Termin vor der II. Strafkammer hier statt und wurde Genosse Leinert in eine Geldstrafe von M. 20 genommen. Das Gericht hielt nur den Ausdruck „geradezu verwerflich" für beleidigend und erkannte an, daß die sonstige Kritik sich im Rahmen einer berechtigten gehalten habe. Besonders wurde der Ausdruck „unerhört" als nicht über das Ziel einer berechtigten Kritik hinausgehend bezeichnet, weil es tatsächlich ungewöhnlich und bei keiner Verwaltung, besonders nicht beim Militär, üblich sei, die Auszeichnungen noch obendrein bezahlt zu verlangen. Dieses Urteil focht die Staatsanwaltschaft mittels Revision an, soweit für die Bezeichnungen „unerhört" und „Kainszeichen" Bestrafung nicht erfolgt war. Das Reichsgericht gab der Revision bezüglich des Wortes „Kainszeichen" statt, verwarf aber im übrigen die weitergehende Revision des Staatsanwalts und wies die Sache insoweit zur nochmaligen Verhandlung an das Gericht erster Instanz zurück, als geprüft werden müsse, ob der Angeklagte sich nicht durch Wiedergabe einer beleidigenden Aeußerung nach § 186 des Strafgesetzbuches strafbar gemacht habe. Am Sonnabend war nun ein neuer Verhandlungstermin anberaumt. Die ganze Sache wurde von neuem verhandelt und diesmal Genosse Leinert zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt beantragte wieder drei Monate Gefängnis und, falls „wider sein Erwarten" auf eine Geldstrafe erkannt würde, bat er, dieselbe möglichst hoch zu bemessen. Der als Zeuge vernommene Oberpostdirektor sagte aus, daß die betreffenden Beamten unzufrieden gewesen seien, er habe davon Kenntnis gehabt. Dieser Unzufriedenheit gab der Artikel Ausdruck. Dieser Tatsache trug auch das erste Urteil voll und ganz Rechnung, diesmal aber sagte das Gericht das Gegenteil, nämlich, daß der Artikel lediglich bezweckt habe, erst die Unzufriedenheit unter den Beamten hervorzurufen, um — und das schien erschwerend ins Gewicht zu fallen — unter den Postbeamten Stimmung für den sozialdemokratischen Reichstagskandidaten zu machen. In gleicher Weise nahm das Gericht zu Unrecht an, der Artikel bezeichne es als Absicht der Postverwaltung, durch die neuen Titulaturen und Dekorationen die Solidarität zu stören, während dieses lediglich als die unbeabsichtigte Folge der Auszeichnungen hingestellt ist, die aber aufgehoben wurde durch die plötzlichen Gehaltsabzüge für die Kleiderkasse. Nur auf Grund solcher Auslegung des Artikels kam die Strafkammer zu dem Ergebnis, daß die Beleidigung der Reichspostverwaltung eine besonders schwere sei, die nur mit Gefängnis gesühnt werden könne. Die tatsächlichen Feststellungen sind also diesmal von der Strafkammer in das Gegenteil dessen umgekehrt, was dasselbe Gericht am 28. August für richtig anerkannt hat.

Wie tief der bürgerliche Journalismus heruntergekommen ist, das zeigte der zu Ostern in Magdeburg abgehaltene „Dritte Redakteurtag", an welchem statt der erwarteten Hunderte etwa 40 Mann teilnahmen. Die „Spitzen der Behörden" verschönerten den „Tag" durch ihre Anwesenheit, ein „begeistertes" Kaiserhoch wurde ausgebracht, Pferde- und sonstige Denkmäler wurden besichtigt, im Stadttheater die „zu Ehren der Anwesenheit deutscher Redakteure" aufgeführte „Fledermaus" genossen; die Hauptsache aber war eine — Gratisabfütterung. Die Verhandlungen nahmen wenig Zeit in Anspruch. Chefredakteur Lorek-Berlin („Zeit im Bild") verwies nach der Magdeburger „Volksstimme" in seinem Referat über „Redakteurkammern" auf die Unfreiheit der Redakteure, auf die Tatsache, daß im bürgerlichen Zeitungsbetriebe jeder Redakteur werden und damit das geistige Niveau noch mehr (noch mehr? Red.) herabdrücken könne und daß der Zeitungsbetrieb eben ein Geschäft sei und es immer bleiben müsse. Er charakterisierte die Preisdrückerei „im Gewerbe" (u. a. habe die „Saaleztg." in Halle jetzt einen Chefredakteur, der sich für monatlich M. 120 — als „Chef des Ganzen" — angeboten habe!!!) usw. Als Mittel zur Besserung dieser Zustände empfahl er — Kammern nach Art der Patentanwälte (!) und den — bedingten Befähigungsnachweis! Und dieser Herr L. war noch der intelligenteste auf dem Kongreß! Seine Resolution, die „staatlich anerkannte Standesvertretungen" usw. fordert, wurde einstimmig angenommen. Als ein Herr v. Januskiewicz-Reinfels an „Hülfe durch Verbände nach dem Vorbild der Setzer" erinnerte, wurde ihm von vier Seiten zugleich bedeutet, daß das „absolut nicht angängig" sei. Ein unklares Referat über „Versicherung gegen Arbeitslosigkeit" des „Chef"redakteurs Eisert vom Magdeburger „Gen.-Anz.", worin er sich zu der abgrundtiefen Weisheit verstieg, daß es „in allen Ständen" (wohl auch in denen der Junker und ähnlicher „Gewerbetreibender"), sogar (!) in der Arbeiterklasse (!!) Arbeitslosigkeit gebe, endete mit der Annahme einer Resolution, die eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit — als erstrebenswertes Ziel bezeichnet. Noch während der Debatte ließ sich der Referent entschuldigen, da er — das Essen besorgen müsse! Damit verschwand er. Da auch die anderen Teilnehmer — zwei schliefen unausgesetzt — hungrig waren, schloß man schnell die Debatte über diesen „wichtigen Punkt". Dann folgte ein Punkt, der ein Hauptpunkt hätte sein müssen: Wahl von „Vertrauensleuten", die — auf Wunsch des Justizministers — in Sachen des Zeugniszwangsverfahrens mit Vertretern der verbündeten Regierungen zu beraten hätten. Allein es kam anders: Mitgeteilt wurde lediglich vom Vorsitzenden, daß Ministerialdirektor Hoffmann erklärt habe, die Sache habe Zeit bis 1905, denn vorher gingen die verbündeten Regierungen doch nicht an die Frage heran! Trotzdem — woher nur plötzlich dieser Mut? — trug man diesem Fingerzeig nicht Rechnung, sondern wählte als solche „Vertrauensleute" die Redakteure Dr. Wrede, Büttner-Gotha, Müller-Dresden, Lorek-Berlin und Vollrath („Volksztg."), Rippler („Tägl. Rundschau") und ten Brink („Germania"), Berlin. Damit war die Sache erledigt! Nicht einer der Helden hatte den Mut, gegen das Zeugniszwangsverfahren ein Wort zu sagen! Nicht einer fand ein Wort der Kritik, obwohl doch auch bürgerliche Redakteure wiederholt die Schmach der Zeugniszwangsstrafe über sich ergehen lassen mußten! Solidarität ist diesen Leuten ein Fremdwort, das sie nicht übersetzen können. Zum Schreien geradezu war die Verhandlung über das Referat „Ferien und Wohlfahrtseinrichtungen". Der Referent v. Januskiewicz-Reinfels empfahl nicht mehr und nicht weniger als an die — Theaterdirektoren heranzugehen und ihnen zu sagen: Was Du für die Bühnengenossenschaft tust (nämlich einen Zuschuß zahlen), das kannst Du für uns Redakteure auch tun. Das sei noch kein Verlaufen der eigenen Ueberzeugung! Und dieser jedem anderen als unwürdig erschienenen Schnorrerei und Bettelei wurde einstimmig zugestimmt! Nicht einer dieser „kommandierenden Generale" empfand auch nur das Unwürdige, Schmutzige, Erniedrigende dieses Schnorrens! Ja, noch mehr: Ein Redakteur Bratschek empfahl, die Theaterdirektoren zu bitten, von dem Ertrag der Aufführung tantiemenfreier Stücke 1 pZt. den Redakteuren zu „überlassen", und ein Redakteur Gröller begründete die „Notwendigkeit dieser Forderung" also: „Wir sind es doch, die für die Theater Reklame schreiben müssen, die, oft gegen unsere Ueberzeugung, die Stücke, die der Herr Direktor bietet, loben und herausstreichen müssen! Wir sind die eigentlichen Träger der Nation, wir sind das Gewissen der Nation! Man bringe deshalb energisch darauf, auch Wohltätigkeitsvorstellungen für uns veranstalten zu lassen. Mit dem Ertrag derselben können die Direktoren manchem Kollegen in der Not eine große Erleichterung verschaffen." Nicht ein einziger der Teilnehmer empfand das als schallende Ohrfeige! — Dr. Wrede empfahl, vom Reiche einen staatlichen Zuschuß von zehn Millionen zu fordern, während ein Herr Wieprecht vorschlug, die — Verleger zu veranlassen, wöchentlich 20 ₰ (zwanzig) für jeden Redakteur in eine besondere Kasse zu zahlen. Sofort erhoben sich einige Kenner, die erklärten, das würden die Verleger nicht tun, wie sie aus Erfahrung wüßten. Das Resultat dieser Beratung war schließlich die Annahme einer Resolution, die die Gründung einer Wohlfahrtskasse, angliedernd an den Verein, für erforderlich hält, um den Mitgliedern in Krankheits-, Sterbe- und Notfällen eine Stütze zu sein, und die die Geldstrafen, die der Verleger zu zahlen sich weigere (das komme sehr häufig vor, wurde konstatiert!), für den Bestraften zu zahlen habe!!! „Es ist nichts dagegen zu machen, wenn der Verleger nun einmal die Strafe nicht bezahlen will!" erklärte resigniert ein Redner. — Genug! Dieser „Redakteurtag" bot ein klägliches Schauspiel. Aber soll man den beteiligten Personen einen Vorwurf machen? Es ist nun einmal nicht anders möglich, als daß die kapitalistische Presse, die ja ein Geschäft ist und nichts weiter sein will, auch nur solche Knechte hat. Tatsächlich gibt es nur wenige bürgerliche Blätter, und „liberale" schon gar nicht, welche Männer von Charakter als Redakteure gebrauchen können. Kulis sind nicht nur billiger, sondern auch bequemer. Und das sind die „Träger der Nation", das „Gewissen der Nation", diese Leute, welche betteln, wo sie beurteilen sollen! Denn das Verhältnis zum Theater ist nur ein Beispiel; die Schmocks, welche für ein paar Bettelpfennige Lobhudeleien auf eitle und hohle Mimen schreiben, diese Schmocks und ihre Kollegen preisen auch für elende Bettelpfennige die Regierung, die Behörden, die Scharfmacher; die schnorren beim Schlachter die Wurst und beim Bäcker das Brot unter dem Versprechen von „Gegendiensten". Pfui Teufel! Es wundert uns nicht, daß diese Leute durch den Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, den Exminister v. Bötticher, mit folgender Ansprache begrüßt wurden: „Meine Herren! Es gereicht mir zur ganz besonderen Ehre, in eine solch auserlesene Versammlung von Männern entboten zu sein, die bestimmt sind, mitzuwirken an der Aufklärung des Volkes; die bestrebt sind, zur Beschaffung der geistigen Nahrung des Volkes ihr Bestes zu leisten. Die Teilnehmer Ihres heutigen Tages sind — das darf ich wohl offen aussprechen — samt und sonders bestrebt, dem Volke das Beste zu bieten, die Wahrheit zu ergründen und sind sicherlich auch eifrig bemüht, dazu beizutragen, die Wahrheit zum Gemeingut des deutschen Volkes zu machen. Meine Herren! Sie sind die Vertreter einer Einrichtung, die je länger je mehr sich günstig entwickelt und ausdehnt und die Zwecke Ihres Vereins dehnen sich mit ihr aus — weit über die persönlichen Interessen hinaus, die jetzt noch zumeist Ihr Interesse in Anspruch nehmen. Da Ihre Bestrebungen, meine Herren, auch eminent ethisch genannt zu werden verdienen, auch ferner zum Ausbau des Ansehens Ihres so verantwortungsvollen Standes beitragen, hoffe ich von Herzen, daß auch die Ihnen noch fernstehenden „großen Herren" künftig mit Ihnen zusammen arbeiten mögen, eine Institution zu unterstützen, die wie nur irgend eine zum Segen des deutschen Volkes gereicht. Meine Herren! Es gereicht mir zur Ehre, Ihnen als Leiter der Provinz Sachsen, die Sie mit Ihrer Anwesenheit beehren, mitteilen zu können, daß Se. Majestät der deutsche Kaiser und König von Preußen auch diese Versammlung unter seinen kaiserlichen Schutz stellt, und deshalb fordere ich Sie auf" 2c.

Der Maßkrug als Waffe gegen die Gewerkschaften. Vor dem Schöffengericht in Augsburg stand der Bierbrauergehülfe Michael Schell wegen gefährlicher Körperverletzung. Er hatte einem Kollegen, der ihn während der Frühstückspause zum Beitritt zum Verbande aufmunterte, einen Maßkrug am Kopfe zertrümmert und verteidigte sich, dem Richter seine „gute" Gesinnung verratend, damit, daß er durch die „sozialdemokratischen Hetzereien" der „Verbandsbrüder" gereizt worden sei. Der Amtsanwalt beantragte für den schon mit zwei Jahren Gefängnis vorbestraften Maßkrughelden M. 30 Geldstrafe und bemerkte, daß schon eine außerordentliche Roheit dazu gehöre, auf die berechtigte Aufforderung eines Kollegen, zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen in die Organisation einzutreten, diesen zu beleidigen und ihm einen Literkrug an den Kopf zu schlagen, zudem die auf dem vom Gesetz gegebenen Koalitionsrecht aufgebauten Arbeitervereinigungen nur Vorteile für ihre Mitglieder bringen und der Zusammenschluß der Arbeiter unter den heutigen Verhältnissen eine Notwendigkeit sei. Das Gericht ging über den Antrag hinaus und verurteilte den „gutgesinnten" Arbeiter zu fünf Tagen Gefängnis. — Wir haben hier den recht seltenen Fall, daß die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen und deren Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder also nach der bürgerlichen Presse der „Terrorismus der sozialdemokratischen Gewerkschaften", von einem Gericht als berechtigt anerkannt wird. Wie interessant war das Gesicht des „gutgesinnten" Rohlings, als er sich überzeugen mußte, mit der Beteuerung seiner nichtsozialdemokratischen Gesinnung kläglich Fiasko gemacht zu haben und statt des erwarteten Dankes für seine energische, nachdrückliche Bekämpfung der „sozialdemokratischen Hetzer" das Prädikat: außerordentlich roher Mensch zu empfangen.

Der zweite Akt eines dunklen Dramas. Vor acht Jahren verschwand in Eldagsen (Kreis Springe, Hannover) der unter Kuratel gestellte Hofbesitzer Konr. Dreyer. Alle Nachforschungen nach dem Vermißten waren erfolglos. Da trat das Gerücht auf, der Sohn habe den Vater beseitigt. Das Gerücht behauptete sich mit einer solchen Bestimmtheit, daß der Sohn in Untersuchungshaft genommen, nach einiger Zeit aber wieder freigelassen wurde. Die Nachforschungen auf dem Gehöft waren erfolglos geblieben, obgleich man sogar den Garten umgeraben und dort nach der Leiche gesucht hatte. Am vergangenen Mittwoch wurde nun ein Stall des jetzigen Besitzers, Friedr. Dreyer, durch spielende Kinder in Brand gesetzt. Es gelang nicht, das Feuer zu löschen. Der Stall brannte nieder. Bei den Aufräumungsarbeiten am Donnerstag fand man nun ein menschliches Skelett. Der Schädel wies noch Reste roten Haares auf. Bemerkt mag werden, daß der verschwundene Vater des jetzigen Besitzers rote Haare hatte. Das Skelett trug einen Strick um den Hals geschlungen. Der Fund wurde dem in Eldagsen stationierten Gendarmen gemeldet, der die Verhaftung des Fr. Dreyer bewirkte. Zu der Angelegenheit wird dem „Volksw." noch geschrieben: Der Verdacht, daß das Skelett dasjenige des vor etwa acht Jahren verschwundenen Altenteilers Dreyer sein möchte, und daß der alte Mann keines natürlichen Todes gestorben ist, wird immer größer. Wie damals beim spurlosen Verschwinden des Dreyers der eigene Sohn unter dem Verdacht, den Vater ermordet und den Leichnam verscharrt zu haben, so wurde er auch jetzt wieder des Vatermordes dringend verdächtig in Haft genommen. Man erinnert sich, daß der alte Dreyer seinerzeit zu Nachbarsleuten erzählt habe, es wäre jemand in der Nacht in seiner Kammer gewesen und habe ihn aufhängen wollen; er hätte dies vereitelt, wüßte aber, wer es wäre. Einige Zeit nach dem Verschwinden des D. brachte im Dorfe ein Handwerksbursche das Gerücht auf, er hätte den Dreyer in Brasilien, wo er herkäme, kennen gelernt. Das ist ziemlich unwahrscheinlich und läßt den Gedanken aufkommen, als wäre das Gerücht mit der bestimmten Absicht kolportiert, die trotz der seinerzeit erfolgten Einstellung des Verfahrens gegen Dreyer jun. immer noch nicht verstummen wollenden Gerüchte vom Vatermord aus der Welt zu schaffen. Die Untersuchungskommission ist am zweiten Osterfeiertag zur Stelle gewesen, und es wird ihr jetzt wohl gelingen, den Täter zu ermitteln. Wenn dies seinerzeit nicht gelang, so scheint es, daß die Absuchung des Grundstückes nach dem Leichnam nicht mit Gründlichkeit geschehen ist. Es ist kaum anders anzunehmen, als daß der Leichnam die ganzen acht Jahre über auf dem Boden, dem Tatorte, gehangen hat, von wo er beim Brande als Skelett herunter auf die Diele gefallen ist, wo man die Knochen

fand. Daß man derzeit nicht auf dem Boden nachgesucht hat, erscheint ausgeschlossen. Es geht im Dorfe das Gerücht um, der Leichnam sei hinter einer Scherwand verborgen gewesen. Desgleichen wird erzählt, daß Dreyer jun. in der ersten Zeit öfter von Nachbarn auf einen starken Geruch, der von seinem Hofe zu kommen schiene, aufmerksam gemacht sei. D. hätte sich so angestellt, daß der Geruch aus der Dunggrube käme, bei der er sich öfter zu schaffen machte. Erwähnt mag noch sein, daß das Verhältnis zwischen Vater und Sohn kein gutes gewesen. Der Vater, der dem Trunke ergeben war, soll sich ausbedungen haben, daß er von seinem Sohne M. 600 Leibzugrente bis zu seinem Tode zu bekommen hätte, neben freier Wohnung und Beköstigung.

Aus dem Reiche der Dummheit. Vor mehreren Wochen zog, der „Harke“ zufolge, ein Trupp Zigeuner durch Bullendorf im Hannoverschen. Die braunen Gesellen erboten sich, dem Einwohner W. die angeblich behexten Kühe zu heilen, wenn dieser hierfür einen Taler zahle, den die Zigeuner nach ihren Angaben erst auf einen Altar legen mußten, um ihn nach 9 Tagen zurückzubringen. Nachdem das Geld bezahlt war, setzten die Zigeuner ihre Reise fort: seitdem sind vier Wochen verflossen, aber weder die behexten Kühe sind geheilt, noch ist der Taler zurückgebracht. — Einen Taler nur für die Riesendummheit? Der Mann hätte höher besteuert werden müssen.

„Bald so, bald so, wie's trefft!“ Prinz Ullrich von Schönburg-Waldenburg, der geschiedene Gatte der Prinzessin von Bourbon, der Tochter des spanischen Kronprätendenten Don Carlos, soll beabsichtigen, wieder aus der katholischen Kirche aus- und in die evangelische Kirche zurückzutreten. Prinz Schönburg ist seinerzeit, als er die reiche bourbonische Prinzessin freite, zur katholischen Kirche übergetreten. Er soll sich in der Folge als ein sehr frommer Katholik erwiesen haben. Wegen dieses Glaubenswechsels kam es zu einem Zerwürfnis mit seinen Eltern. Nun der Prinz von seiner Gattin geschieden ist, will er wieder zur evangelischen Kirche zurückkehren, um auf diese Weise eine völlige Aussöhnung zwischen Eltern und Sohn herbeizuführen. Später, wenn etwa eine reiche katholische Erbin zu erlangen ist, kann der Mann ja wieder katholisch werden. Es ist wirklich etwas schönes um die religiöse Ueberzeugung!

Der betrunkene Elefant. Aus London wird der Wiener „Zeit“ berichtet: Saucy ist ein Elefant, sogar ein Elefantenfräulein, und das macht im frommen England ihr Verhalten am heiligen Sonntag nur um so anstößiger, denn es läßt sich nicht leugnen, daß Saucy am Tage des Herrn tatsächlich betrunken war und öffentliches Aergernis erregte. Saucy gehört zu einer Anzahl dressierter Elefanten, die im Süden Londons bisher ihre Künste zum besten gaben und jetzt in einen anderen Stadtteil überführt werden sollten. Daß man dazu den Sonntag wählte, hatte seine guten Gründe. Am Sonntag herrscht nicht der gewaltige Verkehr, der sonst die Straßen für derartige Transporte und für Elefantenspaziergänge unmöglich macht. Nur traf es sich, daß Saucy gerade Geburtstag hatte, und der Wärter hatte ihr, wie gewöhnlich an diesem Tage, eine Flasche Whisky verehrt, die Saucy unanständigerweise auf einen Zug leerte. Aus welcher Fabrik das Gebräu stammte, wird nicht gesagt, aber so viel steht fest, daß es selbst einen Elefanten betrunken machen konnte. Saucy zeigte auf dem Wege durch die Straßen nach dem neuen Stall plötzlich heitere Anwandlungen. Sie stellte sich auf die Hinterbeine, wie sie dies sonst nur im Zirkus tut, und wandelte in dieser Haltung laut trompetend und tänzelnd auf der Straße einher, wobei sie Verlangen zeigte, sich dem zur Kirche gehenden Publikum anzuschließen. Wenn man sich nun in London auch nahezu über nichts wundert, so sind auf den Hinterbeinen gehende und dabei trompetende Elefanten doch nichts alltägliches, und die Kirchengänger entzogen sich der näheren Bekanntschaft Saucys durch eine beschleunigte und nicht mehr sonntägliche Gangart. Diese Abweisung zarter Gefühle verletzte offenbar das Elefantenkind gewaltig, und es ließ sich, um ebenfalls schnellere Gangart annehmen zu können, auf die Vorderbeine nieder und jagte hinter den spröden zylindertragenden Engländern her. Bald machte die Jagd Saucy helles Vergnügen. Sie jauchzte vor Freude, und die Straßen waren im Nu ausgestorben. Nur ein Droschkenkutscher hatte das Pech, in die Straße einzulenken, in der sich die jugendliche Saucy tummelte, und er war nicht wenig überrascht, als er sich plötzlich von einem Elefanten angegriffen sah, der, wenn auch nur schäkernd und voll Uebermut und offenbar guter Laune, doch so plump auf seine Droschke losstürzte, daß sich diese mit dem Pferd auf die Seite legte. Dann aber schämte sich Saucy und schloß sich ihren Verwandten nachdenklich wieder an. Im neuen Quartier erhielt sie zur Ernüchterung zwei Kübel Sodawasser.

Erdbeben in Serbien. Am Montag wurden in Serbien zwei Erdstöße zwischen 11 und 11½ Uhr Vormittags wahrgenommen. An einzelnen Orten wiederholte sich das Erdbeben nach 1 Uhr Nachmittags. Nach den hier eingelaufenen Meldungen wurden die Erdstöße außer in Belgrad noch in Nisch, Ristovac, Vranja, Aleksinac, Prokuplje, Pozarevac, Cuprija, Paracin, Uzice und Pirot verspürt. In Vranja verursachte das Erdbeben großen Schaden, ein Stockwerk der dortigen Kaserne und mehrere Häuser sind eingestürzt, zahlreiche Gebäude wurden durch starke Risse beschädigt. Der Einwohnerschaft bemächtigte sich eine Panik; zwei Personen wurden verletzt.

Verhandlungen des Seeamts zu Hamburg.

Sitzung vom 6. April.

Vorsitzender: Rat Dr. A. Schön.
Beisitzer: Ingenieur Bütow, Kapitän Jansen, Kapitän Rolfs und Ingenieur Schlick.
Protokollführer: Behrens.
Reichskommissar: Vizeadmiral z. D. Frhr. v. Bodenhausen.

Auf einer Reise des zur Deutsch-Amerikanischen Petroleum-Gesellschaft in Hamburg gehörigen Tankdampfers „Elise Marie“, Kapitän Stege, von North-Shields nach New-York wurde am 26. September v. J. um 5 Uhr Morgens auf 55° 11' nördlicher Breite und 27° 48' westlicher Länge der Trimmer Spangenberg vermißt.

Nach dem Schiffsjournal hat der zweite Maschinist Kreuziger eben vor 5 Uhr dem Kapitän die Meldung gemacht, daß der Trimmer Willy Spangenberg seit etwa 20 Minuten verschwunden sei. Der Kapitän ließ das Schiff sofort wenden und bis 6 Uhr auf dem entgegengesetzten Kurs zurückfahren. Man fand Spangenberg jedoch weder auf dem Schiffe noch eine Spur von ihm in der See. Da das Wetter sehr schön und die See ruhig war, war ein Ueberbordfallen ausgeschlossen und man mußte annehmen, daß Spangenburg Selbstmord begangen habe. Er soll auch am Abende vorher zu einem anderen Schiffsmann gesagt haben, daß er einen Seesprung machen werde, wenn die Arbeit noch schwieriger werden würde. Die Arbeit ist nach Aussage des Maschinisten, da man erst wenige Tage auf der Reise war und die Kohlen noch von selbst liefen, keine schwere gewesen. Spangenberg, der 1874 in Ottensen geboren ist, zunächst die Kaufmannslehre durchgemacht und später Briefbote in Altona gewesen ist, hatte schon längere Zeit als Trimmer gearbeitet. Er soll auch ein gesunder Mensch gewesen sein. Gründe für einen Selbstmord liegen daher nicht zu Tage. Da man bis zur Ankunft in New-York noch eine neuntägige Reise vor sich hatte, so ist es auch ausgeschlossen, daß Sp. sich an Bord versteckt gehalten hat. Zur Zeit des Verschwindens des Sp. betrug die Temperatur im Kesselraum 29 Grad C. und im Maschinenraum 28 Grad C.

Zwei Heizer sagen aus, daß Spangenberg mehrfach die Aeußerung gemacht hat, daß er nie wieder zu seinen Eltern zurückkehren werde, doch hat er nicht gesagt, daß er sich das Leben nehmen wollte. Ein Heizer und mehrere andere Zeugen sind der Ansicht, daß Sp. geistig nicht normal gewesen ist. Alle Zeugen sagen, daß die Arbeit nicht schwer war und daß Sp. nicht mißhandelt worden ist.

Das Seeamt gibt folgenden Spruch ab:

„Der Trimmer Willy Christian Spangenberg ist am 26. September 1903 von Bord des Dampfers „Elise Marie“ verschwunden. Es ist anzunehmen, daß er durch Ueberbordspringen Selbstmord verübt hat.

Die Ursachen dieser Tat sind nicht aufgeklärt; es steht aber fest, daß der Mann weder durch Arbeit überbürdet noch schlecht behandelt worden ist.

Als das Verschwinden des Mannes bemerkt wurde, ist sofort alles, was möglich war, zu seiner Rettung versucht worden.“

Ferner steht zur Verhandlung die Untersuchung eines Bruches der Kurbelwelle, der sich an Bord des zur Dampfschiffs-Reederei „Union“ A.-G. in Hamburg gehörigen Dampfers „Syracusa“, Kapitän Willhöft, ereignet hat.

Das Schiff befand sich auf einer Reise von Victoria nach New-York. Am 13. September v. J., Morgens 1 Uhr 35 Min., verspürte man plötzlich zwei kurz auf einander folgende Stöße, so daß man zunächst glaubte, das Schiff sei aufgestoßen, doch stellte man durch Peilungen fest, daß kein Wasser im Schiff war. Man stoppte sofort die Maschine und nun stellte es sich heraus, daß die Niederdruck-Kurbelwelle gebrochen war. Man schritt sofort zur Reparatur des Schadens und konnte am 19. September die Reise fortsetzen. Nachdem das Schiff noch mehrere Male gestoppt werden mußte, um Schäden in der Maschine zu beseitigen, erreichte es mit langsam arbeitender Maschine am 5. Oktober New-York. Dort stellte sich dann heraus, daß auch die Mitteldruck-Kurbelwelle einen Riß hatte und im Trockendock wurde konstatiert, daß der Schiffsboden an Steuerbord eine tiefe Schramme hatte. Man nimmt deshalb an, daß das Schiff mit einem im Wasser treibenden Gegenstand zusammengestoßen ist und daß dadurch die Maschinenschäden verursacht wurden.

Der Reichskommissar stellt den Antrag, noch Untersuchungen anzustellen, ob das zur Herstellung der Welle verwendete Material ein gutes gewesen ist. Das Maschinenpersonal habe Anerkennung verdient für die Ausführung der Reparatur auf hoher See.

Der Spruch des Seeamts lautet:

„Der Dampfer „Syracusa“ hat am 13. September 1903 auf der Reise von Victoria nach New-York einen Bruch der Niederdruckkurbelwelle erlitten.

Das normale, gesunde Aussehen der Bruchstelle läßt die Vermutung nicht zu, daß die Ursache des Bruchs in Mängeln des Materials zu suchen ist, vielmehr giebt die eigentümliche, muschelartige Form des Bruchs zu der Vermutung Anlaß, daß die Kurbelwelle und Drucklagerwelle nicht ganz genau in gerader Linie gelegen haben und daß demnach bei der Umdrehung der Maschine fortwährend ein geringes Durchbiegen der Wellen stattfinden mußte, was endlich zum Bruch führte.

Die vom Maschinenpersonal nach dem Unfalle ausgeführten Reparaturarbeiten, durch welche es ermöglicht wurde, New-York mit zehntägiger Verspätung zu erreichen, stellen eine anzuerkennende Leistung dar.“

Schließlich wurde noch verhandelt über einen Unfall, der sich an Bord des Hamburger Dampfers „Margaretha“, Kapitän Fretwurst, am 21. Februar d. J. während einer Reise von Hamburg nach Philadelphia abspielte. An diesem Tage verschwand der 16jährige Steward Franz Thielcke von Bord.

Das Schiff befand sich auf der Reise von Havana nach Philadelphia. Am Nachmittage des 21. Februar herrschte eine steife Brise, und das Schiff nahm viel Wasser über. Th. muß über Bord gefallen oder gewaschen sein. Er war an Bord bei allen Personen sehr beliebt. Er litt viel an Seekrankheit und auch an dem genannten Tage war er seekrank. Th. war am 11. März 1888 in Magdeburg geboren.

Der Spruch des Seeamts lautet:

„Der Steward Franz Thielcke ist am 21. Februar 1904 von Bord des Dampfers „Margaretha“ verschwunden.

Es ist anzunehmen, daß er sich in seekrankem Zustande über die Reeling gebeugt und infolge des Rollens des Schiffes über Bord gefallen ist.

Nachdem das Verschwinden des Mannes festgestellt war, waren Rettungsversuche aussichtslos.“

Landgericht.

6. April.

Strafkammer I. Vorsitzender: Landrichter Dr. v. Bergen. Staatsanwalt: Dr. Thomsen.

Ein Kollege, wie er nicht sein soll, ist der Schlachtergeselle Philipp Christian Dreßler, zweimal wegen Diebstahls vorbestraft, und nunmehr abermals eines Diebstahls angeklagt. D. wird beschuldigt, sich in der Nacht zum 27. Februar d. J. in die Schlafkammer seines ehemaligen Arbeitskollegen bei einem Schlachter am Pinnasberg eingeschlichen und dem im tiefsten Schlafe liegenden Gesellen die Taschen geleert zu haben. Der Angeklagte leugnet zwar seine Schuld, erscheint aber durch das vorliegende Beweismaterial dem Gericht für völlig überführt und wird antragsgemäß unter Versagung mildernder Umstände zu 15 Monaten Zuchthaus, dreijährigem Ehrverlust und Polizeiaufsicht verurteilt.

Eine geprellte Braut. Der schon vielfach wegen Diebstahls, darunter mit Zuchthaus vorbestrafte Buchhalter Paul Otto Alfred Arlich hatte von dem Gastwirt H. in der Niedernstraße, wo er viel verkehrte, vernommen, was jener Alles seiner Braut, einem Fräulein B., zum Geburtstage geschenkt hatte, nämlich verschiedene Schmucksachen im Werte von za. M. 200. Einige Tage nach dem Geburtstage begab sich A. zu Fräulein B. und log ihr vor, daß er Beamter sei und in Angelegenheiten ihres Bräutigams komme, der verschiedener strafbarer Handlungen halber verhaftet worden sei. U. a. habe er sich die Schmucksachen erschwindelt und noch nicht bezahlt. Fräulein B. war darüber nicht wenig erstaunt und lieferte dem Pseudobeamten nicht nur die angeblich nicht bezahlten Schmucksachen aus, sondern gab ihm auch noch M. 1,50, um den durch ihren Bräutigam angeblich angerichteten Schaden gut zu machen. Schleunigst versilberte nun A. die Schmucksachen und verduftete von hier. Später in Görlitz abgefaßt, wurde er hierher geschafft und hat sich heute wegen jenes Betruges zu verantworten. Der völlig geständige Angeklagte wird zu 18 Monaten Gefängnis und 4 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Strafkammer III. Vorsitzender: Direktor Dr. Schrader. Staatsanwalt: Dr. Vidal.

Wo kein Hehler, da ist auch kein Stehler. Schon seit längerer Zeit hatte ein hiesiger Tuchhändler bemerkt, daß ihm wertvolle Tuchreste vom Lager verschwunden waren, ohne daß es ihm gelang, den „stillen Kompagnon“ zu entdecken, bis er vor mehreren Wochen seinen Lehrling Albert L. mit einem solchen Rest abfaßte. Der jugendliche Spitzbube, nunmehr ernstlich zur Rede gestellt, gab zu, solche Diebstähle seit etwa Jahresfrist zu verschiedenen Malen verübt zu haben, und zwar habe er die Beute zumeist dem Tuchreisenden Michael K. oder aber dem Marktarbeiter Robert Fritz D. überliefert, die sie dann versetzten bezw. verkauften und ihm einen Teil des Erlöses abgegeben hätten. In einem Falle habe er drei Pfandscheine über versetzte Reste an den Gastwirt Christoph Le. verkauft. Daraufhin wurde gegen K. und D. Auklage wegen gewerbs- bezw. gewohnheitsmäßiger und gegen Le. wegen einfacher Hehlerei erhoben. Der Prinzipal des Angeklagten L. berechnet den Wert der gestohlenen Tuchreste auf zirka M. 500. Wie L. aller ihm zur Last gelegten Diebstähle geständig ist, so auch K. der Hehlerei, wohingegen D. u. Le. den L. für berechtigt gehalten haben wollen, solche ihnen nicht besonders wertvoll erschienene Tuchreste, wie sie von ihm erworben, selbständig verkaufen zu können. Nach eingehender Beweisaufnahme erkennt das Gericht gegen L. wegen wiederholten Diebstahls auf 6 Monate Gefängnis und gegen den mehrfach vorbestraften K. wegen gewerbsmäßiger Hehlerei auf 15 Monate Zuchthaus und 2 Jahre Ehrverlust, spricht aber die anderen beiden Angeklagten frei.

Eine große Anzahl Fahrraddiebstähle werden dem Hutmacher Adolf Amandus R., dem Mützenmacher Max Moritz M., dem Barbier Georg Rudolf B. und den Kommis Paul Christian P. und Maximilian Valentin T. zur Last gelegt. Die Angeklagten, von denen R., M. und P. wegen Diebstahls vorbestraft sind, werden beschuldigt, sich zur Begehung von Diebstählen verbunden und in mindestens 15 Fällen Fahrräder in der Weise gestohlen zu haben, daß sich einer von ihnen eines unbeaufsichtigt auf der Straße oder in einem Hausflur stehenden Rades bemächtigte, während der andere Schmiere stand. Die gestohlenen Räder wurden dann verkauft oder versetzt und der Erlös gleichmäßig verteilt. Die zumeist geständigen Angeklagten suchen immer einen den anderen als den größeren und gewandteren Spitzbuben, sich selbst aber als den kleineren, bezw. gar nur verführten hinzustellen. Das Gericht erkennt sämtliche Angeklagte je nach den erbrachten Beweisen für überführt und verurteilt R. zu 18 Monaten Gefängnis, 2 Jahren Ehrverlust unter Anrechnung von 2 Monaten Untersuchungshaft, M. zu 6 Wochen Gefängnis, B. zu 4 Monaten 14 Tagen Gefängnis unter Anrechnung von 2 Monaten Untersuchungshaft, P. zu 4 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 1 Monat Untersuchungshaft und 1 Jahr Ehrverlust, und T. zu 14 Tagen Gefängnis, durch die Untersuchungshaft verbüßt.

Aus den Schöffengerichten.

6. April.

Vom unlauteren Wettbewerb. Anfang 1902 geriet der Möbelhändler K. in Konkurs. Um ihm wieder eine Existenz zu verschaffen, kauften die Kaufleute H., ein Schwager von K., und Th. das Konkurswarenlager zum Preise von M. 18 000 und überwiesen es K. zum Verkauf zu Taxpreisen. Dieses Warenlager soll immer größeren Umfang angenommen haben, so daß am Schlusse des Jahres der Umsatz M. 130 000 betragen haben soll. In den diesbezüglichen Anzeigen hieß es u. a., daß die aus dem Konkurswarenlager stammenden Mobilien zu Taxpreisen verkauft werden sollen, während, wie behauptet wird, ein höherer Preis gefordert wurde. Th. ist inzwischen wegen unlauteren Wettbewerbs zu M. 300 Geldstrafe verurteilt worden, während sich heute wegen des gleichen Vergehens der Möbelhändler K. und dessen Schwager H. vor dem Schöffengericht I (Amtsrichter Hollender) zu verantworten haben. Der Angeklagte K. bestreitet, daß es sich um „Schiebungen“ gehandelt hat, und behauptet, daß Nachschübe nur zwecks Komplettierungen der durch Teilverkauf auseinandergerissenen Schlafstuben- ꝛc. Einrichtungen stattgefunden hätten. Wie weiter in der sehr umfangreichen Beweiserhebung festgestellt wird, ist der Schluß des „Ausverkaufs“ zum 15. Dezember 1903 in den Tageszeitungen angekündigt worden, aber das Geschäft soll noch darüber hinaus weiter betrieben worden sein. Der heute uneidlich als Zeuge vernommene Kaufmann Th. verweigert die Beantwortung einiger Fragen, behauptet aber, daß tatsächlich nur zu Taxpreisen plus Geschäftsunkosten verkauft worden ist. Zeuge Werbeck, der im Auftrage des Vereins gegen Unsitte im Handel und Gewerbe die Anzeige gegen die Angeklagten erstattet hat, kann aus eigener Wahrnehmung nichts bekunden, sondern schildert nur, was ihm durch dritte Personen über das Geschäftsgebahren der Angeklagten mitgeteilt worden ist. Damit eine niedrige Geldstrafe nicht unter „Geschäftsspesen“ weggebucht werde, beantragt der Amtsanwalt gegen die Angeklagten je M. 1000 Geldstrafe. Das Gericht verurteilt K. zu M. 100 Geldstrafe, dagegen wird H. freigesprochen.

Krankenkasse „Thalia“ (Sitz Hannover). Unter der Anklage des Betrugs steht der Reisende Heinrich Joachim Friedrich D., dem zur Last gelegt wird, unter schwindelhaften Vorspiegelungen Leute veranlaßt zu haben, der Krankenkasse „Thalia“ als Mitglieder beizutreten, um sich in den Besitz der Provision zu setzen. Der Angeklagte erhält für jedes aufgenommene Mitglied eine Provision von M. 2; ein bei ihm logierender Erdarbeiter aus Böhmen, welcher der deutschen Sprache nicht ganz mächtig ist, trat auf Zureden seines die Vorzüge der „Thalia“ schildernden Logiswirts aus der Ortskrankenkasse aus, um in die „Thalia“ einzutreten. Dabei soll D. gesagt haben, die „Thalia“ bezahle sofort Krankengeld in Höhe von M. 14 wöchentlich nebst Arzt und Apotheke, wenn jemand „auch schon am anderen Tage erkranke“. Als der Arbeiter erkrankte und einer Heilanstalt zugeführt wurde, verweigerte die „Thalia“ die Zahlung unter Hinweis auf das Statut, wonach erst nach einer Karenzzeit von 13 Wochen Krankengeld ꝛc. gezahlt wird. Der Angeklagte bezeichnet alles als Lüge und Schwindel, was gegen ihn vorgebracht wird, so daß der Vorsitzende, Amtsrichter Hollender, ihn ersucht, in der Anwendung dieser Ausdrücke nicht allzu verschwenderisch zu sein. Der erste Zeuge ist der böhmische Arbeiter, der folgendes ausführt: Als ihn sein Logiswirt die Leistungen der Kasse schilderte, habe er sich veranlaßt gefühlt, der Krankenkasse „Thalia“ beizutreten. D. habe besonders betont, die Kasse zahle sofort Krankengeld ꝛc., worauf er, Zeuge, M. 2 Eintrittsgeld, M. 2 Beitrag im voraus und 60 ₰ Schreibgebühr gezahlt habe. Der Angeklagte will dem Zeugen einen roten Zettel gezeigt haben, auf dem die Bestimmungen der Kasse enthalten sind, während der Zeuge behauptet, diesen Zettel nicht gelesen zu haben, weil er nicht gut deutsch lesen könne und er den Worten des Angeklagten Glauben geschenkt habe. Ein preußisch-polnischer Erdarbeiter schildert seine Erlebnisse mit dem Angeklagten ebenso wie der erste Zeuge; der Angeklagte habe zu ihm gesagt, er bekäme im Krankheitsfalle M. 5 pro Tag. Weil er nicht mehr Geld hatte, habe er D. nur das Eintrittsgeld in Höhe von M. 2 gegeben. Dieser Zeuge will keinen roten, sondern nur einen weißen Zettel (Prospekt) von D. erhalten haben. Der Angeklagte gibt zu, für jeden Aufgenommenen M. 2 zu erhalten, dagegen bezeichnet er die Angaben der Zeugen als unwahr. Der Amtsanwalt, Dr. Hansen, hält den Angeklagten des Betruges in zwei Fällen für schuldig, denn kein Mensch mit gesunden Sinnen werde einer Kasse beitreten, die erst nach 13wöchentlicher Karenzzeit Krankengeld zahle. Dem Angeklagten sei es nur darum zu tun gewesen, Mitglieder zu gewinnen, um sich die Provision zu verschaffen. Er beantragt eine Geldstrafe von M. 40. Das Gericht spricht den Angeklagten mangels Beweises frei. Da die Zeugen der deutschen Sprache nicht so mächtig seien, um alles verstehen zu können, sei es nicht ausgeschlossen, daß ein Mißverständnis vorliege. Der geringste Zweifel müsse dem Angeklagten, der sehr verdächtig sei, zu gute gerechnet werden. — Hoffentlich werden unsere Leser die Nutzanwendung aus dieser Verhandlung ziehen und nicht Krankenkasseneinrichtungen vom Schlage der „Thalia“ beitreten, die, wie so viele Krankenkassen, deren Treiben wir wiederholt geschildert haben, ganz andere Zwecke verfolgen, als sie zu verfolgen vorgeben.

Bekanntmachung.

In den Staatsverband sind aufgenommen:

a. Reichsangehörige:

Robert Otto Karl Agte. — Hermann Bätjer. — Emma Aline Theodore Margarethe Therese Bahrs. — Ernst Wilhelm Max Barth. — Hans Christian Benkwitz. — Ferdinand Bohlig. — Carl Heinrich Bonke. — Friedrich Wilhelm Ferdinand Borchers. — Ludwig Heinrich Julius Christian Bremer. — Friedrich August Hermann Brüggemann. — Georg Christian Brünner. — Johannes Friedrich Martin Bumann. — Carl Heinrich Bunge. — Wilhelm Joachim Friedrich Dau. — Carl Christian Eckardt. — Johannes Erb. — Ludwig Karl Faber. — Johann Heinrich Christian Friedrich Carl Fasel. — Martin Heinrich Fick. — Paul Clemens Fischer. — Friedrich Johann Christian Föge. — Johanna Brigitte Minna Franck. — Friedrich Hermann Frank. — Eduard Richard Hermann Franke. — Joachim Christoph Gehrant. — Wilhelm August Max Glage. — Hans Joachim Griem. — Carl Heinrich Adolph Grimm. — Heinrich Gustav Leberecht Hambach. — Heinrich Friedrich Adolf Hansen. — Carl August Heinze. — Wilhelm Richard Heinze. — Edo Hennings. — Eugen Max Richard Hintzer. — Hans Hinrich Höppner. — Adolf Gustav Ludwig Holtzendorff. — Christian Huber. — Andreas Julius Albert Jöhnke. — Johann Hermann Klindtworth. — Friedrich Ludwig Wilhelm Koch. — Joachim Bernhard Andreas Köpke. — Johann Kraus. — Christian Hermann Kresse. — Heinrich Kühl. — Wilhelm Johann Karl Friedrich Kulp. — Harald Heinrich Adolph Lempelius. — Klaus Hinrich Linau. — Franz Heinrich Rudolf Lohnhardt. — Johann Friedrich Wilhelm Lübcke. — Carl Edmund Major. — Joachim Heinrich Carl Hermann Meyer. — Johannes Hermann Müller. — Wilhelm Georg Friedrich Carl Neumann. — Hinrich Georg Reichenbach. — Alexander Conrad Reuter. — Conrad Leopold Walter Riedel. — Franz Adam Rupp. — Laura Elise Johanna, geb. Weiler, verw. Scheer. — Karl Friedrich Wilhelm Schnell. — Julius Arthur Hermann Schudeja. — Johannes August Friedrich Schütt. — Carl Johann Heinrich Strelow. — Friedrich Carl Rudolph Thiemann. — Johann Tiedemann. — Detlef Heinrich Toop. — Alfred Ferdinand Friedrich Otto Walter. — Ernst Hermann Weber. — Friedrich Ludwig Ernst Heinrich Willig. — Carl Martin Johann Wilhelm Winkel.

b. Ausländer:

Johan Nielsen Vogt Conradi. — Johann Karl Dubler. — Eduard Feige. — Hans Peder Kristensen. — Ludwig Karl Friedrich Laasch.

Hamburg, den 5. April 1904.

Die Aufsichtsbehörde für die Standesämter.

Angeordnete Aufgebote.

Standesamt Nr. 1.

Rudolf Gustav Adolf Ney mit Elise Sophia Catharina, geb. Dohm, verw. Lübke. — Heinrich Adolf Keese mit Emma Frieda Minna Ebert. — Theodor Christian Koppmann mit Dorothea Sophia Friederike Göbnitz. — Johann Louis Christian Saucke mit Elise Charlotte, geb. Niebeling, verw. Jungmann. — Johann Jacob Offermann mit Franziska Louise Bertha Krüger. — Ludwig Heinrich Paul Krüger mit Hedwig Anna Clara Schwarz. — Albert Heinrich Löfter mit Alwine Marie Dorothea Gappa. — Heinrich Friedrich Wulf mit Emma Wilhelmine Elisabeth Hopp. — Carl Theodor Aurich mit Auguste Linna Misslitz. — Friedrich Wilhelm Mansen mit Anna Maria Martha Selck. — Karl Friedrich Kübler mit Johanne Wilhelmine Recht. — Edmund Theodor Fritz Bahruth mit Paula Caroline Theresia Schütze. — Franz Louis Heinig mit Martha Ida Amanda Kriete. — Otto Reher mit Anna Caroline Gasmus. — Carl Georg Johann Sanmann mit Louise Friederike Charlotte Griem. — Otto Hinrich Ahlf mit Emma Carolina Griesbach, geb. Walther, gesch. Springborn. — Otto Heinrich Albert Koeppen mit Wilhelmine Louise Karoline Auguste Stelling, geb. Mast, verw. Pein. — Julius Eduard Henry Berger mit Sophie Wilhelmine Auguste Henriette Kaiser, gesch. Nielsen. — Wilhelm Paul Schmuck mit Wilhelmine Johanna Franck. — Albert Carl Berner mit Ella Grethchen Elisabeth Kipcke.

Standesamt Nr. 2.

Adolf August Ernst Christian Ahlgrimm mit Marie Elise Helene Soltow. — Joseph Lenart mit Johann Admek. — Hermann Gottlieb Krause mit Berta Dümke. — Friedrich August Heinrich Rohwedder mit Martha Magdalena Schmüser. — Friedrich Heinrich Detje mit Metta Plump. — Ludwig Christoph Wilhelm Wihe mit Pauline Regine Christine, geb. Möwis, gesch. Beesen. — Johann Heinrich Friedrich Oldenburg mit Catharina Margaretha Mohrmann. — Rudolf Georg Ernst Boldt mit Maria Friederike, geb. Hagenah, verw. Heckewerth. — Ignatius Haller mit Dora Elisabeth Hannchen Josephine Schüder. — Friedrich Paul Heller mit Emma Martha Wuigk. — Carl Wilhelm Heinrich Ferdinand Müller mit Marie Alice Elfriede Gendelmeyer. — Paul Carl Tiede mit Alma Maria Elisabeth Holtz. — Heinrich Carl Plath mit Martha Johanna Catharina Bade, genannt Holtmann. — Max Alfred Lindig mit Marie Bien.

Standesamt Nr. 3.

Karl Emil Reinhold Frost mit Frieda Katharina Dorothea, geb. Dettmann, gesch. Haase. — Heinrich Friedrich Joseph Julius Haubert mit Bertha Helene Anne Köhn. — Clemens August Rieck, Dr. med., mit Olga Durrieu. — Karl Oskar Lorentz mit Emma Ernestine Marquard. — Carl Hinrich Glau mit Magda Elise Johanna Rix. — Karl Heinrich Albert Martin Schumacher mit Anna Christine Seidler. — Thord Thomas Jebsen mit Maria Magdalena Michaels. — Adolph Hinrich Brunckhorst mit Johanna Wilhelmine Martha Vagt. — Johannes Heinrich Peter Timmermann mit Johanna Dorothea Henriette Renzow. — Gottfried Rusch mit Henriette, geb. Matzke, verw. Block. — Heinrich Friedrich Wilhelm Kahl mit Maria Anna Sophie, geb. Hubert, verw. Rosenkranz. — Friedrich Johannes Christian Schultz mit Marie Henriette Margarethe Schlieter. — Wilhelm Adler mit Wilhelmine Beth. — Hermann Fritz Julius Möller mit Anna Margarethe Riebesel. — Wilhelm August Harke mit Amalie Adelheide Elisabeth Lüdemann. — Heinrich Friedrich Altenbernd mit Louise Karoline Klementine Stark. — Peter Thomas Gustav Schroeder mit Johanne Wilhelmine Engelbrecht.

Standesamt Nr. 20.

Hermann Richard Kierum mit Wiebke Elise Bruhn. — Rudolf Georg August Schaper mit Henriette Helene Dorothea Bastian. — Matthias Piening mit Anna Maria Kröger. — Albert Julius Sommer mit Wilhelmine Karoline Marie Junge. — Johann Heinrich Christian Kallies mit Ella Eugenie Margaretha Brinkop. — Heinrich Paul Hans Westermann mit Josephine Carla Stolp.

Hamburg, den 5. April 1904.

Standesamt Nr. 21.

Wilhelm August Nicolaus Hansen mit Hedwig Heidorn. — Heinrich Theodor Moller mit Marie Sophie Wilhelmine Arndt. — Heinrich Ferdinand Severin mit Bertha Struss. — Wilhelm Karl Heinrich Arndt mit Auguste Hermine Burmester. — Georg Heinrich Fritz Leidecker mit Marie Sophie Friederike Mahnkopf.

Hamburg, den 2. April 1904.

Standesamt Nr. 21a.

Carl Hermann August Beyer mit Agnes Stoltenberg.

Hamburg, den 4. April 1904.

Standesamt Nr. 22.

Carl Friedrich Christian Anders mit Frieda Wilhelmine Luise Voss. — Gustav Emil Arthur Wolff mit Frida Dora Bertha Hoffmann. — Friedrich Oskar Boppel mit Anna Caroline Louise Gödecken. — Max Emil Wilhelm Wittenburg mit Sophia Elise Johanna Blohm.

Hamburg, den 2. April 1904.

Schiffs-Nachrichten.

In Cuxhaven ein- und auslaufende Schiffe.

(Deutscher Reichstelegraph.)

Cuxhaven, 6. April, Morgens.

Angekommen am 5. April.		Kapt.	Von
N. —	Paulina Margaretha (Tj.)	Föckers	—
6. April.			
B. 6,—	Ardoe (D.)	—	Westafrika
6,10	Tinos (D.)	Lanker	Batum
7,25	Alesia (P.-D.)	Schönfeldt	Ostasien

Hier geankert: Dampfer Alesia. — 9 Uhr 50 Min.: nichts in Sicht.

In See gegangen am 6. April.		Nach
B. 5,30	Flora (D.)	—
5,40	Bona (D.)	—
5,55	Cintra (D.)	Gibraltar
9,50	Sinloo (D.)	—

Ferner seewärts: Schlepper Tell. — Abwärts gekommen: Dampfer Mecklenburg.

Wind: SSW., frisch. Wetter: Regen. — Barometer: 750. Thermometer: + 7,5° C.

Holtenau meldet: In den Kanal eingelaufen:

6. April.		Kapt.	Nach
B. 5,5	Concurrent (Schl.)	Brüning)	Flensburg
„	Martha (Leicht.)	Hustedt	do.
5,40	Hansa (Schl.)	Maas	Libau

Helgoland meldet: Wind: SW., stark. Wetter: Regen. See: unruhig.

Cuxhaven, 6. April, Nachmittags.

Angekommen am 6. April.		Kapt.	Von
B. 10,10	Vesta (D.)	—	—
N. 12,40	Jökul (D.)	—	—
„	City of Dortmund (D.)	Green	Swansea
„	Vulcan (Schl.)	Löwe	Bremerhaven
„	Nr. 69 u. 58 (Kähne)	—	do.
1,15	Pearl (F.-D.)	—	d. Nordsee
1,30	Triton (F.-D.)	Roth	do
2,45	Sardinia (D.)	Clark	Grangemouth
„	Silvana (D.)	Bruß	Helgoland

Von hier auf: 11 Uhr 15 Min. Postdampfer Alasia; 1 Uhr Schlepper Atlas. Ferner auf: 12 Uhr Fischerfahrzeug H. F. 245; 1 Uhr 30 Min. H. F. 224. Pearl und Silvana kamen in den Hafen. — Die Schießübungen fallen morgen aus. — 3 Uhr 40 Min.: Nichts in Sicht.

In See gegangen am 6. April.		Nach
B. 10,25	Mecklenburg (P.-D.)	New Orleans
11,15	Cap Blanco (P.-D.)	La Plata
11,25	Kronprinz (P.-D.)	Ostafrika
N. 12,40	Eilbeck (F.-D.)	d. Nordsee

Dampfer Amrum kam mit beschädigter Kurbelwelle aus See zurück und dampfte aufwärts.

Wind: WSW., stürmisch, sehr starke Böen. Wetter: bedeckt. — Barometer: 749,5. Thermometer: + 8° C.

Holtenau meldet: In den Kanal eingelaufen:

6. April.		Kapt.	Von
B. 8,15	Andromeda (d. Segler)	Kröger	Flensburg
11,40	Martha (d. Segler)	Toaspern	Kiel
12,—	Pandora (d. Segler)	Jessen	Wellingdorf

Helgoland meldet: Wind: West, stürmisch. Wetter: Regen. See: grob.

Ueberseeische Schiffsbewegungen.

Auguste Victoria, Sauermann, ist am 5. d. in Piräus angekommen. — **Prinz Sigismund**, Bußmann, ist am 5. d. in Santos angekommen. — **Macedonia**, Porath, ist am 4. d. in Antwerpen angekommen. — **Sevilla**, Schade, ist am 4. d. von Montevideo via Madeira nach Hamburg abgegangen. — **Silesia**, Schlüter, ist am 4. d. in Corral angekommen. — **Nauplia**, Kraeft, ist am 4. d. von Valparaiso via Montevideo nach Hamburg weitergegangen. — **Hamburg**, Burmeister, hat am 5. d. die Reise von Nagasaki nach Shanghai fortgesetzt. — **Badenia**, Rörden, von Ostasien, ist am 5. d. Gibraltar passiert. — **Artemisia**, Gronmeyer, ist am 5. d. in Hongkong angekommen. — **Sambia**, v. Döhren, von Ostasien, ist am 5. d. von Singapore weitergegangen. — **Suevia**, v. Döhren, ist am 5. d. in Yokohama angekommen. — **Cordoba**, Bauer, ist rückkehrend am 5. d. von Dünkirchen nach Hamburg weitergegangen. — **Corrientes**, Barrelet, ist am 5. d. von Bahia nach Hamburg weitergegangen. — **Guahyba**, Brandt, ist ausgehend am 5. d. von Madeira nach Nord-Brasilien weitergegangen. — **San Nicolas**, Kröger, ist rückkehrend am 5. d. von Rotterdam nach Hamburg weitergegangen. — **Tijuca**, Meyer II, ist ausgehend am 5. d. von Antwerpen nach Leixoes weitergegangen. — **Assuan**, Paeßler, ist rückkehrend am 5. d. von St. Vincent weitergegangen. — **Hermonthis**, Knudsen, ist ausgehend am 30. März in Corinto eingetroffen. — **Eleonore Woermann**, Jensen, ist auf der Ausreise am 2. d. in Duala eingetroffen. — **Paul Woermann**, Suhren, ist auf der Ausreise am 2. d. in Rufisque eingetroffen. — **Ella Woermann**, Frank, ist auf der Ausreise am 5. d. in Sierra Leone eingetroffen. — **Harburg**, Müller, ist auf der Heimreise am 6. d. in Suez angekommen. — **Pylos**, Menssen, ist am 5. d. von Konstantinopel nach Malta weitergegangen. — **Therapia**, Steen, ist am 5. d. von Piräus nach Smyrna weitergegangen. — **Kypros**, Freimann, ist am 5. d. von Konstantinopel nach Derindje weitergegangen. — **Pyrgos**, Boysen, ist am 5. d. von Salonik nach Konstantinopel weitergegangen. — **Leros**, Westphal, ist am 5. d. in Alexandrien angekommen. — **Stambul**, Frosch, ist am 5. d. von Messina nach Algier weitergegangen. — **Patmos**, Braren, ist am 5. d. von Algier nach Antwerpen weitergegangen. — **Enos**, Wilkens, hat am 4. d. die Ausreise von Newcastle angetreten. — **Georgia**, Peter, ist am 3. d. in Limni angekommen. — **Tenedos**, Aubel, ist am 3. d. in New-York angekommen. — **Seriphos**, Schultz, passierte am 3. d. Gibraltar, nach New-York bestimmt. — **Barcelona**, Bohn, ist am 5. d. von Newport News nach Hamburg abgegangen. — **Byzanz**, Röser, ist am 2. d. in Middlesbro angekommen. — **Lusitania**, Teske, ist am 4. d. in Algier angekommen. — **Venezia**, Bradhering, ist am 4. d. in Zante angekommen. — **Gut Heil**, Schröder, ist am 6. d. von Philadelphia nach Havana abgegangen. — **Phoebus**, Schierhorst, ist am 6. d. von New-York nach Hamburg abgegangen. — **Washington**, Tholen, ist am 6. d. von New-York nach Hamburg abgegangen. — **Hermann Menzell**, Paysen, ist am 3. d. in Liverpool angekommen. — **Mendoza**, Behrmann, ist am 5. d. von Lissabon nach Hamburg abgegangen. — **Sao Paulo**, Kelels, ist ausgehend am 6. d. in Lissabon angekommen. — **Taquary**, v. Ehren, ist rückkehrend am 5. d. von Ceara abgegangen. — **Herzog**, Weißkam, ist auf der Heimreise am 6. d. von Neapel abgegangen. — **Kanzler**, Tepe, ist heimkehrend am 5. d. von Lissabon abgegangen. — **Kurfürst**, West, ist heimkehrend am 5. d. von Delagoa Bay abgegangen. — **Prinzregent**, Doherr, ist ausgehend am 6. d. in Mombassa eingetroffen. — **General**, Scharfe, ist ausgehend am 6. d. in Bombay eingetroffen. — **Elbing**, Schuldt, ist ausgehend am 6. d. in Antwerpen angekommen. — **Kaiserin Maria Theresia**, Wettin, ist am 5. d. von Venedig nach Corfu abgegangen. — **Kaiser Wilhelm der Große**, Cüppers, von Newyork kommend, ist am 5. d. auf der Weser angekommen. — **Neckar**, Harrassowitz, hat am 4. d. die Reise von Gibraltar nach Neapel fortgesetzt. — **Marburg**, Stern, nach Ostasien bestimmt, ist am 2. d. von Singapore abgegangen. — **Friedrich der Große**, Prager, von Australien kommend, ist am 5. d. Vlissingen passiert. — **Weimar**, v. Letten-Petersen, hat am 5. d. die Reise von Genua nach Neapel fortgesetzt. — **Bayern**, Formes, nach Ostasien bestimmt, ist am 5. d. in **Sachsen**, Pesch, hat am 5. d. die Reise von Southampton nach Gibraltar fortgesetzt. — **Hamburg**, Burmeister, hat am 5. d. die Reise von Nagasaki nach Shanghai fortgesetzt. — **Prinz Heinrich**, Heintze, hat am 5. d. die Reise von Shanghai nach Nagasaki fortgesetzt. — **Drachenfels**, Lintig, ausgehend am 5. d. in Madras. — **Wolfsburg**, Schwarz, am 5. d. in Hamburg. — **Weißenfels**, v. Freeden, am 5. d. von Middlesbro nach Genua. — **Soneck**, Schwarz, am 5. d. in Oporto. — **Kaiser Wilhelm II.**, Högemann, ist am 5. d. in Newyork angekommen. — **Coblenz**, Zachariae, ist am 5. d. von Havana via Coruna nach der Weser abgegangen. — **Köln**, Langreuter, von Galveston kommend, ist am 5. d. Eastbourne passiert.

Auktionen.

7. April.

10 Uhr:	Pastorenstraße 16, Pfänder (Gerichtsv.).
10 „	Rödingsmarkt 82, Glaswaren, Terrakotten, Nippes, 1 Badewanne, gläs. Standgefäße, Mundwasser (Elsas).
10 „	Gerkenstwiete 11, prt., Amerikanischer Hausstand ꝛc. (Heinr. Schopmann.)
10 „	Herrengraben 19, Schuhwaren (H. Glasow).
10 „	Dammtorstraße 32, Mobilien, Laden-Inventar, ein Wagen (Herm. Cohn.)
10 „	St. Pauli, Jägerstraße, Mobilien, Hausstandssachen, um 11 Uhr: 1 Herrenfahrrad, 1 schw. Buffet, 2 Papageien, Gold- und Silbers. (Gerichtsv.).
10½ „	Rödingsmarkt 14, I., Möbellager, Wirtschafts-Inventar ꝛc. (Th. Dreyer).

Meteorologische Beobachtungen.

W. Campbell & Co. Nachfolger.

Hamburg, 6. April, 12 Uhr Mittags.

Thermometer (C.) Mittags	Maxim.	Minim.	Barom. (mm)	Wind	Atmosph.
+ 10,0	+ 10,0	+ 6,4	749,5	SW	Regen

Eintritt der Flut und Ebbe in Hamburg am 7. April:

Flut: 5 Uhr 15 Min. | Ebbe: 10 Uhr — Min.

Wasserstand der Oberelbe.

Magdeburg	6. April	+ 2,22 m
Aussig	5. „	+ 1,22 m
Dresden	5. „	— 0,15 m
Barby	5. „	+ 2,78 m
Wittenberge	5. „	+ 2,73 m
Lauenburg	5. „	+ 2,06 m
Dömitz	4. „	+ 2,07 m

Mutmaßliche Witterung am 7. April.

Nordwestdeutschland: **Ziemlich mildes, trübes Wetter mit vielfach starken westlichen Winden und Regen.**

Versammlungs-Anzeiger.

Donnerstag, den 7. April, Abends 8½ Uhr: **Produktion**, bei Springborn, Valentinskamp. — Abends 9 Uhr: **Schneider**, bei Vorwohle, Neustädterstraße. — Abends 10 Uhr: **Barbiere**, bei Fröhlich, Fuhlentwiete 21.

Freitag, den 8. April, Abends 8½ Uhr: **Arbeiter-Radfahrer-Verein Hamburg**, bei Hilmer, Gänsemarkt 35. — Abends 9 Uhr: **Kutscher vom öffentlichen Fuhrwesen**, bei Springborn, Valentinskamp.

Sonnabend, den 9. April, Abends 8 Uhr: **Grobbäcker**, bei Horn, Hohe Bleichen 30. — **Baggerer**, bei Hannemann, Bankstr. 51/53. — Abends 9 Uhr: **Schmiede, Rotenburgsort**, bei Wiebelitz, Idastr. 15, K. — **Sattler**, bei v. Salzen, Caffamacherreihe 15/17. — **Gärtner, Barmbeck-Uhlenhorst**, bei Passon, Schützenhof 4. — **Metallarbeiter, Horn**, bei Buhr, Hornerlandstraße. — **Schmiede, Altona**, bei Wolters, Friedrichsbaderstraße. — **Gärtner, Altona**, bei Wüpper, Holstenstr. 133. — **Maschinisten**, bei Wasmuth, Stubbenhuk. — **Feinmechaniker, Elektromonteure und chir. Instrumentenmacher**, bei Hüttmann, Poolstraße 21.

Durch Unterzeichnete sind zu beziehen:

Wiesbadener Volksbücher

eine Reihe von Schriften der besten deutschen und ausländischen Schriftsteller. Sie sollen den großen Volksmassen Anteil an den Schätzen unserer Literatur gewähren und durch eine gesunde geistige Nahrung das offenbar vorhandene Lesebedürfnis des Volkes befriedigen.

Bisher sind erschienen:

Nr.		Preis
1:	**Riehl, W. H.**, Der Stadtpfeifer	10 ₰
2:	**Hansjakob, H.**, Valentin der Nagler	10 „
3:	**Rosegger, P.**, Das zu Grunde gegangene Dorf	10 „
4:	**Dickens**, (Boz): Ein Weihnachtsabend	20 „
5:	**Stifter, Ad.**, Der Waldsteig	15 „
6:	**Jensen, W.**, Magister Timotheus	10 „
7:	**Greinz, R.**, Das fünfte Rad	10 „
8:	**Hauff, W.**, Die Karawane (Märchen)	25 „
9:	**Hoffmann, Hans**, Spätglück; Sturmwolken	15 „
10:	**Heyse, P.**, Der verlorene Sohn	15 „
11:	**Starkloff, L.**, Sirene	30 „
12:	**v. Ebner-Eschenbach**, Krambambuli; der gute Mond	10 „
13:	**Viebig, Clara**, Am Todtenmaar u. a. Erzählungen	15 „
14:	**François, Louise von**, Frl. Muthchen	15 „
15:	**Meyr, Melchior**, Der Sieg des Schwachen	25 „
16:	**Keller, Gottfried**, Das Fähnlein der sieben Aufrechten	15 „
17:	**Storm, Theodor**, Von Jenseit des Meeres	15 „
18:	**Raabe, Wilhelm**, Die schwarze Galeere	15 „
19:	**Kompert, Leopold**, Christian und Lea	20 „
20:	**Frapan, Ilse**, Altmodische Leute	10 „
21:	**Wilbrandt, Adolf**, Der Lotsenkommandeur	15 „
22:	**Stifter, Adalbert**, Granit	10 „
23:	**Almquist, K. J. L.**, Die Kolonisten auf Grimstahamn	10 „
24:	**Gotthelf, Jeremias**, Elsi, die seltsame Magd	10 „
25:	**Villinger, Hermine**, Knöpfche u. a. Erzählungen	10 „
26:	**Droste-Hülshoff, Annette v.**, Die Judenbuche	15 „
27:	**Tolstoi, Leo**, Auf Feuer habe Acht! Zwei Greise	15 „
28:	**Horn, W. O. von**, Friedel	40 „
29:	**Muellenbach, Ernst**, Johannissegen; Silberdistel	15 „
30:	**Mosen, Julius**, Das Heimweh	15 „
31:	**Stern, Adolf**, Das Weihnachtsoratorium	20 „
32:	**Grillparzer, Franz**, Der arme Spielmann	15 „
33:	**Liliencron, Detlev von**, Umzingelt. Der Richtungspunkt	10 „
34:	**Hauff, Wilhelm**, Jud Süß	20 „
35:	**Pasqué, Ernst**, Wer hat dich, du schöner Wald	10 „
36:	**Kleist, H. v.**, Michael Kohlhaas	20 „
37:	**Fischer, W.**, Das Licht im Elendhause	15 „
38:	**Gerstäcker, Fr.**, Der Schiffszimmermann; das Wrack	25 „
39:	**Sohnrey, H.**, Der Hunnenkönig u. eine a. Erz.	10 „

Die Sammlung wird fortgesetzt.

Bestellungen nehmen die Filialleiter und sämtliche Austräger des „Hamburger Echo“ entgegen.

Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co.,
Fehlandstraße 11.